Stadtgemeinde Klosterneuburg
Rathausplatz 1, 3400 Klosterneuburg

SITZUNGSPROTOKOLL

zur 25. (Budget - 2. Teil). öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.12.2012

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 20:55 Uhr

Ort, Raum: großer Sitzungssaal des Rathauses, 2. Stock

Anwesend sind:

Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager	(Vorsitzender)
GR Michael Angel	
UGRin Waltraud Balaska	
STR Martin Czerny	
STR Mag. Konrad Eckl	
STRin DI.Dr. Maria Theresia Eder	
GRin Martina Enzmann	(abwesend ab 20:22 Uhr)
GR Wolfgang Essl	
UGR Johann Fanta	
GRin Eva-Maria Feistauer	(von 19:10 - 19:40 Uhr abwesend)
STR Karl Hava	
STR HR DDr. Holger Herbrüggen	
GR Sen.Rat i.R. DI Peter Hofbauer	
STR Mag. Roland Honeder	
GRin Katharina Höng	
GR Johannes Kehrer	
GR Ing. Leopold sen. Kerbl	
GR Hans Kickmaier	
GRin Ursula Kohut	
STR Dr. Stefan Mann	
STR Peter Mayer	
STR Thomas Mayrhofer	
STR Min.Rat Dr. Josef Pitschko	
GR Ingrid Pollauf	
GR Markus Presle	
GR Christoph Raz	
Vzbgm. Reg.Rat Richard Raz	
GR Werner Rochlitz	
GR Dr. Bernhardt Schweeger-Exeli	
GR Leopold Spitzbart jun.	
GRin Mag. Eva Stöber	
GR Martin Trat	
GR DI Peter Tscheliesnig	
GR Friedrich Veit	

GR Ing. Alexander Weber	
GR Karl Weiss	
GR Eduard Wieshaider	
STR Mag. Sepp Wimmer	
GR Mag. Martin Zach	
StADir. Mag. Michael Duscher	
GA-Leiter BD. Ing. Manfred Fitzthum	
StADir-Stellvertreter Mag. Hannes Gelbenegger	
Stefan Konvicka	(anwesend von 17:00 - 19:56 Uhr)
GA-Leiter KADir. Mag. Günther Schwarz	
Ortsvorsteher Johann Bauer	
Ortsvorsteher Günter Knapp	
Ortsvorsteher Heinz Uldrych	(ab 17:11 Uhr anwesend)
Edith Mroz	(Schriftführerin)

Abwesend sind:

STR Abg.z. NÖ. Landtag Arch. DI Willibald Eigner	(entschuldigt abwesend)
GRin Elisabeth Pröglhöf	(entschuldigt abwesend)
GA-Leiter Mag. Christian Eistert	(entschuldigt abwesend)
Leiterin des Personalamtes Mag. Irene Kern	(entschuldigt abwesend)
Kontrollamtsleiterin Marlies Schulz	(entschuldigt abwesend)
Ortsvorsteher Ing. Manfred Hoffelner	(entschuldigt abwesend)
Ortsvorsteher Franz Resperger	(entschuldigt abwesend)
Ortsvorsteher Karl-Josef Weiss	(entschuldigt abwesend)

Tagesordnung:

. Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit
. BürgerInnenbeteiligung gemäß GR-Beschluss vom 2.7.2010
. Absetzen von Gegenständen von der Tagesordnung
. Dringlichkeitsanträge - Beschluss über die Zuerkennung der Dringlichkeit
1. Entscheidung über Einwendungen gegen das Protokoll der 22. (Festsitzung) und 23. Gemeinderatssitzung
2. Bericht des Bürgermeisters
2.1. Bericht der Geschäftsführung der Sportstätten GmbH
2.2. Bericht zu den Kommunaldarlehen 2012: Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland) und Gemeindestraßenbau
2.3. Bericht operklosterneuburg 2013 – Stückänderung
3. Behandlung der Dringlichkeitsanträge, die in die Tagesordnung aufgenommen wurden
3.1. Einführung einer „Aktuellen Stunde“ und des „Fraktionsbeitrags“ nach Vorbild der Stadt Innsbruck
4. Voranschlag 2012, Überplan- und außerplanmäßige Überschreitungen
5. Voranschlag 2013
6. Abänderung der Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten
. Schildkrötenzucht - Aufsichtsbeschwerde - Bericht - Diskussion im öffentlichen Teil

	Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister begrüßt die Teilnehmer an der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

	BürgerInnenbeteiligung gemäß GR-Beschluss vom 2.7.2010

Entfällt.

	Absetzen von Gegenständen von der Tagesordnung

TOP N 7

Der Bürgermeister teilt mit, dass er über den Bericht Schildkrötenzuchtstation - Aufsichtsbeschwerde noch abstimmen lassen werde, die Diskussion im öffentlichen Teil zu führen. Er bittet jedoch, dass Details, wie Namen, Ziffern und Betriebskonzepte, nicht genannt werden. Diese Details dürfen nicht öffentlich gemacht werden.

	Dringlichkeitsanträge - Beschluss über die Zuerkennung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird einstimmig zuerkannt.

1	**Entscheidung über Einwendungen gegen das Protokoll der 22. (Festsitzung) und 23. Gemeinderatssitzung**

Es liegen keine schriftlichen Einwendungen vor. Daher gelten die Protokolle als genehmigt.

2	**Bericht des Bürgermeisters**

2.1	**Bericht der Geschäftsführung der Sportstätten GmbH** **Vorlage: Bgm-Amt/0159/2012**

Zum Bericht sprachen: Herr Konvicka, STR Mag. Wimmer, GR DI Hofbauer, STR Dr. Mann

Wortmeldungen:

Herr Konvicka, Geschäftsführer der Sportstätten GmbH, erläutert zusammenfassend den in der Anlage befindlichen Geschäftsbericht 2012 sowie den Ausblick auf 2013.

Er ergänzt bei den Investitionen den Austausch der Wasserleitungen, der auf Grund von Wasserschäden notwendig gewesen ist, was bereits ein Vorgriff auf die Generalsanierung ist.

(OV Uldrych erscheint um 17:11 Uhr.)

STR Mag. Wimmer dankt für den Bericht und auch für sein Engagement. Er findet, dass Herr Konvicka der erste Geschäftsführer sei mit Engagement, der dieses auch in den Betrieb einbringe, was man auch sehen könne – unabhängig von der Vorgangsweise mit dem Masterplan. Er habe an ihn zwei Fragen. Es werden 2013 keine Zuschüsse von Seiten der Stadt ausgewiesen, weil sie in der Form nicht mehr vorhanden seien, aber an dessen Stelle kommen die Finanzmittel aus dem Masterplan. Er fragt, wo diese zukünftig im Happyland ausgewiesen werden?

Herr Konvicka antwortet, dass diese dann ausgewiesen werden, wenn sie umgesetzt werden und die Maßnahmen werden dann in der Gewinn- und Verlustrechnung beziffert. Es werde dafür eine eigene Abrechnung geben.

STR Mag. Wimmer hält fest, dass diese Maßnahmen sehr wohl wieder aufscheinen solle und man wissen wolle, was jährlich von Seiten der Stadt zugeflossen sei. Bei den Umsatzerlösen im Budget seien die Investitionskosten ausgewiesen gewesen. Für die Information der Gemeinderäte wäre es günstiger, wenn die Investitionskosten hier ausgewiesen würden, weil man sich sonst wieder aus drei, vier verschiedenen Unterlagen die Ziffern zusammen suchen müsste. Es sei bisher alles übersichtlich auf einer Seite gewesen und man habe sehen können, was die Stadtgemeinde an normalen Zuschüsse und was an Investitionszuschüssen gewährt habe und was sie zukünftig an Zuschüssen über das Masterplan-Projekt bringen werde.

Seine zweite Frage habe er zum Eislaufplatz. 2013 seien die Erlöse mit € 60.000,-- budgetiert und 2012 nur mit € 5.000,--, woher diese Diskrepanz komme?

Herr Konvicka erklärt, dass 2012 nicht klar gewesen sei, ob der Eislaufplatz durch das Haus selbst oder durch einen Externen umgesetzt werde. Nachdem sich 2012 schon herausgestellt habe, dass man ihn selbst betreibe, habe er ihn 2013 so budgetiert.

GR DI Hofbauer könne bestätigen, dass sich der Kontakt zu den Vereinen, so wie Herr Konvicka gesagt hatte, verbessert habe. Allerdings sage das auch aus, dass er verbesserungswürdig gewesen sei. Er dürfe in Erinnerung rufen, dass es in den Vorjahren absolut nicht möglich gewesen sei, hier im Gemeinderat nur ein Wort diesbezüglich zu sagen, es öffentlich zu machen oder Kritik zu üben. Da sei einem sofort das Wort entzogen worden. Da könne man sich nur seine Gedanken darüber machen, wieso das so geschehen sei, dass die schützende Hand über die Betriebsleitung gehalten worden sei. Auch er betone, dass es stimme, dass sich das wesentlich gebessert habe.

STR Mag. Honeder erinnert, dass GR DI Hofbauer vor drei Sitzungen gesagt hatte, nicht mehr darüber zu reden und keine Vergangenheitsbewältigung mehr machen zu wollen, auch wenn dieser

der Meinung sei, dass es sich substanziell verbessert hätte.

GR DI Hofbauer antwortet, dass sich im Lichte neuer Erkenntnisse seine Meinung geändert hätte. Zum Happyland werde er grundsätzlich beim Budget etwas sagen. Was den Eislaufplatz anbelange, dürfe er auch in Erinnerung rufen, dass Horrorszenarien an die Wand gemalt worden seien, es könnte Amoniak austreten. Die Meisten haben gar nicht gewusst, was Amoniak sei und haben auch nicht im Internet nachgeschaut, was das sein könnte. Es sei auch davon gesprochen worden, dass mehrere € 100.000 für die Sanierung dieses Eislaufplatzes notwendig gewesen wären. Selbst wenn es € 100.000,-- gewesen wären, wären es nicht mehr gewesen als die Sanierung der Haitingergasse gekostet habe. Schließlich dürfe er auch in Erinnerung rufen, dass er einen Initiativantrag vorbereitet habe, der von weit über 1.000 Leuten unterschrieben worden sei. Weil Kritik geübt worden sei, er wäre von 80-jährigen unterschrieben worden, die nicht mehr Eislaufen gehen, könnten diese Enkel haben. Jedenfalls sei die Information falsch gewesen und der Eislaufplatz gerettet worden und stehe für die Sportler zur Verfügung. Er werde später darauf eingehen, wie die ÖVP darauf reagiert habe, als Skepsis betreffend Sanierung des Happylands angebracht worden sei. Das, was STR Mag. Wimmer betreffend Information des Gemeinderats über das Happyland gesagt habe, würde sich erübrigen, wenn das Happyland ein städtischer Betrieb wäre - was nicht so abwegig wäre - und auch, wenn es alle möglichen Argumente dagegen gebe, wie Grunderwerbssteuer etc., die wahrscheinlich gar nicht mehr gelten. Dann bräuchte man nicht mehr um mehr Information betteln, weil alle Dinge hier im Gemeinderat behandelt würden, so wie das auch in Wien sei. Nicht wie STR Dr. Mann behauptet hatte, dass in Wien die Bäder ausgegliederte Betriebe seien. Diese seien Teile der Magistratsabteilung.

STR Dr. Mann nimmt Bezug darauf, dass er nicht gesagt habe, die Bäder wären ausgegliedert, sondern er habe gesagt, dass sie vergeben werden. Das sei ein Unterschied. Diese werden von privaten Betreibern der Stadt Wien betrieben. Natürlich stehe eine Magistratsabteilung dahinter, das wisse man, und daher würde er ersuchen, das nicht falsch darzustellen.

Zur Kenntnis genommen.

2.2	**Bericht zu den Kommunaldarlehen 2012: Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland) und Gemeindestraßenbau** **Vorlage: GA II/1/0049/2012**

Aufgrund des Schreibens der Gemeindeaufsicht vom 19.09.2012, der Finanzierungsbesprechung im Amt der NÖ. Landesregierung am 15.10.2012 und den Voranschlagsberatungen mit der Gemeindeaufsicht am 31.10.2012 werden die maximalen Kreditrahmen nachfolgender Darlehen reduziert:

500 110 HYPO NOE Gruppe Bank AG
Straßenbau 2012

von € 1.200.000,- (GR-Beschluss 29.06.2012, TOPkt 8) auf € 825.000,-

500 120 HYPO NOE Gruppe Bank AG
Sportstättenbau (Generalsanierung Happyland)

von € 11.500.000,- (GR-Beschluss 29.06.2012, TOPkt 6) auf € 8.000.000,-

Von Seiten der Gemeindeaufsicht wurde festgestellt, dass aufgrund der freien Finanzspitze die Darlehensaufnahmen auf ein Minimum zu beschränken sind. Die bestehenden finanziellen Mittel sind auf das Vorhaben Sportstättenbau zu konzentrieren.

Die Bedarfszuweisungsmittel wurden vom Land NÖ. für das Vorhaben Sportstättenbau erhöht. Die gesamten Mittel des Landes betragen voraussichtlich € 2,8 Mio. Neben dem Darlehen über € 8 Mio. sind verteilt über die Bauphase Eigenmittel von € 3,2 Mio. durch die Stadtgemeinde Klosterneuburg bereit zu stellen.

Zur Kenntnis genommen.

2.3	**Bericht operklosterneuburg 2013 – Stückänderung** **Vorlage: GA I/1/0319/2012**

Für das Jahr 2013 wurde von der operklosterneuburg eine Produktion von Jules Massenets Oper „Manon“ mit Daniela Fally in der Titelrolle angekündigt. Aufgrund von intensiven Probenarbeiten im Rahmen eines Engagements von Frau Fally in Dresden mit Christian Thielemann ist es ihr unmöglich geworden, die Probenarbeit in Klosterneuburg leisten zu können. Weil Frau Fally mit der großen Rolle der Manon in Klosterneuburg debutiert hätte, ist ein Auftreten ohne optimale Vorbereitung vor Ort und ohne Probenteilnahme aus künstlerischen Gründen für sie nicht durchführbar. Deshalb musste sie die Rolle zurücklegen.
Massenets Manon ist nun aber ein Stück, das von der Titelrolle „lebt“, einen zumindest gleichwertigen adäquaten Ersatz für Frau Fally konnte Intendant Michael Garschall in der relativ kurzen Zeit bis zum Sommer 2013 nicht mehr finden, weshalb er die Aufführung dieses Stückes auf einen späteren Zeitpunkt verlegen möchte und stattdessen für 2013 die komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Otto Nicolai auf den Spielplan setzen möchte. Die Produktion dieses Werkes, das zuletzt 1996 in Klosterneuburg gespielt worden ist, kann im selben finanziellen Rahmen, wie Manon aufgeführt werden. Es ändern sich gegenüber dem Beschluss des Gemeinderates vom 23.11.2012 somit ausschließlich der Stücktitel und die im Durchführungsvertrag angeführten Aufführungstermine. Geplante Premiere ist nunmehr am 6.7.2013, auch die Anzahl der Vorstellungen bis 1.8.2013 sowie das Leadingteam mit dem Erfolgsregisseur der Produktion von „Don Pasquale“, Andy Halwaxx, bleibt gleich.

Zum Bericht sprachen: Bgm. Mag. Schmuckenschlager, STR Mag. Wimmer, STR Mag. Eckl, GRin Enzmann

Wortmeldungen:

Der Bürgermeister bringt kurz den Sachverhalt zur Kenntnis und meint, dass auch den Salzburger Festspielen gute Künstler abhandenkämen, ohne das planen zu können. Man könne nur schauen, ein gutes Stück zu denselben Kosten aufführen zu können.

STR Mag. Wimmer bemerkt, das nur zur Kenntnis nehmen zu können, doch sei ihm nicht erinnerlich, dass, weil die Salzburger Festspielen erwähnt worden seien, dort, wenn ein/e Darsteller/in abgesagt hätte, das Stück geändert worden wäre. Da werde eher ein/e Ersatzdarsteller/in gesucht. Die bei uns gewählte Vorgehensweise habe er nicht so richtig verstanden und habe ihn verwundert.

STR Mag. Eckl meint, dass ein Ersatz nicht so leicht zu finden sei.

GRin Enzmann fragt, ob mit Frau Fally von Seiten der Intendanz ein Engagement vielleicht für die nächste oder übernächste – längerfristig - Saison ausgemacht worden würde, weil das schon ein Hot spot für die Klosterneuburger Oper wäre. Dass man das Stück ändere sei ganz klar, weil man so schnell auf dem Niveau keinen Ersatz finden werde.

STR Mag. Eckl bringt zur Kenntnis, dass sich Herr Garschall darum schon bemühe, doch sei Frau Fally in einem sehr starken Karrierehoch und habe sehr gute Angebote (dzt. in Dresden). Herr Garschall spricht mit ihr darüber, dass man vielleicht in zwei Jahren nochmals Manon mit ihrer Besetzung bekomme, doch sei das noch nicht fix.

Zur Kenntnis genommen.

3	**Behandlung der Dringlichkeitsanträge, die in die Tagesordnung aufgenommen wurden**

3.1	**Einführung einer „Aktuellen Stunde“ und des „Fraktionsbeitrags“ nach Vorbild der Stadt Innsbruck** **Vorlage: Bgm-Amt/0160/2012**

Sachverhalt

1. Nach erfolgreicher Einführung einer 2-stufigen Budgetdebatte ist die Stadtgemeinde Klosterneuburg einem lebendigen „Parlamentarismus“ einen Schritt näher gekommen.
2. Um im Gemeinderat die Diskussion von Themen stadtpolitischer Bedeutung zu ermöglichen, ohne dass es zu einem Beschluss kommen muss, würde sich ein Modell, das in Innsbruck eingeführt wurde, sehr bewähren. Es besteht aus 2 Elementen.
   a. Das erste Element ist das System der „**Aktuellen Stunde**“, wo Themen im Rotationsprinzip von den Fraktionen eingebracht werden. Diese sind durch den Bürgermeister auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu setzen und werden nach den üblichen Regeln debattiert.
   b. Das zweite Element ist die unzensurierte Veröffentlichung des sog. „**Fraktionsbeitrags**“ – nach der Sitzung im folgenden Amtsblatt. Diese enthalten die Stellungnahmen der verschiedenen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zum Thema der „Aktuellen Stunde“. Einzige Vorgabe ist die exakte, gleiche Länge des Beitrags (max. Zahl der Anschläge) und die Einhaltung der Etikette (keine ehrenrührigen Angriffe…) die von der Redaktion kontrolliert werden.
   In Innsbruck heißt das Amtsblatt „Innsbruck informiert – Amtliche Mitteilung der Landeshauptstadt Innsbruck“ www.innsbruckinformiert.at. Beiliegend ein Beispiel aus der Ausgabe Nr. 9 September 2012, Seiten 15-16. Die Redaktion von „Innsbruck informiert“ ist für die Inhalte der Fraktionsbeiträge nicht verantwortlich.
3. Gesetzestext aus dem Stadtrecht der Landeshauptstadt Innsbruck § 21a „Aktuelle Stunde“:
   Abs (1) Am Beginn der Sitzungen des Gemeinderates findet eine Aktuelle Stunde statt, in der jeweils ein Thema von stadtpolitischer Bedeutung ohne Beschlussfassung debattiert wird.
   Abs (2) Das Recht, für die Aktuelle Stunde ein Thema vorzugeben, kommt am Beginn der Funktionsperiode der nach der Wahl zum Gemeinderat stimmenschwächsten Gemeinderatspartei zu; dabei gelten Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind, nicht als eine Gemeinderatspartei. In den folgenden Sitzungen wechselt das Recht zur Themenvorgabe im Rotationsprinzip von der stimmenschwächsten zur nächst stimmenstärkeren Gemeinderatspartei usw.
4. In Innsbruck wurde der „Fraktionsbeitrag“ so erweitert, dass, wenn keine Gemeinderatssitzung mit einer „Aktuellen Stunde“ vor dem Redaktionsschluss des Amtsblattes stattgefunden hat, jede Fraktion sich das Thema für das Amtsblatt selbst wählen kann (aus Sicht der PUK optional, weil das dialogische Prinzip, die gegenseitige Bezugnahmemöglichkeit sehr wichtig erscheint).

Beschluss:

Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Bürgermeister wird ersucht

1. eine „Aktuelle Stunde“ nach dem Muster der Stadt Innsbruck einzuführen, und nach Prüfung, ob das seitens einer Fraktion eingebrachte Thema in den kommunalpolitischen Wirkungskreis fällt, dieses Thema auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu setzen, und
2. im Amtsblatt nach Muster der Stadt Innsbruck einen Redaktionsraum vorzusehen, in dem Fraktionsbeiträge zum zuletzt im Gemeinderat eingebrachten Thema der Aktuellen Stunde Platz finden.

Begründung der Dringlichkeit:

Demokratiepolitisch ist pluralistische und dialogorientierte Meinungsbildung wünschenswert.

Anlagen:
2 Seiten aus „Innsbruck informiert“

Zum Dringlichkeitsantrag sprachen: GR Dr. Schweeger-Exeli, GR DI Hofbauer, STR Mag. Wimmer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, STR Mag. Honeder, STR Dr. Mann, GR Kehrer, STR Dr. Pitschko

Wortmeldungen:

GR Dr. Schweeger-Exeli bemerkt, dass er sich fühle, als wären Weihnachten und Ostern zugleich, weil es bereits Vorgespräche mit dem Bürgermeister gegeben habe und sich die PUK seit Jahren bemühe, das Amtsblatt zugänglich zu machen für Fraktionsbeiträge. Er führt sodann aus, weshalb es dazu gekommen ist, dass er einen solchen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat. In Dornbirn beim Städtetag habe es einen von vier Workshops zu Bürgerbeteiligung gegeben GR DI Hofbauer habe immer wieder hervorgehoben, dass dort eine ganze Menge interessanter Sachen gemacht worden seien. Es habe auch eine Nachfolgeveranstaltung in der vorigen Woche im Rathaus Wien gegeben, auch auf Einladung des Städtetages. Dort habe er die Freude gehabt, den Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit aus Innsbruck kennenzulernen. Der habe ihm gesagt, dass man ihn Innsbruck eine sehr schöne Einrichtung habe, die sog. „Aktuelle Stunde“. Es gehe darum, dass reihum alle Fraktionen bei jeder Gemeinderatssitzung am Beginn ein Thema eingeben können. Dieses Thema brauche keine Beschlussfassung nach sich zu ziehen, sondern bestehe darin, dass ein Thema, das von stadtpolitischem Interesse sei, diskutiert werden könne. Im Anschluss erfolge kein Beschluss, sondern eine ganz normale Debatte und im darauffolgenden Amtsblatt der Stadt Innsbruck werde für jede Fraktion ein zusammenfassender Beitrag zu genau diesem Thema veröffentlicht, und zwar unzensiert, aber mit exakter Vorgabe, wie lange das sein dürfe. Es freue ihn besonders, dass der Bürgermeister darauf eingestiegen sei. Der wesentliche Bestandteil sei - und für ihn eigentlich noch eine Verbesserung -, dass das Bestandteil der Geschäftsordnung des Gemeinderates werden solle, gleichzeitig mit der zweistufigen Abwicklung der Budgetdebatte, die man jetzt erlebt habe. Ihm sei auch von Herrn Bürgermeister bzw. STR Mag. Honeder mitgeteilt worden, dass man wahrscheinlich eine Fraktionsleitersitzung haben werde, in der eventuelle Details und Variationen noch besprochen werden können. Für ihn sei es sehr wesentlich hervorzuheben, dass das ein wirklicher Schritt in die richtige Richtung sei. Bürgerbeteiligung gehe natürlich auch über die kleinen Fraktionen und setze voraus, dass auch wirkliches Dialogprinzip eingeführt werde und nicht nur das Vertreten eines Standpunktes. Diese Standpunkte, die oft einzementiert seien, bringen einen nicht weiter. Sie ermöglichen nicht, aufeinander einzugehen und Variationen von den eingebrachten Ideen zu produzieren. Wahrscheinlich erspare der Beschluss einige Dringlichkeitsanträge, deren einziger Sinn und Zweck sei, über ein bestimmtes Thema sprechen zu können, ohne dass eine offene, Aktuelle Stunden eingeführt werde. Er persönlich freue sich, dass das offensichtlich zustande komme. Viele Jahre habe es gedauert. Er habe jedoch das Gefühl, dass das ein Schritt in die richtige Richtung sei.

GR DI Hofbauer dankt GR Dr. Schweeger-Exeli, dass er so fair gewesen sei, zu erwähnen, dass auch er vom Städtetag in Dornbirn berichtet hatte. Städtetage seien keine Ausflüge, sondern man nehme dort an den Diskussionen teil und bringe daraus etwas mit, was dann verwertet werden könne. Er dürfe jedoch in Erinnerung rufen, dass er am 29. Juni einen Antrag gestellt habe, wo er auch auf Dornbirn Bezug genommen hatte, und zwar die Installierung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens. Das sei abgelehnt worden. STR Mag. Honeder habe zwar dazu gesprochen, es wäre inhaltlich richtig, aber sie würden es trotzdem ablehnen. Das sei die verkürzte Form. Er habe dazu gesagt, dass er schon wisse, was dann geschehe – es bleibe ein Jahr lang liegen und dann stelle die ÖVP den Antrag, damit es gut ausschaue. Er werde schauen, ob es so passiere, aber er dürfe das in Erinnerung rufen. Es sei ihm eigentlich egal, wer den Antrag stelle, damit er

durchgehe. Ihm gehe es darum, dass er wirklich durchgesetzt werde. Er möchte ersuchen, seinen Antrag noch einmal durchzulesen, und man könnte auch dieser Idee nähertreten. Er habe natürlich etwas nachgedacht, was sein angebliches Versprechen betreffend Vergangenheitsbewältigung betreffe. Es gebe da einen Spruch, der heiße: „In Zukunft verwerte das die Vergangenheit lehrte." Es sei daher ganz wichtig, dass jemand in Erinnerung rufe, was in der Vergangenheit gelehrt worden sei, damit nicht die gleichen Fehler wieder gemacht werden.

STR Mag. Wimmer vermerkt, dass die Grünen den damaligen im Juni eingebrachten Antrag von GR DI Hofbauer auch unterstützt haben und betont, dass es ein sehr positiver Weg sei. Gerade in einer Zeit wie jetzt, wo die Menschen von den politischen Parteien kein sehr positives Bild haben, sei es notwendig, die Bürger hereinzuholen, und das haben der Bürgermeister mit der ÖVP und den Grünen mit diesem Speaker‘s corner gemacht. Das sei am Anfang sehr gut angelaufen, lasse aber jetzt wieder nach. Grundsätzlich haben die Grünen kein Problem damit, dass zu den verschiedenen Themen die Meinung der Fraktionen im Amtsblatt wiedergegeben werden. Was sie jedoch nicht wollen, dass die Themen parteipolitische seien. Es sollen Themen sein, die von der Bevölkerung eingebracht werden, ansonsten sei die Gefahr gegeben, dass jede Partei ihr „Hutschpferdchen" hinauf und herab spiele, und das ginge an den Interessen der Bevölkerung vorbei. Daher würde er vorschlagen, den Inhalt des Dringlichkeitsantrags, der auch gut sei, entweder unter der Ägide des Herrn Bürgermeisters oder im Verwaltungsausschuss zu behandeln. Wenn das nicht gewollt sei, dann bringen die Grünen einen Abänderungsantrag ein, dass die Themen nicht von einer Fraktion, sondern von der Bevölkerung eingebracht werden, diese dann hier diskutiert und in weiterer Folge dann - wie eingebracht – die Stellungsnahmen der Fraktionen im Amtsblatt dargelegt werden. Die Grünen halten nichts davon, wieder mit der parteipolitischen Argumentationsschiene über die Bevölkerung drüber zu fahren, denn das bringe nichts. Es wäre gescheiter, sich die Themen anzuschauen, die von der Bevölkerung kommen und was den Menschen unter den Fingern brenne. Dann werde das hier diskutiert und laufe weiter so ab, wie es GR Dr. Schweeger-Exeli gesagt hatte. Er glaubt, dass das zielführender wäre, als wenn die politischen Parteien sich ihre Schaukelpferde herausholen und darauf herum reiten und dass das dann im Amtsblatt dargestellt werde.

Der Bürgermeister glaubt nicht, dass es notwendig sei, den Abänderungsantrag abstimmen zu lassen, weil wenn das in eine Fraktionsleiter-Sitzung übernommen werde, dann sei eine weitere Definition ohnehin noch zu geben bzw. sie dort abzustimmen. Es sei nicht ausgeschlossen, das um eine Bürgerbeteiligung zu erweitern. Er möchte den Antrag aber nicht jetzt erweitern, weil dann sicherlich jeder Fraktion dazu etwas einfallen würde. Als Vorgangsweise würde er vorschlagen, dass man diesen Antrag und die Idee dahinter in einer Sitzung mit den Fraktionsobleuten bespreche, wo auch gleich die Geschäftsordnung des Gemeinderates besprochen und bearbeitet werden könne, weil diese erste Budgetgemeinderatssitzung, zwar sehr gut verlaufen sei, aber keine Grundlage habe. Diese müsse ohnehin erst formalisiert werden. Das würde er gerne gleich in diesem Zuge auch machen. Daher meine er, dass es nicht notwendig wäre, die von STR Mag. Wimmer gemachte Abänderung mitzunehmen.

STR Mag. Honeder stellt formell den **Antrag, dieses Thema auf der Ebene der Fraktionsobleute zu besprechen** und meint, dass es dazu sicherlich noch einige Fragen und Eventualitäten gebe, die zu klären seien. Ein Amtsblatt solle z.B. kein verlängerter Arm einer Parteizeitung sein. Natürlich sei es die Aufgabe des Amtsblattes, dass über Geschehnisse in der Stadt und über Errungenschaften der Verwaltung auch berichtet werde. Das werde ohnehin gemacht, und dieser objektiven Informationspflicht komme das Amtsblatt auch nach. Grundsätzlich solle dieser Antrag weiter besprochen werden. Es gebe viele Fragen, die hier noch zu erläutern seien, weil einiges nicht nur in eine Richtung ausgelegt werden könne. Insofern sei er schon sehr gespannt auf das Gespräch, das man führen werde.

STR Dr. Mann betont, dass sich auch die SPÖ mit diesem Antrag intensiv beschäftigt habe,

nachdem sie ihn bekommen hatte. Sie finde das als sehr interessanten Ansatz und halte die Variante für sehr gut, etwas mehr Leben auch in die Gremien zu bringen und auch, dass man vielleicht auch etwas mehr Interesse der Bevölkerung für das, was sich im Gemeinderat abspiele, damit wecke. Doch könne man trotz eingehender Diskussion über die Auswirkungen noch keine endgültige Meinung sagen. Die SPÖ halte es jedoch einmal für eine sehr gute Geschichte. Man müsse sich das jedoch anschauen. Es spreche aber nichts dagegen, wenn man das einführe, dass man das nach eine gewissen Zeit evaluiere und dann an die gewonnenen Erfahrungen wieder anpasse. In diesem Sinne stehe die SPÖ dem positiv gegenüber, wolle sich aber die Details noch näher anschauen.

GR Kehrer findet diesen Antrag auch sehr sinnvoll und betont, ihn auch zu unterstützen und auch, dass man Details finde, z.B., den Speaker‘s corner damit zu vereinigen und dass die Leute auf das, was sie sagen, ein Feedback bekommen. Das sei nämlich etwas, warum die Emotionen zurückgehen. Die Themen werden in einen Ausschuss verwiesen und die Leute bekommen keine Antwort. Aber das seien Detailfragen. Prinzipiell werde er das jedoch unterstützen.

Der Bürgermeister wirft ein, dass man auf die Themen des Speaker‘s corner schon Antwort bekomme. Oftmals sei auch die Einladung direkt in den Ausschuss ausgesprochen worden. Sicherlich werde sich aber nicht alles regeln lassen.

GR Kehrer sagt, dass es um den ersten Eindruck gehe, der entstehe. Dass dann seriös weitergearbeitet werde, sei jedoch klar.

GR Dr. Schweeger-Exeli könne verstehen, dass der Antrag von GR DI Hofbauer im Juni nicht angenommen worden sei, weil Bürgerbeteiligung oft nicht im freien Raum stehe, sondern in Zusammenhang mit bestimmten Projekten oder Möglichkeiten oder Entwicklungen oder Strategien zu sehen sei. Wenn diese nicht formuliert seien, dann könne man Bürgerbeteiligung nicht auf die Schiene setzen, weil es oft auch verschiedene Architekturen eines solchen Prozesse geben müsse. Insoferne habe er Verständnis, dass das nicht funktioniert habe. Ein Problem habe er mit dem von Stadtrat Wimmer eingebrachten Antrag – und das sei eine Replik zu ihm - wenn dieser sage, dass es nicht von den Parteien kommen sollte, so möchte er daran erinnern, dass die Parteien auch vom Volk gewählt seien. Er sehe keine technisch machbare Möglichkeit, ohne dass wieder durch ein Gremium eine Auswahl getroffen werde, wenn Bürger ein Thema einbringen, das sie gerne diskutiert haben möchten, wie das zum Thema der Aktuellen Stunde im Gemeinderat werden könne. Es gebe keine Möglichkeit zu kontrollieren, aus welchem Bereich das komme. Der zweite Punkt sei, wenn jemand, der besonders laut schreie oder dass Leute sich zusammentun und besonders laut alle in die gleiche Richtung schreien, dass es dann besonders schwierig sei, eine Auswahl zu treffen. Er persönlich glaube, dass die Methode, die in Innsbruck gewählt worden sei, sehr wohl geeignet sei und diese werde auch nicht missbraucht in einem parteipolitischen Hickhack, wie man durchaus sehen könne an den Fraktionsbeiträgen, die er dem Antrag beigelegt habe. Er möchte sich bei STR Dr. Pitschko entschuldigen, dass der Beitrag der FPÖ auf der dritten Seite gewesen sei, aber sie sei auch dabei, und das könne er im Internet nachlesen. Es gebe mehrere Beispiele, dass überhaupt nicht parteipolitisch agiert werde, sondern dass das ein Thema von zentraler Bedeutung sei. In Innsbruck sei das Beispiel, das er beigelegt hatte, der Einsatz von digitalen Medien gewesen. Es sei somit etwas, was nicht parteipolitisch besetzt sei, dass man nicht einfach verschiedene Standpunkte und verschiedene Möglichkeiten ventilieren und eine entsprechende Position dazu beschreiben könne. Er persönlich glaube, dass der Vorschlag von STR Dr. Mann, das zu evaluieren, durchaus vernünftig sei. Eigentlich sollte man das für alle möglichen Verfahren nach Jahren machen, die man als neue Möglichkeiten in der Stadtgemeinde einführe. Dasselbe gelte selbstverständlich auch für die zweistufige Budgetdebatte. Vielleicht gebe es auch da wieder Verbesserungsmöglichkeiten. Er habe nichts dagegen, wenn das in der Fraktionsleitersitzung abgehandelt würde. Er würde sich sehr wünschen, wenn diese Sitzung vom Bürgermeister direkt geleitet würde und schließe sich dem Antrag von STR Mag. Honeder an, das so zu machen. Das sei

für ihn kein Problem, aber habe er ein ernsthaftes Problem mit dem, was STR Mag. Wimmer gesagt habe. Dem könne er sich nicht anschließen und in keiner Weise Ja sagen, weil das in eine komplett andere Richtung gehe. Es gebe sicherlich eine Möglichkeit, das offene Forum des Speaker‘s corner mit der Aktuellen Stunde zu kombinieren, Er lehne aber ab, dass zu einem Thema, das einer Fraktion ein besonderes Anliegen sei, der Bürgermeister die Möglichkeit habe zu befinden, ob das eine rein parteipolitische Angelegenheit oder ob das eine Sache sei, die im Interesse der Stadtgemeinde oder der Stadtentwicklung sei. Er sehe da eigentlich kein Problem, das mit diesem System durchzuführen und wäre auch keine Ungerechtigkeit, weil im Amtsblatt jede Fraktion den gleichen Platz bekomme, ihre eigene Position zu diesem Thema darlegen zu können.

STR Mag. Wimmer meint, da komplett andere Zugänge zu haben, aber das sei in einer Demokratie so. STR Mag. Honeder habe es bereits angesprochen, dass die Gefahr sehr groß und auch evident da sei. Wenn eine politische Partei ein Thema einbringe, dann sei das ein Parteithema. Er verstehe nicht, warum man noch einmal die Möglichkeit zu einer Aktuellen Stunde nehme, wo jede Fraktion und jeder Gemeinderat hier die Möglichkeit habe, im Gemeinderat mittels eines Dringlichkeitsantrages ein Thema einzubringen - was immer wieder gemacht werde. Die Grünen unterstützen natürlich die Möglichkeit, beim Bürgermeister einmal zu klären, wie man das machen könnte, diese Themen zu eruieren, ohne dass sie wieder über die Hintertür parteipolitische Themen seien. Er glaube, dass es in der heutigen medialen Gesellschaft kein Problem wäre - und er könnte sich das auch in Form einer Redaktionssitzung vorstellen -, zu schauen, welche Themen es in den letzten Wochen gewesen seien, die die Stadt bewegt haben und dann sage man, das sei das Thema, über das man sich die Köpfe in jeder Fraktion zerbrechen wolle. Und das mache man zur Aktuellen Stunde. Die Grünen halten es für problematisch, wenn hier die Parteien wieder das Amtsblatt als verlängerten Arm nehmen, wo alle wissen, dass das Amtsblatt völlig unabhängig sei und nur dem Herrn Bürgermeister gehöre.

GR DI Hofbauer stellt die Frage, wer einteile, was parteipolitisch sei und was nicht und hält fest, dass alles, was er sage, die Meinung seiner Partei sei. Was das Mitbringsel von Dornbirn anlange, bemerkt er, nichts Anderes gemacht zu haben als GR Dr. Schweeger-Exeli. Er habe gesagt, diese Idee, die er dort gehört habe und die bereits woanders praktiziert werde, sollte man auch bei uns probieren. Er habe nicht gesagt, es müsse so sein, sondern lautete sein Antrag: „Es wird ein für Klosterneuburg geltendes BürgerInnen-Mitwirkungskonzept erarbeitet.“ – Genau das, was jetzt von STR Mag. Honeder auf Grund des Antrages von GR Dr. Schweeger-Exeli vorgeschlagen werde, dass man das erarbeite auf Grund der Erfahrungen, die man woanders gemacht habe. Beim 62. Österreichischen Städtetag habe sich der Arbeitskreis dem Thema „Zivilgesellschaftliche Partizipation – neue Wege des politischen Engagements“ gewidmet. Die Kernaussagen sei gewesen, beim Treffen von Entscheidungen für die BürgerInnen und nicht gegen sie sei ihre Einbindung in wichtige Entscheidungsprozesse der Stadt von elementarer Bedeutung. Da habe er noch von Prof. Kaufmann dazu gefügt, was sicherlich noch aktuell sein werde: „Traditionell spielt Transparenz in der schwedischen Verwaltung eine wichtige Rolle. Seit dem 17. Jahrhundert gibt es in Schweden ein Öffentlichkeitsrecht auf nationaler Ebene und damit einen Grundsatz, dass das Amtsgeheimnis zur begründungspflichtigen Ausnahme macht.“ Der Zusammenhang sei somit gegeben. Wenn man etwas öffentliche diskutiere, was ein Bürgeranliegen sei und was alle BürgerInnen betreffe, dann könne es kein Amtsgeheimnis geben.

Der Bürgermeister ruft zur Sache, weil das bereits zu weit führe.

GR DI Hofbauer meint, dass er nicht finde, dass es zu weit wäre. Er weise dabei auf einen Artikel im Standard von gestern oder vorgestern hin, wo ebenfalls auf dieses Thema hingewiesen worden sei, was besonders den Bürgermeister treffen werde, weil dieser gesagt hatte, dass er mit irgendeiner Aufgabe betraut worden sei, die Stadt Klosterneuburg zu vertreten.

Der Bürgermeister entgegnet, noch nicht beauftragt worden zu sein, aber Klosterneuburg sei als Pilotprojekt vorgesehen, wenn es die erforderlichen Geldmittel gebe.

Nachdem es im Auditorium zu Ruhestörung kommt, fordert der Bürgermeister Ruhe. Er sagt, das Recht zu haben, abzumahnen. Wenn sich jemand aus den Zuschauerreihen melde, gehe das zweimal, dann müsste er die Sitzung unterbrechen und die Polizei holen.

GR DI Hofbauer fährt in seiner Wortmeldung fort. Er sagt, dass er die Unterlagen, die er aus Dornbirn mitgebracht habe, für diese Aufgabe gerne zur Verfügung stellen wolle.

STR Dr. Pitschko erläutert, dass die PUK einen Dringlichkeitsantrag eingebracht habe und sich auf den Gesetzestext des Stadtrechts der Landeshauptstadt Innsbruck beziehe. Er sei an sich klar formuliert und leicht verständlich – es gehe um eine Aktuelle Stunde, in der jeweils ein Thema von stadtpolitischer Bedeutung ohne Beschlussfassung debattiert werde. Der Schwerpunkt sei von stadtpolitischer Bedeutung. Was man schon bei diesem Speaker‘s corner gesehen habe, seien mehr oder weniger Nachbarschaftsprobleme. Wenn es also einreißen würde, dass Aktuelle Stunden zum Thema Nachbarschaftsstreitigkeiten im Gemeinderat führten, dann wäre der Sinn und Zweck dieses Antrages vollkommen verfehlt. Dieses Recht der Antragstellung scheine ihm auch relativ klar und eindeutig geregelt. Es solle den Minderheitsfraktionen bis aufsteigend zur ÖVP das Recht geben, ein stadtpolitisches Thema im Gemeinderat zu diskutieren, auch wenn kein Beschluss zu fassen sei. Der nächste Punkt, der dann angeführt werde, wenn es kein Thema gebe, dass dann die Parteien die Möglichkeit haben, im Amtsblatt der Stadtgemeinde Klosterneuburg einen redaktionellen Beitrag zu schalten, sei eine Debatte, die es schon vor vielen Jahren gegeben habe. Peter Hofbauer sei sein Zeuge: übrig geblieben sei am Schluss diese Budgetdebatte als einzige Möglichkeit, wo eine Gemeinderatsfraktion, die nicht ÖVP heiße, im Amtsblatt zu einem redaktionellen Beitrag komme.

GR Dr. Schweeger-Exeli bittet GR DI Hofbauer um Verständnis. Man habe im Moment vier (wahrscheinlich mehr) BürgerInnenbeteiligungprozesse: den Markenbildungsprozess, den Stadterneuerungsprozess, den Öffi-Gipfel, den Fahrrad-Gipfel und im Grund genommen habe man den Klimabündnisarbeitskreis auch. Das seien Formen von Bürgerbeteiligung, die aber in jedem Fall anders seien. Sie haben andere Abläufe und andere Architekturen. Es sei daher schwierig, außer, dass man Bürgerbeteiligung haben möchte - wo er glaube, dass sehr viele hier Ja dazu sagen - das im Sinne eines genauen Ablaufes darzustellen. Das Zweite sei eine kurze Antwort auf STR Dr. Pitschko. Dieser letzte Punkt, wenn es keine Aktuelle Stunde gegeben habe, dass es dann irgendein Thema gebe, das sich jede Partei selber setzen könne, sei für ihn nicht unbedingt dasselbe, wie als wenn es die Aktuelle Stunde gegeben habe. Für ihn sei sehr wesentlich - und das stehe zur Diskussion und könne in der fraktionellen Besprechung besprochen werden – das dialogische Prinzip. D.h. es gebe ein Thema, über das man sich austausche und dann gebe es eine Zusammenfassung. Das dialogische Prinzip sei für ihn besonders wichtig, weil er glaube, dass die Probleme und Herausforderungen der Zukunft nur über diesen Weg gelöst werden können und nicht dadurch, dass man sich einzementiere und eingrabe in bestimmten Positionen, die dann unverrückbar seien. Wenn man sozusagen das Forum aufmache, um zu beliebigen Themen zu sprechen, dann wären das die von STR Mag. Wimmer befürchteten politischen Themen, und man wäre wieder weg von dem dialogischen Prinzip und wieder in den Positionskämpfen. Ein letzter Kommentar sei ihm erlaubt zu STR Mag. Wimmer. Es sei wirklich ein bisschen eigentümlich, dass bei jeder Suppe, die die PUK eingieße, ein Haar gefunden werde.

Gegenantrag:

Die Einführung einer Aktuellen Stunde oder eines Fraktionsbeitrages im Amtsblatt sowie gleichzeitig andere Punkte für die Geschäftsordnung des Gemeinderates werden in einer Fraktionsleiter- oder Obleutesitzung besprochen. Dazu werden alle Fraktionsleiter sowie

Parteien, die keinen Fraktionsstatus haben, vom Bürgermeisteramt eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4	**Voranschlag 2012, Überplan- und außerplanmäßige Überschreitungen** **Vorlage: GA II/1/0050/2012**

Zur Erfüllung von politischen Zielvorgaben und zur reibungslosen Abwicklung ihrer Verwaltungsaufgaben haben die jeweils zuständigen Verwaltungsabteilungen um Nachtragskredite angesucht.

Beschluss:

Die nachfolgenden überplanmäßigen und außerplanmäßigen Überschreitungen werden genehmigt:

Ordentlicher Haushalt - Erfordernis

	Mehrausgaben	**Alle Beträge in €**
	Gruppe 0 – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	
1/010000	Zentralamt	
- 040000	Fahrzeuge	1 600,00
1/014000	Kontrollamt	
- 560000	Reisegebühren	100,00
1/015000	Amtsblatt und Öffentlichkeit	
- 560000	Reisegebühren	1 000,00
1/016000	Elektr. Datenverarbeitung	
- 618000	Instandh. Amtsausstattung	500,00
1/020000	Rechtsamt	
- 640000	Rechtskosten	30 000,00
1/024000	Wahlamt	
- 456000	Büromittel	11 000,00
1/029000	Amtsgebäude	
- 042000	Amtsausstattung	3 000,00
- 700000	Mietzinse	1 300,00
1/029700	Miteigentum Kritzendorf, Hauptstr.	
- 700800	Mietzinse (Miteigentum)	7 400,00
1/099000	So. Einricht. u. Maßn. der Personalbetreuung	
- 729000/001	Sonstige Ausgaben	700,00
	Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit	
1/169000	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	1 000,00
	Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	
1/229000	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen	
- 752100	Gastschulbeiträge (Lfd. Transfer an Gem.)	4 300,00
1/240000	Kindergärten	

- 430000	Lebensmittel	15 000,00
1/259000	So. Einr. u. Maßn. d. Jugenderzieh.	
- 757505	Kinderbetreuungseinrichtung (lfd. Tr. an priv. Org.)	9 500,00
	Gruppe 3 – Kunst, Kultur, Kultus	
1/360000	Heimatmuseum	
- 614000	Instandh. Gebäude	20 000,00
1/361000	Stadtarchiv	
- 400000	Geringw. Wirtschaftsgüter	200,00
1/381000	Maßnahmen zur Kulturpflege	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	2 000,00
	Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	
1/429000	Sonst. Einricht. u. Maßn. d.freien Wohlfahrt	
- 757255	Veranstaltungsbeitrag	500,00
1/439000	So. Einrichtg. u. Maßn. d.Jugendwohlfahrt	
- 728000	Sonst. Firmenleistungen	11 600,00
	Gruppe 5 – Gesundheit	
1/520000	Natur- und Landschaftsschutz	
- 042000	Amtsausstattung	1 000,00
	Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr	
1/612000	Gemeindestraßen	
- 002200	Grundeinlösungen ö.G. (Straßenbauten)	7 500,00
1/616000	Sonstige Straßen und Wege	
- 0024000	Radwege	12 400,00
1/640000	Einr. u. Maßn. nach der Straßenverkehrsordnung	
- 400000	Geringw. WG	700,00
- 619300	Instandh. Verkehrszeichen, Sonderanlagen	5 000,00
	Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung	
1/771000	Maßnahmen zur Fremdenverkehrsförderung	
- 757810	Subvention FV-Vereine (lfd. Tr. an pr. Org.)	10 000,00
	Gruppe 8 – Dienstleistungen	
1/817000	Friedhöfe	
- 614000	Instandh. Gebäude	1 800,00
1/820000	Wirtschaftshof (Tischlerei)	
- 616000	Instandh. Maschinen	1 000,00
1/828000	Sonstige Märkte	
- 400100	Dienstkleider (Geringw. WG)	300,00

1/831000	Strandbad Klosterneuburg		
- 454000	Reinigungsmittel	1 500,00	
- 455000	Chem. u sonst. artverw. Mittel	1 000,00	
1/831100	Strombad Kritzendorf		
- 050000	Sonderanlagen	4 000,00	
- 670000	Versicherungen	800,00	
1/813200	Sportanlage Presslerwiese		
- 610000	Instandh. Grund und Boden	6 000,00	
- 619000	Instandh. Sonderanlagen	1 300,00	
1/850000	Betr. d. Wasserversorgung		
- 346900	Schuldenrückzahlungen an Finanzuntern.	13 200,00	
1/851000	Betr. d. Abwasserbeseitigung		
- 346900	Schuldenrückzahlungen an Finanzuntern.	40 800,00	
- 616000	Instandh. Maschinen	10 300,00	
- 618200	Instandh. Betriebsausstattung	2 500,00	
- 710000	Öffentliche Abgaben	44 700,00	
- 728250	Gebäudereinigung (Sonst. Ausgaben)	2 100,00	
- 764000	Entschädigungen	2 500,00	
1/852000	Betr. der Müllbeseitigung		
- 050000	Sonderanlagen	20 000,00	
- 618200	Instandh. Betriebsausstattung	1 700,00	
1/853000	Betriebe f.d. Errichtung Verw. v. Wohn- u. Geschäftsgeb.		
- 346900	Schuldenrückzahlungen an Finanzuntern.	7 500,00	
1/894000	Babenbergerhalle		
- 454000	Reinigungsmittel	800,00	
	Gruppe 9 – Finanzwirtschaft		
1/900000	Finanzverwaltung		
- 457000	Druckwerke	6 500,00	
1/916000	Schadenersätze		
- 690100	Schadenersatz an Dritte	200,00	
1/980000	Zuführungen		
- 910100	13. Vorh. Gemeindestraßen	49 700,00	
	Zwischensumme Mehrausgaben		**377 500,00**
	Mindereinnahmen		
	Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung		
2/789000	Sonst. Einricht. u. Maßn. d. Wirtschaftsförderung		
+ 829000	Sonstige Einnahmen	1 700,00	
	Zwischensumme Mindereinnahmen		**1 700,00**

Summe Erfordernis **379 200,00**

Ordentlicher Haushalt - Bedeckung

Minderausgaben

Gruppe 0 – Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

1/015000	Amtsblatt und Öffentlichkeitsarbeit	
- 728840	Öffentlichkeitsarbeit (Sonst. Firmenleist.)	1 000,00
1/016000	Elektronische Datenverarbeitung	
- 618110	Instandhaltung EDV (Sonstige Anlagen)	500,00
1/029000	Amtsgebäude	
- 614000	Instandhaltung Gebäude	3 000,00
- 728250	Gebäudereinigung (Sonst. Firmenleist.)	2 100,00
1/060000	Sonst. Maßnahmen, Beitr. Verbände, Vereine	
- 726000	Mitgliedsbeiträge	1 600,00
1/091000	Personalausbildung u. Fortbildung	
- 729000	Sonstige Ausgaben	200,00

Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit

1/180000	Zivilschutz	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	1 000,00

Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

1/240000	Kindergärten	
- 614000	Instandh. Gebäude	5 000,00
- 650000	Kreditzinsen	9 900,00
1/259000	So. Einricht. u. Maßn. d. Jugenderziehung	
- 757500	Beitrag St. Martin	500,00

Gruppe 3 – Kunst, Kultur, Kultus

1/361000	Stadtarchiv	
- 618200	Instandh. Betriebsausstattung (Sonst. Anlagen)	200,00
1/362000	Denkmalpflege	
- 619100	Instandh. Sonderanlagen	15 000,00

Gruppe 5 – Gesundheit

1/520000	Natur- u. Landschaftsschutz	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	1 000,00

Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr

1/640000	Einr. u. Maßn. nach der Straßenverkehrsordnung	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	2 500,00

1/649000	Sonst. Einrichtungen und Maßnahmen		
- 050110	Verkehrsanlagen (Sonderanlagen)	2 500,00	
	Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung		
1/771000	Maßnahmen zur Fremdenverkehrsförderung		
- 728845	City Marketing (Sonst. Firmenleistungen)	10 000,00	
	Gruppe 8 – Dienstleistungen		
1/816000	Öffentliche Beleuchtung		
- 050800	Ausbau öffentl. Beleuchtung (Sonderanl.)	61 200,00	
1/820000	Wirtschaftshof		
- 020100	Maschinen u. masch. Anlagen	1 000,00	
1/828000	Sonstige Märkte		
- 042000	Amtsausstattung	300,00	
1/831000	Strandbad Klosterneuburg		
- 619000	Instandh. Sonderanlagen	2 500,00	
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	12 100,00	
1/839100	So. Betriebe und betriebsähnl. Einrichtungen		
- 650000	Kreditzinsen	150 000,00	
1/851000	Betriebe d. Abwasserbeseitigung		
- 002201	Grundeinlösungen ö.G. (Kanalbauten)	7 500,00	
- 619600	Instandh. Kanalnetz	5 000,00	
- 650000	Kreditzinsen	44 700,00	
1/852000	Betriebe d. Müllbeseitigung		
- 728000	Sonstige Firmenleistungen	20 000,00	
1/894000	Babenbergerhalle		
- 614000	Instandh. Gebäude	800,00	
	Gruppe 9 – Finanzwirtschaft		
1/900000	Finanzverwaltung		
- 640000	Rechtskosten	2 000,00	
	Zwischensumme Minderausgaben		**363 100,00**
	Mehreinnahmen		
	Gruppe 3 – Kunst, Kultur, Kultus		
2/381000	Maßnahmen der Kulturpflege		
+ 861500	Subvention d. Landes NÖ (lfd. Tr. d. Ld.)	2 000,00	
2/616000	Sonstige Straßen und Wege		
+ 828000	Rückersätze von Ausgaben	12 400,00	
2/789000	Sonst. Einricht. u. Maßn. d. Wirtschaftsförderung		
+ 824001	Miet- u. Pachtzinse (steuerfrei)	1 700,00	

	Zwischensumme Mehreinnahmen		**16 100,00**	
	Summe Bedeckung o.H.			**379 200,00**

Außerordentlicher Haushalt - Erfordernis

Mehrausgaben

5/612000	13. Vorhaben - Gemeindestraßen			
- 050800	Ausbau öffentl. Beleuchtung (Sonderanlagen)	61 300,00		
5/850000	14. Vorhaben – Betr. d. Wasserversorgung			
- 050235	WVA BA 20 Umbau HB Kollersteig (Sonderanl.)	14 600,00		
	Zwischensumme Mehrausgaben		**75 900,00**	
	Summe Erfordernis a.o. H.			**75 900,00**

Außerordentlicher Haushalt - Bedeckung

Mehreinnahmen

6/612000	13. Vorhaben - Gemeindestraßen			
+ 871150	Bedarfszuweisung (Kap.Tr.Land)	11 600,00		
+ 910000	Verr.zw.ordentl.u.außerordentl.Haush.)	49 700,00		
	Zwischensumme Mehreinnahmen		**61 300,00**	

Minderausgaben

5/850000	14. Vorhaben – Betr. d. Wasserversorgung			
- 050200	Rohrstrangausbau (Sonderanlagen)	14 600,00		
	Zwischensumme Minderausgaben		**14 600,00**	
	Summe Bedeckung a.o. H.			**75 900,00**

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (GR Dr. Schweeger-Exeli)

Mehrheitlich beschlossen.

5	**Voranschlag 2013** **Vorlage: GA II/1/0047/2012**

Nach Einreichung der Voranschlagswünsche der einzelnen Verwaltungsabteilungen und nach Verhandlungen mit den zuständigen Stadträten liegt der Voranschlagsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 vor.

Die Auflage zur öffentlichen Einsicht gemäß § 73 Abs. (1) der NÖ. Gemeindeordnung erfolgte in der Zeit vom 19. November 2012 bis 03. Dezember 2012.

Stellungnahmen zum Voranschlag 2013 wurden innerhalb der Auflagefrist keine eingebracht.

Eckdaten des Rechenwerkes 2013:

Ordentlicher Haushalt:		
Einnahmen	EUR	61 955 100,00
Ausgaben	EUR	61 955 100,00
Außerordentlicher Haushalt:		
Einnahmen	EUR	7 643 700,00
Ausgaben	EUR	7 643 700,00
„Maastricht-Ergebnis“:	EUR	- 2 411 300,00
Voraussichtlicher Schuldenstand per 31.12.2013:	EUR	62.209.600,00

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt den vorliegenden Voranschlag 2013 mit den im Sachverhalt angeführten Eckdaten samt Haushaltsbeschluss, Dienstpostenplan und den mittelfristigen Finanzplan 2014 – 2016.

Anlagen:
Voranschlag 2013 inkl. Mittelfristiger Finanzplan

Zum Antrag sprachen: STR Mayer, GR Kehrer, GR DI Hofbauer, STR Dr. Pitschko, STR Mag. Wimmer, Vzbgm. Reg.Rat Raz

Wortmeldungen:

Finanzstadtrat Peter Mayer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Entwurf des Voranschlags für das Jahr 2013 wurde im Finanzausschuss am 27. November 2012 und im Gemeinderat am 6. Dezember 2012 vor beraten. Die öffentliche Auflage erfolgte vom 19. November 2012 bis 3. Dezember 2012. Während der Auflagefrist wurden keine Stellungnahmen eingebracht.

Der Voranschlag 2013 ist sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt wieder ausgeglichen. Dieser Ausgleich konnte nur durch rigorose Einsparungen und die Heranziehung von Rücklagen erreicht werden. Das grundlegende Ziel der Finanzgebarung der Stadt Klosterneuburg

wurde damit erreicht. Dies wurde auch durch die sparsame und vorausschauende Budgetpolitik der vor uns Verantwortlichen ermöglicht.

Die Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt werden 2013 61.955.100 Euro betragen. Von den ordentlichen Ausgaben entfallen 72,79 % auf den Sachaufwand und 27,21 % auf den Personalaufwand.

Der außerordentliche Haushalt ist mit 7.643.700 Euro ebenfalls ausgeglichen. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt deutlich die Reduzierung der Investitionen. Der außerordentliche Haushalt wird durch Rücklagenentnahmen und durch Darlehensaufnahmen bedeckt. Zuführungen vom ordentlichen Haushalt sind nicht möglich.

Das Maastricht-Ergebnis weist ein Minus in der Höhe von rund 2,5 Mio. Euro aus. In den letzten Jahren konnte aber ein negatives Ergebnis im Zuge des Rechnungsabschlusses wieder ins Positive revidiert werden. Dies war dadurch möglich, dass nicht alle veranschlagten Darlehen auch wirklich aufgenommen werden mussten, sondern im Laufe des Jahres andere Bedeckungen möglich wurden.

Der Schuldenstand am Ende des Jahres wird voraussichtlich 62.209.600 Euro betragen.

Lassen Sie mich auf die einzelnen Gruppen des ordentlichen Haushalts eingehen:

Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung
Einnahmen: 235.700 Euro
Ausgaben: 7.464.400 Euro

Die nennenswerten Veränderungen werden durch die 3 Wahlen im nächsten Jahr und durch die Schaffung des neuen Referats Stadtplanung verursacht.

Öffentliche Ordnung und Sicherheit
Einnahmen: 25.000 Euro
Ausgaben: 1.319.800 Euro

Für die Freiwilligen Feuerwehren wird mit 493.600 Euro der gleiche Betrag wie 2012 bereitgehalten. Im AOH sind 69.000 Euro für die Projektierung eines neuen Feuerwehrhauses in Weidling vorgesehen.

Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft
Einnahmen: 1.886.100 Euro
Ausgaben: 6.259.700 Euro

Für die Instandhaltung der Schulgebäude und der Kindergärten müssen rund 962.000 Euro aufgebracht werden, trotz der Einsparungen im Bereich der Instandhaltungen um über 200.000 Euro mehr als 2012.

Die Adaptierungen für Tagesheimräume und Außenanlagen in der Volksschule Anton Bruckner-Gasse werden vom Land mit 300.000 Euro gefördert.

Die Zuschüsse für das Semesterticket für Studenten werden gegenüber dem heurigen Jahr wieder erhöht und zwar um 6.000 Euro auf 19.000 Euro.

Kunst, Kultur, Kultus
Einnahmen: 1.606.400 Euro
Ausgaben: 3.419.200 Euro

Bei der Musikschule hat die Stadt 512.000 Euro zu tragen, was einem Drittel der Gesamtkosten entspricht.

Die Oper Klosterneuburg wird im Voranschlag 2013 156.800 Euro beanspruchen.

Die Ausgaben für Denkmalpflege, die im heurigen Voranschlag mit 60.700 Euro einen Höchststand erreichten, können wieder auf das Niveau der Vorjahre zurückgefahren werden und belaufen sich auf 23.000 Euro.

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
Einnahmen: 96.200 Euro
Ausgaben: 5.306.100 Euro

Hier steigen im Vergleich zu heuer die Ausgaben bei gleich bleibenden Einnahmen um 240.000 Euro.

Die Sozialhilfeumlage steigt auf 4,45 Mio. Euro, die Jugendwohlfahrtsumlage auf rund 490.000 Euro.

Der Erhaltungsbeitrag für Hilfswerk, Volkshilfe und Caritas wird mit 65.000 Euro und die Ausgaben für Seniorenbetreuung mit 41.200 Euro unverändert gelassen. Somit werden die beliebten Seniorenausflüge nächstes Jahr wieder von der Stadt finanziert.

Für Heizkostenzuschüsse werden 14.000 Euro bereitgestellt.

In der Gruppe Soziales werden also keine Einsparungen auf Kosten Bedürftiger oder Senioren vorgenommen. Der Anteil für Soziales an den gesamten Ausgaben beträgt 8,6% und damit mehr als etwa für Kultur oder Straßenbau und Verkehr.

Gesundheit
Einnahmen: 1.270.900 Euro
Ausgaben: 8.299.600 Euro

Die NÖKAS-Umlage für die Erhaltung der NÖ Krankenanstalten steigt um fast eine halbe Million auf 6.204.700 Euro.

Für die Aufrechterhaltung des Rettungsdienstes in Klosterneuburg sind mit 330.800 Euro etwas mehr als 2012 aufzubringen.

Straßen- und Wasserbau, Verkehr
Einnahmen: 837.700 Euro
Ausgaben: 4.881.300 Euro

Für die Instandhaltung von Straßen, Gehsteigen und Brücken wurden 735.000 Euro veranschlagt. Die Erhöhung um 155.000 Euro resultiert aus dem höheren Instandhaltungsbedarf wegen der drastischen Reduzierung des Straßenbaus im AOH wo lediglich 700.000 Euro aufgebracht werden können.

Für Radwege kann auf 110.000 Euro zurückgegriffen werden. Hauptanteil hat dabei der 1. Teil des Radweges Strandbadstraße.

Beim öffentlichen Verkehr inklusive Anrufsammeltaxi stehen Ausgaben in der Höhe von 1.116.700 Euro Einnahmen von lediglich 142.700 Euro gegenüber.

Wirtschaftsförderung
Einnahmen: 1.500 Euro
Ausgaben: 293.500 Euro

45.000,-- Euro werden für das City-Marketing vorgesehen.

Dienstleistungen
Einnahmen: 17.837.800 Euro
Ausgaben: 23.083.600 Euro

Im Bereich der Straßenreinigung erfolgen die Ersatzanschaffung eines Kleintraktors und der Ankauf eines Streuers und Schneeketten für einen LKW - Kostenpunkt 104.000 Euro.

Um der Auszeichnung als schönste Blumenstadt gerecht zu werden, stehen auch 2013 65.000 Euro für Blumenschmuck in Parkanlagen und auf Nebenflächen zur Verfügung.

31.700 Euro werden in Spielgeräte auf den Kinderspielplätzen investiert.

Für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung werden 135.000 Euro vorgesehen.

Die Einnahmen aufgrund von Baurechtszinsen könnten gegenüber heuer wieder gesteigert werden und zwar um über 60.000 Euro auf 168.500 Euro.

Die Rohrnetzinstandhaltung der Wasserversorgungsanlage nimmt 730.000 Euro in Anspruch, bei der Abwasserbeseitigung sind es 410.000 Euro.

Um 216.500 Euro wird ein neuer LKW für die Müllbeseitigung angeschafft.

Finanzwirtschaft
Einnahmen: 37.825.800,-- Euro
Ausgaben: 1.186.000,-- Euro

Die Einnahmen aus den ausschließlichen Gemeindeabgaben steigen um nicht einmal 250.000 Euro. Diese Steigerung geht großteils auf ein erhöhtes Kommunalsteueraufkommen bedingt durch Betriebsansiedlungen zurück.

Die Ertragsanteile werden 25,8 Mio. Euro ausmachen. Hierbei handelt es sich um einen vom Land im Voranschlagsblatt bekannt gegebenen voraussichtlichen Wert. Da die konjunkturelle Entwicklung schwer abschätzbar ist, kann es auch passieren, dass dieser Wert nicht erreicht wird. Aus diesem Grund werden sämtliche Subventionen und Förderungen, mit Ausnahme von Rettungsdienst und Feuerwehren einer 50% igen Kreditsperre unterworfen. Diese Mittel dienen als Sicherheitspolster und können bei Erreichen der veranschlagten Einnahmenziele per Gemeinderatsbeschluss wieder freigegeben werden.

Die Umlagen an das Land für die Erhaltung der Krankenanstalten, die Sozialhilfe, die Jugendwohlfahrt und das Pflegegeld sind wieder gestiegen und zwar um nahezu eine Dreiviertel-Million auf über 11,8 Mio. Euro. Das bedeutet, dass nahezu ein Fünftel des gesamten ordentlichen Haushalts durch die Umlagen gebunden ist. Seit 2008, also seit nur 5 Jahren, sind die Umlagen im Vergleich zu den Ertragsanteilen um 4 Mio. Euro gestiegen.

Dazu kommen noch die Kosten für den Ausbau der Kindergärten, um auch Zweieinhalbjährige betreuen zu können. Zwar wurde der Bau neuer Gruppen zu 50% vom Land gefördert. Die andere Hälfte musste aber die Stadt selbst tragen. Dazu kommen jetzt auch die Folgekosten wie vermehrter Personaleinsatz, höhere Betriebskosten und Instandhaltungen.

Es ist zu befürchten, dass durch Einführung der Ganztagsschule weitere erhebliche Belastungen auf die Gemeinden zukommen werden.

Diese Entwicklung werden die Gemeinden nicht mehr lange verkraften können.

Die Einnahmen des OH können die Ausgaben nicht mehr bedecken. Es müssen z.T. Rücklagen herangezogen werden. Nachdem der OH nicht durch Darlehen ausgeglichen werden darf, werden gemäß dem Gesamtdeckungsprinzip teilweise auch Gewinne aus den Betrieben herangezogen. Es ist klar, dass diese Gewinne in erster Linie auch dort investiert werden, wo sie erwirtschaftet wurden.

Die Überschüsse aus den Gebührenhaushalten, müssen aber auch für die Finanzierung der vielen anderen kommunalen Leistungen herangezogen werden. Diese Gelder verschwinden aber nicht im

Budget, sondern kommen in Form von öffentlichem Verkehr, gratis Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Sozialleistungen und vielem mehr wieder der Bevölkerung zu Gute. Wer nur punktuell die Gebarung der einzelnen Betriebe im Auge hat, tut dies mit Scheuklappen und übersieht dabei die Notwendigkeiten für das Gesamte.

Zuführungen vom OH an den AOH sind nicht möglich. Dem AOH für das Jahr 2013 ist klar zu entnehmen, dass kaum noch Investitionen getätigt werden können. Die Ausgaben belaufen sich für das Jahr 2013 nur noch auf 7,6 Mio. Euro. Der Straßenbau wurde auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert. Da nicht nur Klosterneuburg von dieser Entwicklung betroffen ist, sondern sich alle anderen rund 2.500 Gemeinden in derselben Lage befinden, kann man sich ausrechnen, welche Auswirkungen das wesentlich geringere Auftragsvolumen eines des größten öffentlichen Auftraggebers für die Wirtschaft bedeutet. Die daraus resultierenden Umsatzsteuerrückgänge haben wiederum negative Auswirkungen auf die Dotation der Ertragsanteile, die die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden darstellen. Die Spirale dreht sich nach unten.

Von Reserven zu leben kann keine Dauerlösung sein. Wenn sämtliche Rücklagen verbraucht sind, ist ein ausgeglichener Haushalt unmöglich.

Um die Gemeinden finanziell am Leben zu erhalten, muss seitens des Gesetzgebers gegen gesteuert werden. Die Reform bestehender und die Überlegung neuer Einnahmequellen werden unumgänglich sein.

Die Zweitmelderproblematik ist für Gemeinden rund um Großstädte besonders dramatisch. Im Falle Klosterneuburgs sind es an die 7.000 Personen, die zwar die meiste Zeit in Klosterneuburg leben, aber ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, aus verschiedenen Gründen wie Gemeindewohnung, Pflegeheimplätze und in jüngster Vergangenheit die Ausweitung des Wiener Parkpickerls. Obwohl sie die Einrichtungen und Leistungen in Klosterneuburg nützen, ist ihre Kopfquote an den Ertragsanteilen in der Höhe von rund 1.000 Euro im Jahr nicht zu lukrieren. Klosterneuburg entgehen damit rund 7 Mio. Euro im Jahr. Eine Besteuerung des Zweitwohnsitzes brächte Gerechtigkeit und einen gewissen Ausgleich für die in Anspruch genommenen Leistungen.

Ebenso wäre aus meiner Sicht eine Anpassung der Grundsteuer vorzunehmen. Der Einheitswert ist seit Jahrzehnten unverändert. Österreich befindet sich damit im EU-Vergleich am unteren Ende.

Trotz der dargestellten Situation werden im AOH dennoch 325.000 Euro, finanziert durch ein Darlehen, für Photovoltaikanlagen vorgesehen.

Die geplanten Photovoltaikanlagen sind ein erster kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung einer Unabhängigkeit im Energiebereich für die Stadt Klosterneuburg. Über die Laufzeit der Öko-Stromverträge werden sich diese Anlagen finanzieren und danach auch weiterhin gratis Strom liefern. Um die derzeit günstigen vertraglichen Konditionen nützen zu können, ist eine sofortige Umsetzung geboten. Durch die Erzeugung von umweltfreundlichem Strom in einer Größenordnung für ca. 50 Haushalte leisten wir damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz.

Die mit dem Land NÖ fixierte Gesamtfinanzierung der Umsetzung des Masterplans für die Sportstätten GmbH stellt sich nunmehr wie folgt dar:
8 Mio. Euro Darlehen, davon 7 Mio. Euro mit Zinsenzuschuss durch das Land NÖ.,
2,8 Mio. Euro Bedarfszuweisungen und Förderungen aus verschiedenen Töpfen des Landes und
3,2 Mio. Euro Eigenmittel der Stadtgemeinde.
1,4 Mio. Euro werden 2013 in die beginnende Umsetzung fließen.

Der Schuldenstand wird mit Ende des Jahres 2013 62.609.600 Euro betragen. Ein Darlehen in der Höhe von rund 4 Mio. Euro ist für den ersten Teil des Ankaufs des Kasernenareals vorgesehen. Diesen Betrag muss man daher mit anderen Augen betrachten, da ja eine Immobilie mit bleibendem Wert erworben wird. Rechnet man diese 4 Mio. Euro heraus, ergibt sich eine Schuldenreduzierung in der Höhe von 2,6 Mio. Euro. Nachdem auch 2012 ein Abbau der Schulden erfolgt, wird der

richtige und wichtige Weg fortgesetzt. Vergleicht man die veranschlagte Verschuldung Ende 2013 mit dem Schuldenstand von 2010, so ist sie lediglich um 1 Mio. Euro gestiegen.

Ich frage mich: Wo ist hier die verantwortungslose Schuldenpolitik, die der Volkspartei ständig vorgehalten wird? Wo ist eine ausufernde Überschuldung, wenn der Schuldenstand ein Jahreseinkommen kaum übersteigt? Ich kann beides nicht erkennen!

Es wird mir vorgeworfen, unseren Nachfahren einen Schuldenberg zu hinterlassen, den sie nicht bewältigen werden können. Aber werden nicht gerade unsere Nachfahren in den Genuss der jetzt getätigten Investitionen kommen? Haben wir nicht die Verantwortung, der nächsten Generation eine moderne Stadt zu übergeben? Werden ihr nicht funktionierende Strukturen viel wichtiger sein, als eine schuldenfreie Stadt, die die Überfuhr verpasst hat und sich nur noch auf Abwasser und Müll reduziert?

Unsere Budgetpolitik sieht vor, dass unsere Nachfahren die Früchte ernten können, und zwar von den Bäumen, die wir heute pflanzen!

Ich möchte mich bei Kammeramtsdirektor Mag. Günther Schwarz, Referatsleiter Franz Sulz und ihrem gesamten Team aufrichtig bedanken. Die Erstellung des Voranschlages 2013 hat ihnen alles, auch an persönlichem Einsatz, abverlangt.

Mit solchen Beamten lässt sich der - anlässlich des Finanzfalles in Salzburg gestellten - Forderung, die Finanzierung der Gemeinden der Bundesfinanzierungsagentur zu übertragen, kaum etwas abgewinnen. Klosterneuburg braucht keinen Eingriff in die Gemeindeautonomie. Wir haben die fachliche Kompetenz, Finanzgeschäfte alleine, verantwortungsvoll und rechtskonform abzuwickeln. Kriminelle Energie einzelner wird nie und nirgends ausgeschlossen werden können. Bei den Mitarbeitern der Stadt Klosterneuburg werden aber Moral und Anstand nach wie vor groß geschrieben.

Hoher Gemeinderat,

wir bewegen uns derzeit auf einem schmalen finanziellen Grat. Links und rechts stürzen bereits Gemeinden ab. Doch was wesentlich ist, wir halten uns oben. Unsere Schritte müssen jetzt kürzer und vorsichtiger gesetzt werden, aber wir werden weitergehen, zum Wohl unserer Stadt Klosterneuburg!“

GR Johannes Kehrer, SAU

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!
Letztes Jahr stand die Budgetdebatte ganz im Zeichen der Finanzkrise und der wachsenden Schulden – auf allen Ebenen. Als Reaktion auf diese Zeiten, sehe ich nun im Voranschlag 2013 durchaus einen ernst gemeinten Sparwillen. Soweit so gut – aber die Herangehensweise ist dabei entscheidend.
Ich muss sagen, die Durcharbeitung des Budgets fällt mir persönlich von Jahr zu Jahr leichter. Das hat zwei Gründe; Erstens ist das der Gewöhnungseffekt, der sich gottseidank nun immer mehr einstellt, aber zweitens fällt es auch nicht schwer, da wir es mit einem sehr konservativen Budget zu tun haben – im Großen und Ganzen eine bloße Fortschreibung des jeweiligen Vorjahresbudgets. Heuer mit dem Unterschied, dass in einigen Bereichen drastisch gespart wird. Das kann positive und negative Auswüchse finden; Es ist erfreulich, dass im Straßenbau radikal gespart wird, dass zeitgleich aber die Mittel für den öffentlichen Verkehr um 13% gekürzt wurden, finde ich unerfreulich und ein wenig paradox. Die steigenden Kosten für Straßensanierung sehe ich auch nicht – wie unser Verkehrsstadtrat – als einen adäquaten Ersatz für EUR 153.000 weniger Investitionen in den Öffentlichen Verkehr. Um den ordentlichen Haushalt zu decken, werden die Rücklagen angezapft, vorhersehbare und stetige Investitionen in das Abwassernetz in den

außerordentlichen Haushalt geschoben, um Überschüsse als Maastricht Buchungen für weitere Defizite zu verwenden.
Nicht dass Sie mich falsch verstehen: Prinzipiell halte ich solche Maastricht Buchungen für sinnvoll und auch angebracht, denn Einnahmen und Ausgaben sind bei einer Stadtgemeinde nun einmal weniger fest verknüpft zu betrachten als bei Privatunternehmen. Was mir aber missfällt, ist, dieses Geld für andere Positionen zu verwenden, bevor man noch alle Ausgaben des ureigenen Bereichs – im konkreten Fall der Bau weiterer Stichkanäle – gedeckt hat. Dafür ist die Kreditsperre wieder zurück, und bringt diverse Subventionen an den Rand der Sinnhaftigkeit.
Zeitgleich steigt der Personalaufwand um EUR 600.000 auf über 16,85 Millionen. Und das trotz der viel diskutierten Beamten-Nulllohnrunde für das kommende Jahr. Da stellt sich die Frage, wie man dann trotzdem auf diese Erhöhung kommt. Neueinstellungen und vorgezogene Vorrückungen, die wohl die Nulllohnrunde erträglicher machen sollen. In Wiener Neustadt etwa wurde Personalaufwand im vergangenen Jahr um EUR 600.000 reduziert, nur um ein Beispiel unter vielen zu nennen.
Der Voranschlag 2013 zeigt meiner Ansicht nach einen eindeutigen Sparwillen und war handwerklich und verhandlungstechnisch sicher eine große Herausforderung, insofern eine gute Arbeit von unserem Finanzstadtrat. Dass aber seit Jahren – oder Jahrzehnten – eine genaue Angabe war nicht zu bekommen – das gleiche Budget in der gleichen Struktur fortgeschrieben wird, an den kleinen, oberflächlichen Schräubchen gedreht wird und über Rücklagen dann der heiß ersehnte ausgeglichene Haushalt erreicht wird, halte ich für nicht zeitgemäß und ineffizient. Auch ein Budget erreicht irgendwann das Ende seines Lebenszyklus oder bedarf zumindest weitreichender Umstrukturierungen und Reformen. Es ist paradox, an einem Budget festzuhalten, dass aus finanziell guten Zeiten stammt, obwohl gerade jetzt eine Besinnung auf das Wesentliche notwendig ist.
Konkret gibt es akuten Reformbedarf in einigen Bereichen: Wie schon angesprochen, wird der Personalaufwand – trotz Nulllohnrunde – um EUR 600.000 erhöht, anstatt die Verwaltung einer Neustrukturierung und gleichzeitigen Einsparung zu unterziehen. Jährlich bezahlen wir für technische Hilfsmittel jeglicher Art, E Government ist auf dem Vormarsch – der Personalaufwand steigt aber.
Als Beispiel; Da im kommenden Jahr der Straßenbau nahezu aussetzt, werden mit Sicherheit Ressourcen im zuständigen Referat frei, die bei breiterer Organisation auch anderweitig eingesetzt werden könnten. Eine Verwaltungsreform würde zur Straffung der Führungsebenen führen, flexiblen Arbeitskrafteinsatz ermöglichen und den Personalaufwand langfristig reduzieren.
Auch Förderungen und Subventionen bedürfen einer klaren Neuausrichtung. Die Kreditsperre ist ja sogar ein Eingeständnis dieses Reformbedarfs. Vereine und Kultureinrichtungen aller Art sollten nach einem gewissen Schema bewertet werden – wie viele KlosterneuburgerInnen profitieren davon, geht es um Erhaltung von Kulturgut usw. Darauf basierend sollte eine Tauglichkeit auf Förderung festgestellt werden, diese dann aber auch in voller Höhe ausbezahlt werden, aus einem im Gesamtbetrag invariablen Topf für Förderungen.
Wie ich auch letztes Jahr schon angeregt habe, wäre es außerdem sinnvoll, umsatzstarke Einrichtungen wie Volkshochschule oder Sommeroper längerfristig auf eigene Beine zu stellen.
Der Sparwille ist erkennbar, jedoch ist meine Vorstellung der Umsetzung eine andere. Mir ist klar, der Halbzeitbericht der ÖVP war bereits der erste Schritt in Richtung Wahlkampf – nicht nur für die Landtagswahl, sondern auch die Gemeinderatswahl – und eine absolute Mehrheit zu verteidigen ist eine Herausforderung, der offenbar mit großer Zurückhaltung begegnet wird –, das aber in einer derart kritischen Zeit, wo es starke Entscheidungen braucht.
Ich finde die KlosterneuburgerInnen haben sich diese Reform des Budgets verdient, eine Straffung der Beamtenstruktur und ein nachvollziehbares Förderwesen. Etwaige Zusatzeinkünfte aus erhöhter Grundsteuer oder Abgabe für Zweitwohnsitze – beides Maßnahmen die ich durchaus gutheiße – sind dann ein Bonus, der die Schuldentilgung vorantreiben könnte.

Ich werde gegen den Voranschlag 2013 stimmen, aus den gerade genannten Gründen und weil meine – deutlich artikulierten – Erwartungen und Hoffnungen aus der vorjährigen Budgetrede nicht erfüllt wurden. Trotzdem möchte ich den zuständigen Stadträten gratulieren, einen ausgeglichenen Haushalt zu veranschlagen und sehe meine Rede weniger als Brandrede, vielmehr als Anstoß zu überfälligen Reformen."

GR DI Hofbauer, Liste Hofbauer

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Bevor ich auf das eingehe, was ich eigentlich vorgehabt habe, möchte ich kurz eine Replik auf die Rede des Finanzstadtrates eingehen. Natürlich, was die Zweitmelder anbelangt, bin ich bei dir und es ist erstaunlich, dass ob dieser Ungerechtigkeit nicht von höheren Orts Lösungen angestrebt werden. Der Bürgermeister hat angekündigt, dass er in dieser Richtung aktiv sein wird und wird meine volle Unterstützung und solle die volle Unterstützung des gesamten Gemeinderates diesbezüglich haben. Was betreffend den Straßenbau gesagt wurde, dass, wenn hier nichts geschieht, es eine Spirale nach unten gibt, stimmt im Prinzip. Das ist der Fehler, der europaweit gemacht wird. Man schickt den Griechen Geld hinunter, und anstatt dass die Binnenwirtschaft dadurch aktiviert wird, kaufen sie sich U-Boote bei den Deutschen. Das ist Kaputtsparen und genau das Gegenteil von dem, was eigentlich gemacht werden muss. Da kann man ihm vorwerfen, indem er gesagt hat, der Straßenbau im Vorjahr war unnötig, Haitingergasse, Waisenhausgasse usw. Natürlich kommt es darauf an, wo diese Aktivitäten gesetzt werden. Wenn man das Geld für Unnötiges verbraucht, dann darf ich daran Kritik üben."

GR DI Hofbauer führt weiters aus, dass er natürlich der Meinung sei, dass die Gemeinden investieren sollten, weil es tatsächlich sonst wirtschaftlich kontraproduktiv wäre. Was Salzburg anbelangt, würde er vorsichtig sein, weil da unter Umständen in anderen Bundesländern auch etwas zum Vorschein kommen könnte.

Frau Ministerin Mikl-Leitner habe am 13.November 2012 anlässlich einer Diskussion zum Thema Wehrpflicht oder Berufsheer wörtlich festgestellt: „Ehrenamt und Bezahlung passen nicht zusammen!" Das sollte einem zu denken geben. Er zitiert sodann § 29 der NÖ Gemeindeordnung, der wie folgt lautet:

„Das Amt als Mitglied des Gemeinderates oder als Ortsvorsteher ist ein Ehrenamt. Inwieweit den Mitgliedern des Gemeinderates und den Ortsvorstehern für den mit der Ausübung ihres Mandates oder Amtes verbundenen Aufwand eine Entschädigung gebührt, wird durch ein eigens Gesetz geregelt. Die Definition: Eine Aufwandsentschädigung stellt die Deckung der Mittel dar, die für die Erbringung einer Leistung notwendig sind." Er führt ein Beispiel an: Seit der letzten Gemeinderatswahl im März 2010 haben 14 Sitzungen des Ausschusses für Wasserversorgung, Wasserbau und Gewässerschutz stattgefunden. Diese dauerten immerhin 11 Stunden und 51 Minuten, nicht jede Sitzung, sondern alle zusammen. Nur bei 2 dieser 14 Sitzungen seien alle 6 Ausschussmitglieder anwesend gewesen. Der Vorsitzende sei Herr Stadtrat Mayrhofer, früher schon Stadtrat für Soziales und ein anderes Mal Stadtrat für Gesundheit (also für das Spital zuständig).Über seine multiple Fachkenntnis mache er sich seine Gedanken - Manager für Spitalsverwaltung, Mediziner, Fachmann für Soziale Arbeit, Ingenieur usw. Als Fachmann wollte er (Hofbauer) in dessen Ausschuss einen fachlich konstruktiven Beitrag leisten. Herr Stadtrat Mayerhofer habe ihm aber nicht das Wort erteilt, offensichtlich in der Angst, dass die Sitzung zu lange dauern würde. Er glaube, dass hier ein Kommentar überflüssig wäre. Er meint weiters, wenn er nun,wie des Öfteren, Kritik an der mangelnden Aktivität einiger KollegInnen in den sieben oder acht jährlich stattfindenden Gemeinderatssitzungen übe, dass man darauf hinweise, dass die eigentliche Arbeit ja in den Ausschüssen stattfände. Bei 11 Stunden und 51 Minuten wisse er nicht,

ob das so sei -, aber es gebe löbliche Ausnahmen. Der Ausschuss für Verkehr dauere meistens wesentlich länger und es sei dort durchaus möglich, auch für Leute, die nicht Mitglieder des Ausschusses seien, ihre Ideen einzubringen. Aber auch dort fallen hin und wieder Worte wie: „Da ma weider, i hob mei Zeit net gstoin."

Er stellt weiter fest, dass im Voranschlag für MandatarInnen rd. € 850.800 vorgesehen seien und dass über den darin enthaltenen „Schulungsaufwand" noch extra zu sprechen sein werde.

Weiters führt er aus, dass man auch unter Berücksichtigung der derzeit geltenden landesgesetzlichen Regelungen den vom Rechnungshof im Zusammenhang mit Verwaltungs- und Strukturreformen gestellten Forderungen nachkommen sollte und dass ein Einsparungspotential von rd. € 120.000.- pro Jahr möglich wäre, und zwar durch 9 statt 13 Stadträten und indem der sogenannte Umweltstadtrat Aufgaben der Umweltgemeinderäte übernehme und die Ortsvorsteher gemäß NÖGO dem Gemeinderat an gehören. Er werde nicht müde werden, das zu betonen, weil wenn er mit den Menschen spreche und er seit 20 Jahren predige, wissen noch immer nicht alle genau, was da los sei.

Wortprotokoll: „Stellen Sie sich bitte die Frage, wie der Aufwand der vielen (Österreichweit angeblich 3 Millionen) ehrenamtlichen Mitarbeiter und Funktionäre in den Hilfsorganisationen und in den Vereinen abgegolten wird. Die ehrenamtlichen Funktionäre wenden nicht nur ihre Zeit auf, sondern sie zahlen auch noch Mitgliedsbeitrag und buttern sogar eigenes Geld in ihre Organisation. Jüngstes Beispiel: Radforum, Ehrenamtliche engagierte MitbürgerInnen übernehmen Aufgaben, die eigentlich von Mitarbeitern der Stadtgemeinde zu übernehmen sind.
Ich will damit nicht grundsätzlich die Aufwandsentschädigung für Mandatare infrage stellen bzw. gar deren Abschaffung fordern: Aber**:** 1.) Der Aufwand, für den die Entschädigung erfolgte, sollte nachvollziehbar sein und 2.) Entsprechende Leistungsberichte sollten verpflichtend sein."

Er erinnert an eine Diskussion mit einer nicht mehr dem Gemeinderat angehörende Dame, die er zur Rede gestellt und ihr gesagt hatte, sie wäre von sieben Sitzungen ihres Ausschusses nur in zwei gewesen. Diese habe geantwortet, dass sie keine Zeit hätte, weil sie studiere. STR DDr. Herbrüggen hätte darauf sofort das Wort ergriffen und gesagt, dass selbstverständlich die alten Leute studieren sollen. Das solle jedoch seiner Meinung nach (Hofbauer) nicht auf Kosten des Gemeinderat oder der anderen Bürger erfolgen. Er habe eigentlich geglaubt, es würde ein Aufschrei sein, diese Mandatarin hätte Verpflichtungen und dass sie nicht sagen könne, es nur dann zu machen, wenn sie zufällig Zeit habe.

In diesem Zusammenhang gehe er auch auf den Personalaufwand ein, der immerhin 27 % des Gesamtaufwandes betrage. Laut ihm telefonisch erteilter Auskunft sei dieser in vergleichbaren Städten wesentlich geringer (Krems 20 %). Dabei gebe er zu, dass man dabei vorsichtig sein müsse, weil man nicht wisse, was da alles darin enthalten sei, wie Pensionen etc., aber die Größenordnungen sei doch irgendwie erfassbar. Deshalb habe er um Dienstpostenbeschreibungen ersucht, was ihm vom Stadtamtsdirektor auch zugesagt worden sei. Der Vorschlag seinerseits laute: Eventuell Neubewertungen der Dienstposten (wenn z.B. im Straßenbau kein Geld vorhanden sei, dass dieser Beamte in andere Bereiche geleitet werde, wo mehr Arbeit sei), interne Amtsrevision (bei der Stadt Wien habe es das auch gegeben, aber diese solle selbst gemacht werden und nicht durch teure externe Experten und Geschäftemacher).

Anlass für diese Forderung sei ein Beispiel:

1.) Die Angelegenheit einer eventuellen „Einbahnregelung" für die Untere Öden haben ihn veranlasst, einige diesbezügliche Fragen zu stellen. Der Bürgermeister habe ihm gegenüber festgestellt, dass die Referenten keine Verkehrsexperten seien. Stadtrat Eigner meinte laut NÖN,

man müsse einen Zivilingenieur beauftragen. GR DI Hofbauer stellt die Frage, ob man für so eine Lapalie einen derartigen Aufwand brauche und Experten und externe Berater? Es habe sich dann herausgestellt, wie es wirklich gehe: Der Referent wende sich an die Bezirkshauptmannschaft, der Bürgermeister unterschreibe das und es finde eine Verhandlung statt. Da sei ein Amtssachverständiger und dieser sage Ja oder Nein. Was ihn auch bedenklich stimme, seien

2.), dass die Kosten für die Bauaufsicht beim Bau des Kierlinger Kindergartens rund € 135.000.- betragen habe. Ihm sei gesagt worden, es bestehe dazu eine gesetzliche Verpflichtung, bei solchen Vorhaben Zivilingenieure zu beauftragen. Er möchte die entsprechende Verpflichtung ausgehändigt haben, weil er wieder gespannt sei, wie das wieder sein werde bei dem Baugebrechen in der Musikschule, was auch wieder viel Geld koste – wobei er sich die Frage stelle, ob nicht Alternativlösungen möglich gewesen wäre. Er sei nur gespannt, wer dort die Bauaufsicht mache, ob man dort auch wieder einen Ziviltechniker beauftrage. Wenn der Beamte nichts Anderes zu tun habe, als einen Ziviltechniker zu beauftragen, dann brauche er auch nicht so hoch dotiert sein. Dann könnte man die Raumpflegerin einschulen, die auch den Ziviltechniker beauftragen könnte. Ein weiteres Beispiel:

3.) Verkehrsprobleme Weidlinger Ortszentrum. Da sei eine lobenswerte Aktion des Herrn Bürgermeister gewesen, indem er in die Orte gegangen sei und mit den Leuten gesprochen habe. Es sei über alles Mögliche gesprochen worden, aber das Hauptproblem sei das Verkehrsproblem gewesen. Laut NÖN: „Ohnmächtiges Achselzucken“ Problemlösungsvorschläge seien im Wesentlichen von ihm (Hofbauer) gekommen, wie die fußläufige Verbindung von der Brandmayer- bzw. Weidlinger Hauptstraße hinauf zur Löblichgasse. Darauf habe der Bürgermeister gesagt, dass er gleichzeitig dieselbe Idee gehabt habe – und das glaube er ihm auch. Er (Hofbauer) habe dazu den Antrag im Gemeinderat gestellt. Jetzt habe er einen weiteren Vorschlag, den er auch dem Bürgermeister geschickt habe und auch den anderen Gemeinderäten schicken und ihn zur Diskussion stellen werde. Er habe in anderen Städten, in Bad Mitterndorf und in Bad Aussee, fotografiert, wie dort in Straßenengen vorgegangen werde. Dort verhandle man mit den Hausbesitzern und schaue zuerst, ob die Häuser unter Denkmalschutz stehen. Meistens seien sie schon alt und könnten abgerissen werden und gegen eine entsprechende Ablösung werden dort durch mache Häuser Gehwege mit Arkadenlösungen gemacht. Er fragt, ob diese Idee er haben müsse und ob das nicht Aufgabe der zuständigen Referenten wäre? Er sei 35 Jahre Beamter gewesen und habe immer wieder Ideen haben müssen und nicht warten können, bis ein Politiker komme und ihm einen Vorschlag gemacht habe. Da wäre ihm wahrscheinlich gesagt worden, wofür er sein Geld bekäme? Er ersuche daher um folgende Unterlagen betreffend Beauftragung von Zivilingenieuren bzw. gesetzlichen Regelungen, nach denen eine solche Verpflichtung bestehe. Dann wolle er wissen, wer bei solchen Projekten die Planungen, die Leistungsverzeichnisse, die Baustellenüberwachungen, Kollaudierung und die Abrechnung mache.

Zur Happylandsanierung stellt er fest, dass € 1.4 Mio. im Budget vorgesehen seien. Er hält an seiner Kritik am bisherigen Prozedere fest. Ein € 52.000 teures, bestenfalls als Unterlage für eine Power Point-Präsentation verwendbares Papierkonvolut sei der Öffentlichkeit großspurig als Masterplan präsentiert worden.
Ein in Klosterneuburg ansässiger beruflich für Sportstätten - bzw. Bäderbau europaweit tätiger Fachmann habe schriftlich seine Bedenken (die weitgehend auch die seinen seien) dargelegt und diese auf seine Vermittlung hinauf im Beisein eines international im Sportstättenbau erfolgreich tätigen Architekten Herrn Bürgermeister und Herrn Stadtrat Czerny vorgelegt. Was dabei herausgekommen sei, wisse er nicht. Jedenfalls habe ihm dieser gesagt, sie wären mehr oder minder vertröstet worden. Jeder Mensch, der sein Haus umbaue, mache es nicht so, dass er einen X-Beliebigen beauftrage, sondern mach es so, dass er möglichst weit herumschaue und möglichst viele Leute frage, die etwas Ähnliches gemacht haben, um zu einer optimalen Lösung zu kommen. Er habe schon einiges im Gemeinderat erlebt, aber ihn habe wirklich an Unhöflichkeit erschüttert,

als hier im Gemeinderat die Bedenken zum Masterplan vorgebracht worden seien, dass Vzbgm. RegRat Raz aufgestanden sei und gesagt habe, sie von der ÖVP seien für die Jungen und für die Sportler. D.h. er habe wider besseren Wissens ihm und den Anderen, die ihre Bedenken haben, eine böse Absicht unterstellt - ihm, der seit Jahrzehnten ein Betriebskonzept gefordert habe und dem nur das Wort abgedreht worden sei, wenn er nur das Wort Happyland erwähnt hatte, und man habe die schützende Hand über den Herrn dort unten gehalten, der offensichtlich den Kontakt zu den Vereinen nicht so gehabt habe, wie ihn der jetzige Betriebsleiter habe. Das sei für ihn erschütternd gewesen, dass nicht einer nicht mitgemacht habe - wo er geglaubt hätte, es wären neue Gesichter hier im Gemeinderat, die mitwirken würden, um eine neue und bessere politische Gesprächskultur zu bringen. Alle haben mitgetan und ihm ein Taferl unter die Nase gehalten, betreffend Wasserballer, denen er jährlich € 500,-- spende, seitdem STR Mag. Wimmer gesagt hatte, sie sollten 10 % der Aufwandsentschädigung für solche Zwecke verwenden. Das werde er lange nicht vergessen und das habe ihn sehr erschüttert und besonders enttäuscht, dass niemand gesagt habe, bei so einem Blödsinn nicht mitzumachen.

Über seinen Dringlichkeitsantrag betreffend „Bürgermitwirkungskonzept“ habe er heute schon gesprochen. Wahrscheinlich sei er als unangenehm oder unbequem betrachtet worden. Was seinen Wunsch betreffend Transparenz anbelange und seine Intentionen gegen die Vertuschungs- und Mauschelungsverpflichtung – und nichts Anderes sei Amtsverschwiegenheit – habe er auch schon hingewiesen.

GR DI Hofbauer verliert noch einige Worte zum Aufwand von € 325.000.- für erneuerbare Energie, die im Budget aufscheinen. Er nehme diese Frage sehr ernst und habe sich doch eingehend auseinandersetzen wollen. STR. Mag Honeder habe am vergangenen Donnerstag dazu gesagt, warum Photovoltaikanlagen angeschafft werden sollen. Es wäre deshalb, weil das eine Werterhaltung und Interesse sei und dass man energetische Unabhängigkeit und CO_2-neutrale Energieversorgung schaffen wolle, und dass man mit den Anlagen, die jetzt ausgeschrieben werden, für 50 Haushalte den Strom schaffe. Daraufhin sei er (Hofbauer) ins Internet gegangen. Er wolle nicht sagen, dass das, was im Internet stehe, absolut richtig wäre, weil es konträr sei, doch sei ein gewisses Risiko damit verbunden. Er glaube daher, dass man in der angespannten finanziellen Situation, in der Klosterneuburg sich befinde, doch ein bisschen vorsichtiger damit umgehen sollte. Er gebe den Interessierten gerne den Artikel, warum Photovoltaik kein CO_2 einspare und er meine, dass sich kaum jemand eine Photovoltaikanlage auf das Dach bauen würde, wenn nicht dadurch die Kosten gedeckt würden. Er lehne das nicht grundsätzlich ab, würde jedoch sagen, dass man damit doch etwas vorsichtiger vorgehen sollte.

Was die Musikschule anlange, so seien € 512 000 vorgesehen. In den vergangenen Jahren habe STR Dr. Pitschko immer wieder intensive Kritik an der Institution der Musikschule geübt. Er werde sich da zurückhalten, weil da zwei Seelen in seiner Brust wohnen. Er liebe die Musik und habe einen sehr guten Musiklehrer gehabt, der die Schüler nicht mit Harmonielehre und sonstigem Blödsinn sekkiert, sondern ihnen die Liebe zur Musik vermittelt habe – was übrigens auch in anderen Gegenständen möglich wäre, z.B. in der Mathematik, weil das jetzt so diskutiert werde. Natürlich müsse der Lehrer die Fähigkeit haben, die Liebe zu vermitteln. Da würde er empfehlen, das Buch von Prof. Spitzer zu lesen, das man ihm im Gemeinderat feierlich überreicht habe. Da stehen sehr gescheite Sachen drinnen, nämlich, dass den Lehrern die Gebrauchsanweisung für die beste Lernmaschine der Welt fehle. Es haben alle ein Hirn, aber wie man es gebrauche, wissen weder die Lehrer, noch wir ordentlich. Was die Musikschulen anlangt, so sei es in Wien so, dass die Musikschulen den Sinn haben, einen möglichst breiten Teil der Bevölkerung die Liebe zur Musik zu vermitteln in Zusammenwirken mit den Schulen und nicht ein Reservekonservatorium hier aufzuziehen. Er müsse sich damit noch nähe beschäftigen, aber das wäre die wesentliche Aufgabe bei diesem Finanzaufwand, dass man eine möglichst breite Bevölkerungsschicht damit anspreche – wobei er die Leistungen, die in der Babenbergerhalle geboten worden seien, bewundere. In

Zusammenhang mit der Musik habe er im Vorjahr gesagt, sich bei jenen zu entschuldigen, die Kritik an ihm geübt haben, weil er gesagt habe, die Oper brauche man unter Umständen nicht. Daher habe er dann gesagt, wenn man sich die Haitingergasse leiste, dann müsse man sich auch die Oper leisten. Aber jetzt leiste man sich keine Haitingergasse mehr und daher sollte man, wenn das Geld nicht da sein, überdenken, ob man nicht in dieser Hinsicht Einsparungen machen sollte. Man werde durch einen einmaligen Opernbesuch im Jahr nicht unbedingt zum Kulturmenschen. Ihn würde interessieren, wer von den MandatarInnen die wunderbare Aufführung von „Manon", die vor einigen Wochen im Fernsehen gewesen sei, gesehen habe. Aber immerhin, es seien alle in die Oper Klosterneuburg gegangen, aber solche Kulturmenschen seien sie noch immer nicht, dass sie sich „Manon" mit der Netrebko im Fernsehen anschauen.

Zu Verkehrskonzept und Marketingkonzepten, die vorgesehen seien, sagt er, dass sie interessant seien, aber er wiederholt seine Bitte und seine Forderung – um auf den Erfahrungen aufzubauen – wo die früheren Verkehrs- und Marketingkonzepte seien und warum diese nicht realisiert worden und warum seien sie zurückgestellt worden seien. Das möchte er unbedingt wissen, weil man sonst in fünf Jahren wieder neue Konzepte habe und keiner wisse, warum die vorhergehenden Konzepte nicht durchgeführt worden seien.

Es gäbe noch einige kritische Anmerkungen und Vorschläge zu diesem Budget, aber eines möchte er nicht unerwähnt lassen. Für Buswartehäuschen seien im Budget € 6.000.- vorgesehen. Das letzte Mal habe man ihm gesagt, dass das genau für zwei Buswartehäuschen wäre. In einer Stadt, in der u.a. für ein völlig überflüssiges Flugdach am Recyclinghof € 220.000 ausgegeben worden seien und € 60.000 für das rostige ÖVP – Denkmal im Weidlinger Kreisverkehr, weiters in der unter fadenscheinigen Begründungen um Millionen Euro kaum befahrene Sackgassen asphaltiert wurden, ein Kreisverkehr um € 1,2 Mio. gemacht worden sei, der nur dazu führe, dass dem früheren Verkehrskonzept entgegengesprochen werde, nämlich habe man versuchen wollen – und das sei in den früheren Konzepten gestanden -, dass man den Verkehr möglichst von der Stadt weghaben wolle. Jetzt mache man da unten einen Kreisverkehr und jeder, der nach Kierling fahre, fahre über den Kreisverkehr in die Obere Stadt. Dieser Kreisverkehr sei zwar schön, aber sinnvoll sei er nicht. Was die Buswartehäuschen anbelange, so fahre er jeden Tag in Klosterneuburg herum und sehe die Kinder und die Leute, die die Öffis benützen wollen. Diese stehen bei der Autobushaltestelle, der Gehsteig sei schmal und die Autos fahren vorbei und spritzen die Leute von oben bis unten an und sie seien auch dem Regen ausgesetzt. Da von Familienfreundlichkeit und sicheren Schulwegen zu sprechen sei eine glatte Verhöhnung der Betroffenen. Natürlich werde dem Bestreben von GR Dr. Schweeger-Exeli, hier einen Öffi–Gipfeln zu machen, nachgekommen. Das stehe dann wieder in der Zeitung und alle, die nicht betroffen seien, glauben, das diesbezüglich viel geschehe und die paar, die das Anliegen hätten, haben wieder nichts davon. Alleine dieser Punkt Buswartehäuschen zeige mangelndes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den betroffenen Mitbürgern und würde schon genügen, um dieses Budget abzulehnen.

STR Mayer habe zum Budget 2012 gesagt und so stehe es im Amtsblatt: „Nur rigoroses Setzen von Prioritäten machen es möglich, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen." Welche Erkenntnis und Weisheit! Das stimme aber doch nicht ganz: Das Setzen der richtigen Prioritäten, die richtige Reihung der Notwendigkeiten heiße die Aufgabe. Falsche Prioritäten seien nicht zielführend!

Wortprotokoll: „Diese von mir und auch anderen nicht der ÖVP angehörigen Mandataren seit Jahrzehnten gestellten Forderung wurde glatt ignoriert. Mir san mir ist das geltende Prinzip. Mayer sagte 2012 weiters:"„Es ist leicht, Kritik zu üben, ohne eigene Lösungsansätze präsentieren zu müssen" GR DI Hofbauer meint, dass das dem Prinzip nach stimmen würde. Der Vorwurf sei jedoch den Kritikern am Klosterneuburger Budget gegenüber absolut nicht gerechtfertigt. Er habe über die Presse und wie auch immer konstruktive Lösungsvorschläge gemacht und nicht immer nur

Kritik geübt. Leider seien diese Vorschläge meistens ignoriert worden. Das gehe auch aus dem diesmaligen Voranschlag hervor. Daher sei diesem Voranschlag die Zustimmung zu versagen.

GR Dr. Schweeger-Exeli, PUK spricht zuerst Kadir. Mag Schwarz und Herrn Sulz seinen Dank aus, die wie jedes Jahr sehr gut in der Lage seien, Fragen zu beantworten, um jemanden, der mit der Kameralistik nicht so vertraut sei, entsprechende Auskünfte zu geben. Gleichzeitig hegt er die Bitte, das maschinenlesbare Budget bereits gleichzeitig mit der Papierversion (also ca. 1 Monat vor der Budgetsitzung) zu versenden, weil man sich bei der Analyse der 350 Seiten mit den entsprechenden Suchfunktionen dann leichter tue.

Untenstehend die Ausführungen zum Budget:

Defensive Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit

Uttl: Auch heuer Schritte in die richtige Richtung – aber sooooo klein!

„Bei meiner letztjährigen Budgetrede hatte ich bereits hervorgehoben, dass Schritte in die richtige Richtung erfolgen. Ich kann diese Einleitung wiederholen und auch wiederum bedauern, dass es zuwenig Mut und Zielgerichtetheit bei wesentlichen kommunalen Herausforderungen gibt.

Um auch die globale Dimension dieser Herausforderungen zumindest plakativ darzustellen, möchte ich Aussagen des 2005 Nobelpreisträger für Ökonomie **Prof. Dr. Thomas C. Schelling (**University of Maryland) mit einem Auszug seiner Antwort auf die Frage nach dem Tsunami des Klimawandels ansprechen: Wenn die *Landeismassen (Grönland, Antarktis, Gletschergebiete) abschmelzen, das Meerwasser sich erwärmt und ausdehnt, die Albedo der Erde (Rückstrahlfähigkeit) verringert wird, die thermohaline Zirkulation gestört wird, ist ein Anstieg des Meeresspiegels von 4-6 Metern zu erwarten. Wann genau ist sehr schwer prognostizierbar, aber wir reden von einer sehr überschaubaren Zeit, nicht von Jahrtausenden.*

Einziger Vorteil wäre, dass sich Geld in manchen Karibik-Inseln leichter versenken ließe als das jetzt der Fall ist. Zu glauben, dass eine solche Entwicklung folgenlos an uns vorübergehen kann ist gelinde gesagt blauäugig. Und sie zu ignorieren ist fahrlässig.

Ich werde hauptsächlich zu den drei Bereichen Verkehr, Energie und Raumordnung sprechen.

Verkehrsbereich

- Seit Jahrzehnten ist ein **Gesamtverkehrskonzept** gefordert – ich bevorzuge allerdings das Wort „Mobilitätskonzept“, für das Jahr 2012 war es erstmals budgetiert – und es wurde nicht in Angriff genommen. Die einzige sichtbare Aktivität war, dass ich, einer Aufforderung von STR. Willi Eigner folgend, ein 4-seitiges Konzept, das Basis einer Ausschreibung hätte sein können, vorgelegt habe, das jetzt ein Jahr lang in den Schubladen wohnt. Keine der anderen Fraktionen ist ihrerseits dieser Aufforderung nachgekommen – zumindest nicht sichtbar, und damit ist es trotz wiederholtem Einmahnen nicht zur Beauftragung gekommen. Wir werden sehr dahinter sein, dass dieses Mal die eingeplanten Mittel von €50.000,- auch widmungsgemäß eingesetzt werden.
- **Mobilitätsmanagement** ist unterentwickelt. Wirklich sinnvolle Maßnahmen, wie z. B. alle Schulen komplett einzubinden oder die Behörden und Dienstgeber in Klosterneuburg. Gleichzeitig könnte man auch zusätzliche Ideen umsetzen, wie etwa Transportdienste für entspanntes Einkaufen anzudenken, was auch den lokalen Handel fördern würde, werden nicht angedacht. Dort könnte sehr viel Erleichterung zur Verkehrssituation beigetragen werden.
- Klosterneuburg hat am 21. November die „erlaubte“ Zahl der Überschreitungen der **Feinstaubkonzentration** Tages -Mittelwert > 50 µg/m³ pm_{10} überschritten (26 Überschreitungen österreichweit - stolzer 9. Platz nach Messstellen, 6. Platz nach Städten!). Da der motorisierte Individualverkehr und die Raumheizung für je mindestens 1/3 dieser

Emissionen verantwortlich sind, bleibt die Frage, was hier unternommen wird. Budgetär: Förderung der Wärmedämmung (1/484-768020) reduziert auf €15.000,- aber durch Kreditsperre limitiert → ergibt €7.500,- also de facto reduziert auf ¼ des Vorjahrsansatzes. Gleiches bei Reinhaltung der Luft/Alternative Anlagen (1/522000-768140) und Reinhaltung der Luft/Einspurige Elektrofahrzeuge (1/522000-768150) mit je €10.000,- und €1.500,- kreditgesperrt. Mit dem Geld könnten wir wahrscheinlich wirkungsvoller Staubmasken für alle KlosterneuburgerInnen besorgen.

- Die **Schuldenrückzahlungen** (€682.400,- + €189.000,- Kreditzinsen) für den exorbitanten Straßenbau der letzten Jahre überschreitet bereits sowohl die jährlichen Gesamtpersonalkosten (€659.300,-) als auch die jährlichen Instandhaltungskosten für die Erhaltung der Gemeindestraßen (€660.000,-). Wir leiden nachhaltig an den Sünden der Vergangenheit! Das jetzt der Straßenbau zurückgefahren wurde, ist sehr positiv zu sehen.
- Die Dotierung der Position **Radwege** mit €100.000,- (1/616000-002400 auf weniger als 2/3 des Vorjahres) ist angesichts des erforderlichen Ausbaus der Radwege und angesichts der in den letzten Jahren für den motorisierten Verkehr getätigten Investitionen beschämend gering. Tröstlich ist, dass für heuer keine „echten" Straßenneubauten geplant sind, sondern nur ein Brückenneubau und Neugestaltung von Nebenflächen auf der B14 und L116 aus Rücklagen – mit insg. €520.000,- immer noch weit mehr als für Radwege. Zum Vergleich: Der Ansatz von Göppingen für Radwege ist mehr als 4x so hoch, nämlich insg. €425.000,- – Die Stadt ist nur zweimal so groß wie Klosterneuburg und hat auch mit Topographien zu rechnen, die nicht ganz ideal sind.
- Bei gleichbleibenden Einnahmen seitens des Verkehrsverbundes wird jedoch die **Subvention des Öffentlichen Verkehrs** von früher €1.134.900,- auf €981.800,-, also um ca. 14% gesenkt. Damit kommen Einsparungen durch Wegfall der Linie 240 nicht der Verbesserung der Flächendeckung zugute. Das ist für uns schlicht unakzeptabel.

Energie – Steuern statt Bremsen!

- Im Bereich der Energieautarkie der Stadt wurden durch die Erarbeitung eines **Energiekonzepts**, der Bildung der Energieaktionsgruppe und vieler Hintergrundarbeit durch Politik und Beamtenschaft einige **sehr positive Weichenstellungen** vorgenommen. Natürlich begrüßen wir die Aufrüstung des Blockheizkraftwerkes Kläranlage. Ebenso begrüßen wir die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Gemeindebauten im Gesamtausmaß von ca. 130kWp oder 138 MWh/a.
- Nur…. das Basisszenario für den voraussichtlichen Strombedarf 2050 beträgt insg. ca. 195.000 MWh/a, der Photovoltaik (PV) traut man zu davon ca. 80.000 MWh zu liefern. **D.h. diese 138 MWh sind ca. 0,7 ‰ (Promille) des Gesamtbedarfs oder 1,7‰ (Promille) des PV-Potenzials**. Andere Stromquellen wären die ungeliebte Windkraft, Geothermie, Kleinwasserkraft und Biogas/Biogenes Material in Blockheizkraftwerken.
- Und jetzt kommt es auf die Betrachtungsperspektive an: die von der Stadtgemeinde initiierten PV-Projekte mit hohen Einspeisetarifen sind tatsächlich ein Gewinn für die Stadtgemeinde. Sehr kurze Amortisationszeiten von ca. 11 Jahren machen die Investition von ca. €325.000,- attraktiv... nämlich für Krämerseelen und lokale Optimierer. Diese Rendite wird in Wahrheit nur ermöglicht durch **massive Subventionierung der Einspeisetarife** durch die Öffentliche Hand, sprich **Steuergeldern**. Der Rückfluss dieser Steuergelder über die Gewinne der Restnutzungszeit an die Öffentliche Hand – sprich die Stadtgemeinde – unterliegt hingegen großen Fragezeichen (siehe Energiepreisentwicklung).
- Beim sensiblen Bereich der nachhaltigen Energieversorgung ist es aber **verfehlt, eine ausschließlich betriebswirtschaftliche Perspektive einzunehmen**, weil andere Werte berücksichtigt werden müssen: unsere Autonomie und die Lebensqualität für künftige Generationen, die durch fossile Energieträger massiv bedroht werden. Würde man in Klosterneuburg in gleicher Geschwindigkeit und Stil weiter in nachhaltige Energieformen

investieren – wobei ich mir nicht vorstellen kann, dass das gegenwärtige Fördervolumen auch nur annäherungsweise in künftigen Jahren aufrechterhalten werden kann – so würde es **580 Jahre** brauchen, und nicht die im Energiekonzept vorgesehenen 37 Jahre bis 2050, um das machbare Zielniveau von 80.000 MWh zu erreichen.

- Seitens des Lebensministeriums wurde unlängst eine Broschüre herausgegeben (http://www.klimaaktiv.at/filemanager/download/83228), in der diverse **Modelle der Finanzierung** von erneuerbaren Energieprojekten durch **Bürgerbeteiligung** dargestellt sind. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das **Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften** erklärt, um den Beitrag der Genossenschaften hervorzuheben, den sie für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung leisten, besonders ihren Beitrag, Armut zu verringern, Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten und soziale Integration zu fördern. Auch ist anzunehmen, dass früher oder später mutige Bürger wie Heini Staudinger sich gegen die defensive Finanzmarktaufsicht (FMA) durchsetzen werden – eine Gesetzesänderung erscheint mir unausweichlich. Und ich glaube, dass Klosterneuburger Bürgerinnen und Bürger durchaus im Sinne unserer nachhaltigen Zukunftssicherung bereit wären, Gemeinschaftsprojekte mitzufinanzieren, selbst bei geringem Ertrag! Denn nicht jede/r hat geeignete Dächer oder Topographien, die eine Eigeninitiative ermöglichen. Aber keiner, der hier wohnt will ein Fukushima vor der Haustüre!
- Wir fordern seitens der PUK also vehement, von der **defensiven Haltung**: „wir machen in Sachen Erneuerbarer Energien erst was, wenn es wirtschaftlich interessant ist“, abzugehen. Wir sind über ein Jahrhundert durch zu billige Energie verwöhnt worden, und haben gemeinsam für den daraus gewonnenen Lebensstandard die Zeche zu zahlen. **Wir wollen ehestmöglich ein breit angelegtes Bürgerbeteiligungsmodell für Erneuerbare Energie in Klosterneuburg ausgearbeitet sehen.** Zumindest dafür muss Geld bereitgestellt werden – und seien es FMA-konforme Prospekte. **Die behauptete Unbezahlbarkeit der Energiewende ist angesichts erwartbarer Folgekosten ihrer Unterlassung ein reines Ablenkungsmanöver.** Der Weg zur Smart City scheint noch weit.

Raumordnung

- Die administrative Trennung von Raumordnung/Raumplanung („Legislative“) von der Baupolizei („Exekutive“) war längst fällig und wird von uns begrüßt. Da beide Bereiche tiefe Eingriffe in Eigentums- und Nutzungsverhältnissen von Grundstücken und Immobilien verursachen – sowohl bei Besitzern als auch Anrainern – ist ein hohes Maß an Sensibilität und Transparenz geboten. Die damit verbundenen **administrativen Abläufe sind ehestmöglich offenzulegen**. Vielleicht ließen sich auch zumindest ein Teil der budgetierten Rechtsvertretungskosten von €45.000,- (1/020000-640000) – was immerhin dem ungefähren Jahresgehalt einer wirklich qualifizierten Kraft entspricht, einsparen.
- Unser Örtliches **Entwicklungskonzept** (ÖEK), das Basis dafür darstellt, dass Klosterneuburg relativ autonom seine Bebauungspläne erstellt, ist in die Jahre gekommen. Es bietet sich jetzt aber letztmalig die große Chance, das Gebiet um die **Magdeburgkaserne** – letztes großes zusammenhängendes Gebiet – einer urbanen Entwicklung zuzuführen. Hier kann es nicht darum gehen, nur Gewerbebetriebe anzusiedeln, oder gar nur die Niederlassungen der marktbestimmten Kommunalbetriebe zusammenzuziehen. Dort muss vielmehr eine **Mischnutzung und Multifunktionalität geplant** und flächenwidmungsplanmäßig auf Schiene gebracht werden. Das beinhaltet jedenfalls Wohnen, Freizeit, nutzbaren öffentlichen Raum, Dienstleistungen, Nahversorgung, Schulen, Gewerbe, Innovationszentren und vollständige Erschließung durch den öffentlichen Verkehr. Es möge sich keine/r hier im Raum auf den Schlips getreten fühlen, aber einen Spezialisten, eine Spezialistin mit breitem Erfahrungshintergrund, die sowas mit entsprechender breiter Beteiligung auf die Beine stellt, haben wir nicht. Es ist aus Sicht der PUK nicht das Problem gelöst, wenn man €4 Mio. für den Ankauf des Areals budgetiert, aber nicht gleichzeitig Mittel für eine unglaublich sensible

Entwicklungsplanung des zu einer „Zentrumszone“ gehörenden Kasernenareals zur Verfügung stellt. Es werden zwar („aus Vorsicht“) Mittel für Auflageverfahren Golfplatz bereitgestellt (€30.000,-), nicht aber die Mittel für diese extrem wichtige Entwicklungsplanung. Erst eine durchgeplante Mischnutzung kann den derzeit illegalen Zustand sanieren, dass unter Vortäuschung des Vorhandenseins der Kriterien einer Zentrumszone das Gebiet der Schüttau zu einer solchen erklärt wurde, um den Bau großer Fach- und Einkaufsmärkte zu legitimieren. Siehe dazu die entsprechenden gesetzlichen Regelungen des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 (LGBl 8000-25), insb. §14 Abs. 2 Z16 und §17, die Warengruppenverordnung (LGBl 8000-95). Siehe u.a. http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=204).

- Ein weiterer Punkt, der für die ehestmögliche Erneuerung des ÖEK spricht, ist der **Siedlungsdruck**, der vor allem Umlandgemeinden großer Agglomerationen bereits trifft. Es ist höchst an der Zeit, dass wir uns überlegen, wo und wie Verdichtung/Nachverdichtung von Wohnraum erfolgen kann, ohne den Flächenfraß weiter ins Unermessliche zu steigern und dennoch Wohnqualität zu halten bzw. zu heben. Selbstverständlich haben Fragen der Mobilität hohe Bedeutung in diesem Zusammenhang. Wien arbeitet konsequent am STEP 2014 (Stadtentwicklungsprogramm), in dem BürgerInnenbeteiligung und Partizipationsprozesse zentralen Stellenwert haben – hängen wir uns doch da d’ran!
- Tabus wie **Zweitwohnsitzbesteuerung** gehören gebrochen um zusätzliche Einnahmen zu generieren. Ein Verzicht aus Angst vor WählerInnenstimmenverlust ist nicht mehr zu verantworten. Immerhin haben wir ca. 6000 ZweitwohnsitzinhaberInnen im Gemeindegebiet. Wäre diese hier hauptgemeldet, würden dies entsprechend dem Finanzausgleichsgesetz pro Jahr ziemlich genau €1000,- pro Kopf ins Gemeindesäckel spülen, insg. also ca. €6.000.000,- auf Kosten vor allem der Gemeinde Wien. Das würde natürlich über eine Zweitwohnsitzbesteuerung nicht erzielbar sein, aber sicherlich mehr als über die Steigerung der Erträge aus Gewerbesteuern. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Budgetsanierung inkl. Schuldenabbau.
- Um nicht ganz negativ in diesem Bereich aufzuhören: wir sind sehr froh, dass die Sanierung des Happyland anscheinend auf Schiene ist.

(GR Feistauer verlässt die Sitzung um 19:10 Uhr.)

Und ein paar weitere Steine des Anstoßes

- **Kreditsperren** – nachdem voriges Jahr gänzlich darauf verzichtet wurde (die ein weiteres Jahr zuvor verordneten Kreditsperren für Instandhaltung waren ja ein reiner Schildbürgerstreich), feiern diese nur wieder fröhliche Urständ. Den Ansatz von €0,- (in Worten null Euro) für Wirtschaftspolitischen Maßnahmen/Lehrlingsentschädigung, dann noch mit einer Kreditsperre zu belegen (!!) kann eher als Scherz angesehen werden (0*50%=0). Teilgesperrte Subventionen für Sport mit €200.000,- (1/260000-757100) und diverse Bildungsbereiche könnten hingegen für einzelne Vereine wirklich dem langsamen Erstickungstod bedeuten. Teilgesperrte Althaussanierung und Luftreinhaltung hatte ich bereits erwähnt – angesichts der Feinstaubbelastung der reinste Wahnsinn!
- **Heizkostenzuschüsse** von €100,- pro Bedürftigem sind aus unserer Sicht ein böser Scherz und packen als reine Symptombehandlung das Problem nicht an der Wurzel. Sehr viel nachhaltiger wäre es, massiv die Sanierung von Altbauten – viele davon reine Energieschleudern – voranzutreiben, sodass der enorme Heizbedarf zurückgeht.
- Dass **Plakatierungsentgelte** insg. von €8.500,- auf €25.500,- schnellen sollen, ist für mich schwer vorstellbar, kann jedoch für die Vereine der Kultur- und Sportszene ziemlich negative Auswirkungen haben. Wer soll denn das zahlen? Oder es ist ohnehin für die Stadtgemeinde nur das Herumschieben von einer Tasche in die andere. Auf der Strecke bleibt jedoch vielleicht Jugendarbeit.

- Die nicht in unserem Einflussbereich liegende weitere Steigerung der **NÖKAS-Umlage** um 9% ist schlicht eine Frechheit. Gesundheitsfinanzierung gehört auf eine andere Basis gestellt! Eine Belagerung der Büros der entsprechenden Verantwortlichen durch eine Horde von wildgewordenen BürgermeisterInnen wäre dringend angesagt.
- Die bei der ersten Budgetsitzung diesmal schriftlich thematisierte und alljährlich kritisierten Problematik der Praxis der **Gewinnentnahmen** (nächstes Jahr über €3 Mio.) bei den marktbestimmten Betrieben erwähne ich nur der Vollständigkeit halber. An Stelle der Verantwortlichen würde ich mich hier nicht mehr herumspielen. Es genügt wenn ein/e – ausreichend zornige/r – BürgerIn die Stadtgemeinde auf Offenlegung der Berechnungsgrundlagen klagt und das über den Instanzenzug, nötigenfalls bis zur EUGH, durchzieht. Es ist nicht zu erwarten, dass die bisherigen Berechnungsgrundlagen einen ausreichenden „inneren Zusammenhang" der hineingerechneten Aufwände nachweisen können. Auch wenn durch Mauern der Landesverwaltung eine Zeitverzögerung wahrscheinlich ist, man braucht sich nur vorzustellen, was es bedeuten würde, dass zuviel eingehobene Gebühren zurückgezahlt werden müssten!

Unsere Bilanz

In der Verwaltungsforschung spricht man von 4 Stufen der Entwicklung von Kommunen.

Stufe 1, die **Ordnungskommune**, aus dem vor-vorigen Jahrhundert stammend, ist geprägt durch Hoheitsansprüche und bürokratische Kontrolle.

Stufe 2, die **Dienstleistungskommune**, hat Wettbewerbsfähigkeit und ökonomische Marktprinzipien auf ihre Fahnen geheftet, vernachlässigt aber volkswirtschaftliche Prinzipien.

Stufe 3, die **Bürgerkommune**, setzt auf sozialen Zusammenhalt, gestaltende Partizipation und Schaffung von Lebensqualität mit/durch kleinräumige Netzwerke von BürgerInnen.

Stufe 4, die **Offene Stadt**, ist durch volle Transparenz und volle Mitwirkung zivilgesellschaftlicher, wertorientierter und innovativer BürgerInnengruppen gekennzeichnet.

Zumindest in den Bereichen von Energiewirtschaft und Raumplanung grundeln wir in Klosterneuburg verbissen noch immer ziemlich am Anfang von Stufe 2 herum, obwohl diese seit den späten 90er Jahren nicht mehr angesagt ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass immer mehr Menschen bereit sind, einen Beitrag zu nachhaltiger und krisenfester Lebensführung zu leisten, auch finanziell! Viele sind aber (noch) nicht in der Lage, hier etwas ohne die organisatorische Hilfe der Wohnortgemeinde – ganz im Sinn der obigen Bürgerkommune/Stufe 3 – auf die Beine zu stellen.

Glaubt man wirklich auf Dauer die Heini Staudingers – oder wie sie alle heißen werden – aufhalten zu können? Auch aufgrund der sich weiter entwickelnden Kommunikations- und Informationstechnologie wird eine Politik, die nicht **aktiv** auf volle BürgerInnenbeteiligung setzt mangels Glaubwürdigkeit relativ kurzfristig sowohl Legitimität als auch Gestaltungsspielraum vollkommen verlieren und gegenüber den ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen hoffnungslos ins Hintertreffen kommen.

Obwohl also in einigen Bereichen der Kommunalverwaltung Umdenken einsetzt, also Schritte in die richtige Richtung getan werden, ist die Politik in den drei Kernbereichen Verkehr, Energie und Raumordnung als viel zu defensiv einzustufen.

Wir werden daher das vorgelegte Budget **nicht** unterstützen."

STR Dr. Pitschko, FPÖ

Schulden

„Die Stadtgemeinde Klosterneuburg beginnt das Jahr 2013 mit rd. 61 Millionen EUR Schulden, die sich aus 102 Kreditpositionen ergeben. Von diesen 102 ausgewiesenen Krediten werden für 21 Kredite mit einem Gesamtvolumen von rd. 3,3 Millionen EUR im Jahr 2013 weder Schuldrückzahlungen geleistet noch Zinsen bezahlt. Die nicht bezahlten Zinsen erhöhen im Lauf des Jahres die entsprechenden Kredite. In den ausgewiesenen 61 Millionen EUR Schulden zum Beginn des Jahres 2013 ist der Kredit von voraussichtlich rd. 8 Millionen EUR für die vom Gemeinderat bereits grundsätzlich beschlossene Sanierung des Happyland noch nicht enthalten. Unter Berücksichtigung des von der Stadtgemeinde Klosterneuburg beabsichtigten Kaufes der Magdeburgkaserne – mangels ausreichender finanzieller Mittel natürlich mit weiteren Schulden – werden sich die Klosterneuburger Schulden innerhalb der nächsten drei Jahre voraussichtlich auf mehr als 70 Millionen EUR erhöhen.

Dass die Schuldensituation in Klosterneuburg eine besorgniserregende ist, können wir auch dem Bericht des Bürgermeisters zur heutigen Gemeinderatssitzung entnehmen, betreffend die Kürzung von Krediten, wo ausgeführt wird, dass von Seiten der Gemeindeaufsicht mit ihrer Feststellung, dass aufgrund der geringen freien Finanzspitze die Darlehensaufnahmen auf ein Minimum zu beschränken und die bestehenden finanziellen Mittel auf das Vorhaben Sportstättenbau zu konzentrieren sind. Das heißt, dass wir auf Grund der finanziellen Situation noch nicht entmündigt sind, aber schon unter Beobachtung stehen. Gleichzeitig wurden die maximalen Kreditrahmen reduziert, z.B. bei der Generalsanierung des Happyland von 11,5 Millionen auf 8 Millionen EUR.

Im Jahr 2013 stehen den zu Beginn des Jahres vorhandenen Schulden von 61 Millionen EUR budgetierte ordentliche Einnahmen von insgesamt rd. 62 Millionen EUR gegenüber. Fast die Hälfte der Einnahmen Klosterneuburgs entfallen auf Zahlungen des Bundes (davon 26 Millionen EUR Ertragsanteile). Ungefähr 15 Millionen EUR zahlen die Klosterneuburger für Abwasser- und Müllbeseitigung sowie Wasserversorgung. Zusätzlich weist die Stadt einen neuen Rekord an Gewinnentnahmen aus diesen „marktbestimmten Betrieben“ mit fast 3,1 Millionen EUR aus, die ausschließlich zur Finanzierung der Gemeindeverwaltung verwendet werden, weil keine Rücklagen für den Bau von Kanälen bzw. Wasserversorgungsanlagen gebildet werden.

Die zweckwidrige Verwendung der Kanal-, Wasser- und Müllgebühren für die Hoheitsverwaltung ist eine seit vielen Jahren von der ÖVP praktizierte und gegenüber den Gebührenzahlern finanziell besonders bedrohliche Vorgangsweise: Die Gebührenüberschüsse werden zweckwidrig verwendet und die Investitionen in den Bereichen Kanal, Müll und Wasser mit Schulden finanziert, wodurch die Kreditzinsen und Schuldtilgungen steigen. Dies wiederum nahm und nimmt die ÖVP zum Anlass, um Gebührenerhöhungen vorzunehmen. Die Überschüsse aus den erhöhten Kanal- Müll- und Wassergebühren werden wieder zweckwidrig verwendet. Der Gebührenzahler befindet sich in einer finanziellen Todesspirale: Durch die Erhöhung der Kanal-, Müll- und Wassergebühren steigen die Betriebskosten und damit die Wohnungskosten. Die Einnahmen der Gemeinde aus den Gewinnentnahmen aus den Betrieben der Abwasser- und Müllbeseitigung sowie Wasserversorgung sind bereits höher als die gesamten Grundsteuereinnahmen und weit mehr als die Hälfte der gesamten Kommunalsteuer. Abwasser- und Müllbeseitigung sowie Wasserversorgung sind somit die Klosterneuburger cash-cow schlechthin.

Die Einnahmen aus Gemeindeabgaben belaufen sich auf ungefähr 8,5 Millionen EUR, wovon 4,8 Millionen EUR auf die Kommunalsteuer und 2,5 Millionen EUR auf die Grundsteuer entfallen. Die restlichen Einnahmen der Gemeinde resultieren z.B. aus Vermietung von Wohnungen und Geschäften, Strafgelder aus der Kurzparkzonenüberwachung, Kostenersätzen für die Nachmittagsbetreuung der Kinder, Musikschulgeld und Kostenersätzen sowie Subventionen des Landes. Die Einnahmenstruktur der Stadtgemeinde Klosterneuburg verdeutlicht einerseits die relative Bedeutungslosigkeit der Klosterneuburger Wirtschaft, wenn nicht einmal 8 % der laufenden Klosterneuburger Einnahmen auf die Kommunalsteuer entfallen, und andererseits die Abhängigkeit

Klosterneuburgs von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs durch den fast 50 %-igen Anteil der Einnahmen aus Bundesertragsanteilen an den gesamten Klosterneuburger Einnahmen.

Aus dieser Einnahmenstruktur ergibt sich zwangsläufig, dass Mehrausgaben der Stadtgemeinde Klosterneuburg nur über erhöhte Kanal-, Müll- und Wassergebühren zu finanzieren sind, wenn – was zu befürchten ist – die österreichische Wirtschaft stagniert und daher die Einnahmen aus Bundesertragsanteilen unter den Erwartungen bleiben.
Es muss daher der Klosterneuburger Bevölkerung klar sein, dass sie alle an die Kommunalpolitiker herangetragenen teuren Vorschläge letztlich über die Kanal-, Müll- und Wassergebühren zu finanzieren hat.

Ausgaben

Von den budgetierten 62 Millionen EUR Einnahmen der Stadt Klosterneuburg kassiert das Land Niederösterreich vorweg fast 11 Millionen EUR (6,2 Millionen Umlage zur Finanzierung der Krankenhäuser und 4,2 Millionen EUR Sozialhilfebeitrag sowie 0,5 Millionen EUR Jugendwohlfahrtsumlage). Dabei ist die Erhöhung der zu zahlenden Umlage zur Finanzierung der Krankenhäuser um 1 Million EUR gegenüber dem Jahr 2011 aus Klosterneuburger Sicht besorgniserregend. Zusätzlich zu den 6,2 Millionen Umlagen zahlt Klosterneuburg noch rd. 200.000 EUR für Kosten, die noch vor der Übergabe des Klosterneuburger Spitals an das Land Niederösterreich angefallen sind, beispielsweise den Gemeindeanteil für die damals kreditfinanzierten Baumaßnahmen.
Die Personalausgaben der Stadtgemeinde Klosterneuburg betragen rund 17 Millionen EUR. Für den Schuldendienst sind 3,6 Millionen EUR erforderlich. Mehr als die Hälfte der Klosterneuburger budgetierten Klosterneuburger Einnahmen ist daher bereits „weg“, bevor der Betrieb von Rettung und Feuerwehr finanziell gesichert ist, die erste Stromrechnung für das Rathaus bezahlt ist oder für die Klosterneuburger Bürger irgendetwas Erkennbares geschieht, beispielsweise gemeindeeigene Häuser oder Straßen saniert werden.

Seit Jahren weisen die Klosterneuburger Freiheitlichen auf die strukturellen Schwächen des Budgets der Stadtgemeinde Klosterneuburg hin und fordern eine erkennbare Spargesinnung des Gemeinderates. Aber statt Sparmaßnahmen zu ergreifen, hat die ÖVP in der damaligen schwarz-grünen Koalition sogar versucht, die Budgetmisere durch den Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke an eine neu zu gründende ImmobiliengesmbH zu verschleiern. Das ist auch dank der Ablehnung durch die Freiheitlichen an der erforderlichen 2/3 Mehrheit im Gemeinderat gescheitert. Die schwarz-grüne Koalition hat damals diese versteckte Kreditaufnahme als „moderne Finanzierungsmethode“ bezeichnet, die angeblich von anderen Gemeinden bereits erfolgreich angewendet worden ist. Wahr ist hingegen, dass allein in Niederösterreich etwa 70 Gemeinden, die derartige „moderne Finanzierungs- und Investmentmethoden“ angewendet haben, Steuergeld verzockt haben. Und Salzburg ist ein erschütterndes Beispiel für das Desaster dieser insbesondere von der ÖVP hochgelobten „modernen Finanzierungs- und Investmentmethoden“, die allerdings in Salzburg unter einer SPÖ-Landeshauptfrau angewandt worden sind.

Statt der Klosterneuburger Bevölkerung den Ernst der Budgetsituation zu vermitteln, gaukelt die ÖVP den Bürgern eine heile Welt vor. Ein Höhepunkt dieser Gaukelei war beispielsweise die Beauftragung eines Unternehmens mit Vorarbeiten für die „Marke Klosterneuburg“ um 40.000 EUR. Dabei gab es schon vor einigen Jahren unter dem Namen „Wirtschaftskonzept“ eine ähnliche unsinnige „Wünsch dir was“ – Veranstaltung für unbefangene und fachvorurteilsfreie Bürger. Ohne jeden Bezug zur Realität der Klosterneuburger Budgetsituation wurden damals wie auch heute von den Teilnehmern in Arbeitsgruppen unfinanzierbare Vorschläge erstattet, beispielsweise eine Tiefgarage unter dem Rathausplatz und eine Seilbahn auf den Kahlenberg. Und

so nebenbei werden ein Jugendzentrum und billige Wohnungen für junge Klosterneuburger gefordert.

Einem Gemeinderat, der die Bevölkerung glauben macht, dass die Gemeinde Geld für diese Luftprojekte hat, fällt es naturgemäß schwer, die professionellen Subventionsschnorrer abzuweisen. Wie das Christkind und der Osterhase erscheinen sie jedes Jahr so zuverlässig, dass man gar keinen Kalender mehr braucht. Und daher wird weiterhin vergnügliches Fressen und Saufen subventioniert, sei es mit 10.000 EUR für die Leopoldiweinkost oder 10.000 EUR für den Adventmarkt auf dem Rathausplatz. Sogar ein „Verein der Freunde der Klosterneuburger Wirtschaft“ erfrecht sich, die Gemeinde um 15.000 EUR anzuschnorren.

Und die heiligen Kühe der Klosterneuburger Kommunalpolitik werden gehegt und gepflegt. Allein für die Förderung des öffentlichen Verkehrs gibt Klosterneuburg rd. 1 Million EUR jährlich aus.

Auch die Musikschule hat sich zu einem jährlichen Millionengrab für Steuergeld entwickelt. Trotz eines Zuschusses des Landes Niederösterreich von 630.000 EUR beträgt der von der Stadtgemeinde zu tragende Abgang mehr als 500.000 EUR. Von den Gesamtausgaben von mehr als 1,5 Millionen EUR werden nur 390.000 EUR durch das Musikschulgeld gedeckt. Allein die Gehälter der Musikschullehrer belaufen sich auf rd. 1,4 Millionen €. Verantwortungsbewusste Gemeinderäte hätten angesichts dieser Situation zumindest die Ausgabenstruktur der Musikschule kritisch hinterfragt und eventuell Sparmaßnahmen gesetzt.
Das Stadtmuseum – dessen Errichtung an diesem Platz aus Sicht der Freiheitlichen eine historische Fehlentscheidung der ÖVP war – ist bereits sanierungsbedürftig, obwohl es kaum 20 Jahre alt ist. Fast eine halbe Million EUR sind im Jahr 2013 für die Gebäudeinstandhaltung vorgesehen.

Budgetvorschau bis 2016

Noch interessanter als das Budget 2013 ist ein Blick in die Zukunft mit den Augen der Budgetersteller, dargestellt anhand von Zahlen aus den Voranschlagsquerschnitten der Jahre 2013 bis 2016:
Da steigen die Ausgaben für Zinsen für Finanzschulden um 70 % (von 1,04 auf 1,74 Mill. EUR), die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen als den Trägern öffentlichen Rechts um fast 25 % (von 4,156 auf 5,134 Mill. EUR), die Ausgaben für laufende Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (Land Niederösterreich) um mehr als 25 % (von 13,48 auf 17,16 Mill. EUR) und die Personalausgaben der Stadtgemeinde um rd. 5 % (von 16,86 auf 17,76 Mill. EUR). Die Finanzierung der Mehrausgaben erfolgt im Wesentlichen durch eine Erhöhung der Ertragsanteile an den Bundesabgaben um rd. 14 % (von 25,84 auf 29,36 Mill. EUR) – ein gewisser Optimismus ist in diesem Rechenwerk nicht zu verschweigen -, interessant ist, dass die Einnahmen aus den Gemeindesteuern und Kanal-, Müll- und Wassergebühren in den nächsten vier Jahren angeblich um nur rd. 0,5 % steigen werden. Die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand der Stadtgemeinde werden in den nächsten vier Jahren angeblich sogar um 13 % sinken (von 15,75 auf 13,71 Mill. EUR).
Daraus lässt sich schließen, dass die kritische finanzielle Lage Klosterneuburgs auch die ÖVP zum Sparen zwingen wird. Außerdem leiten wir Freiheitlichen aus den Voranschlagsquerschnitten das Versprechen der ÖVP ab, dass die Kanal-, Müll- und Wassergebühren in dieser Gemeinderatsperiode nicht erhöht werden. Dieses Versprechen bewerten wir Freiheitlichen höher als die kritisierten Einzelpositionen des Budgets 2013, weshalb wir dem Budget 2013 zustimmen. Würden wir dem nämlich nicht zustimmen, käme das fast einer Ablehnung des ÖVP-Wunsches nach gleichbleibenden Gebühren gleich, und da wollen wir der ÖVP schon Schützenhilfe geben, dass die Kanal-, Müll- und Wassergebühren nicht erhöht werden in dieser Gemeinderatsperiode.“

STR Mag Wimmer. Die Grünen Klosterneuburg

„Mein Vorredner hat den großen Optimismus angesprochen, der aus dem Budget 2013 der ÖVP herausgeht. Ich darf dazu aktuell eine Meldung des ORF vor einigen Minuten des KDZ – des Zentrums für Verwaltungsforschung – zitieren: „Die Gemeinden müssen bis 2016 mit einem reellen Minus in der Finanzgebarung rechnen." Soviel zum Optimismus und zur Realität. Aber zu uns Grünen und unsere Position zum Budget 2013: Ich bin immer sehr gerührt, wenn mir wohlmeinende ÖVP MandatarInnen immer versichern: „Nicht nur Dir und den Grünen machen die Schulden sorgen!" Ich höre diese verantwortungsvollen Worte sehr gern, bis dann der nächste Budgetvoranschlag wieder mehr Schulden ausweist als der vorher gegangene. Noch immer spielt die ÖVP der Klosterneuburger Bevölkerung das Märchen vor, dass die staatlichen Einrichtungen auf Dauer ungestraft mehr ausgeben können, als sie einnehmen. Ich verstehe schon, dass man wiedergewählt werden will und da gibt man halt Geld aus – auch wenn man es nicht hat! Und vor allem, wenn es nicht das eigene Geld ist. Manchmal, wenn man dies so beobachtet, kommen einem ganz eigenartige Gedanken. Z.B, diese, wie hoch den unsere Schulden wären, wenn die Politiker die jetzt ganz leicht ihre Hand heben, auch für diese Schulden haften müssten? 10 Millionen, eine Million? Oder wären wir vielleicht sogar schuldenfrei? Ich denke fast, wir wären schuldenfrei! Denn kein Gemeinderat würde, wenn es um die Verschuldung seines privaten oder betrieblichen Vermögen ginge, so leichtfertig diesen Schuldenberg anhäufen. Hier im Gemeinderat ist die finanzielle Verantwortung gleich null und hat keinerlei Konsequenzen. Und in zwei, drei Legislaturperioden, wenn die finanziellen Probleme dann die Stadt erdrücken, liegt die Gemeinderatsfunktion meistens weit hinter einem und die Schulden müssen andere schultern.

In den letzten zwanzig Jahren ist es nur in drei Jahren gelungen, die Verschuldung nicht zu erhöhen. In siebzehn Jahren, in der Regel also, wurde der Schuldenberg höher und höher. Manchmal ist es ja sinnvoll sich kurzfristig zu verschulden, so z.B. um endlich einen Stadtplatz mit breiten Gehsteigen den modernen Erfordernissen anzupassen. Davon lebt auch die Wirtschaft. Zum Problem wird es aber, wenn man ständig über seine Verhältnisse lebt, die Verschuldung zum politischen System macht und die Jungen dafür zahlen lässt. In Klosterneuburg ist dies leider der Fall.

In den meisten anderen österreichischen Gemeinden hat man das Problem erkannt und man bekennt sich dazu die Gemeindeausgaben zu verringern und die Schulden zu reduzieren. Bis 2017 will man das schaffen. Aber Klosterneuburg geht diesen Weg nicht. Hier wird anstelle einer finanziell verantwortbaren Sanierung des Happylands mit Augenmaß, eine wahltaktische Prestigefinanzierung mit mehr als 11 Millionen Neuverschuldung und damit ein finanzielles Hasardspiel riskiert. Weitere Millionen Euro werden in den nächsten Jahren für den Ankauf der Kasernengründe notwendig sein. Konkrete Pläne, was man mit dem Kasernengelände machen will, hat man nicht und wie viele Millionen dafür als infrastrukturelle Folgekosten notwendig sein werden, weiss man auch nicht. Nur eines weiss man, woher das Geld kommen wird: neue Schulden und wieder neue Schulden.

Wir sind also nicht der Meinung wie ÖVP Finanzstadtrat Peter Mayer hier und auch in den Medien und auch heute hier in der Budgetgemeinderatssitzung meint, dass der einzige Ausweg ist, dass neue Einnahmen erschlossen werden. Wir GRÜNE meinen – sparen wäre auch eine Möglichkeit!

Die Klosterneuburger ÖVP scheint somit auf die fragwürdige Kunst der Alchimisten zu vertrauen. Im Mittelalter wollten diese Gold erzeugen, heute will man Schulden verschwinden lassen und hoffen sie werden sich eines Tages in Luft auflösen. Im Mittelalter ist es schief gegangen, und jetzt wird es nicht anders sein. Die Schulden von morgen sind aber auch schon jetzt die Inflation und die Teuerungen von heute.

Die Stärke der ÖVP war einmal ihre Nähe zu den Menschen. Heute – und ich habe das schon einmal bei anderer Gelegenheit betont - ist die ÖVP kilometerweit von den Menschen entfernt. Wie es im praktischen Leben für die Menschen unverständlich ist, dass eine asiatische Schildkrötenzucht ein landwirtschaftlicher Betrieb ist, ist es beim Wirtschaften das Anhäufen von immer neuen

Schulden. Wobei man sich keines budgetären Tricks zu gut ist und so die Millionen Kreditrückzahlung für die ÖVP Prestigesanierung Happyland hinter die nächste Gemeinderatswahl 2015 verschiebt und die Bevölkerung erst 2017 merken wird, was sie da zu schultern hat.

Budgetvoranschlag 2013 im Konkreten: € 61,9 Mio. im ordentlichen Haushalt. Um ausgeglichen zu bilanzieren mussten von den Rücklagen € 1,4 Mio entnommen werden und der allerletzte Rest an Rücklagen den wir am Ende 2013 noch haben sind mickrige 1,6 Mio. €. Einmal wird man sich noch bedienen können und dann? Diesem Budgetvoranschlag 2013 der ÖVP Klosterneuburg ist in keiner Zeile die dramatische finanzielle Situation der Stadt zu entnehmen. Ich muss mich korrigieren, auf manchen Seiten schon. Nämlich auf den Seiten, wo es um zukunftsträchtige und umweltschonende Energieeinsparungen mit und für die Klosterneuburger Bevölkerung, geht.

Dass das Mammutprojekt „autarkes Klosterneuburg“ und eine effiziente Energieeinsparung nur mit großer Beteiligung der Klosterneuburger Bevölkerung zu erreichen ist, ist glaube ich jedem klar. Nur was passiert hier in Klosterneuburg seitdem die ÖVP wieder allein regiert: 2011 gab es für die Bevölkerung und deren Einsatz für Alternativenergien noch 60.000 € und über 100 BürgerInnen machten mit. 2012 wurde die Förderung auf 1/3, also auf 20.000,- gekürzt und jetzt, knapp zwei Wochen vor Jahresende 2012 haben sich gerade einmal 26 Personen am Projekt Alternativenergien beteiligt. Im Budget 2013 sind nur mehr 10.000,-€, also 1/6 von 2011, für die Förderung der Alternativenergien vorgesehen. Wie groß wird die Beteiligung der Klosterneuburger Bevölkerung also 2013 noch sein?

(GR Feistauer nimmt ab 19:40 Uhr wieder an der Sitzung teil.)

Nicht viel anders ist es bei der Förderung der Wärmedämmmaßnahmen: Waren 2012 noch 30.000,- € vorgesehen, sind für das kommende Jahr nur mehr die Hälfte 15.000,- €. Wahrlich, wenn jemand einmal ein Beispiel braucht wie man ein wichtiges Projekt völlig von der Bevölkerung abkoppelt, braucht man sich nur diesen ÖVP-Budgetvoranschlag 2013 und den Umgang mit den Umweltförderungen an sehen. Argumentiert wird diese umweltpolitische „Aushungerung“ immer damit, dass ja keine Nachfrage mehr da sei. Nun, wenn man es ganz bewusst verabsäumt, Anreize zu setzen, wird man die Bevölkerung nicht erreichen. Es ist zwar schön, wenn die Stadt auf ihren eigenen Gebäuden 325.000,- € in Photovoltaikanlagen investiert, und das unterstützen wir GRÜNE 100%ig, nicht nur weil es ein ökologisch sinnvolles Projekt zur Energieeinsparung ist, sondern auch weil es mittel- und langfristig wirtschaftlich sinnvoll ist. Und die Kritik, die von anderen Fraktionen dieser umweltpolitischen Investition entgegengebracht wird, halten wir für kurzsichtig und völlig unberechtigt. Denn diese 325.000,- € werden sich in einem überschaubaren Zeitrahmen für die Stadt und damit auch für die Klosterneuburger Bevölkerung rechnen.

Doch, wie gesagt, wenn auf der anderen Seite die Einbindung der Klosterneuburger Bevölkerung nicht erfolgt und die Förderungen für umweltpolitische Maßnahmen fast zur Gänze herunter gefahren werden, dann werden die Photovoltaikanlagen auf den Gemeindebauten nichts weiter sein als wahlpolitische Werbung ohne den wirklichen Willen, Klosterneuburg als Ganzes energiepolitisch in die Zukunft zu führen. Ohne breite Einbindung der Bevölkerung in das Generationenprojekt „Autarkes Klosterneuburg“ mit vernünftigen Förderungsanreizen bei Alternativenergien, Wärmedämmung, etc. wird dieses Projekt scheitern.

Auch NICHT im GRÜNEN Sinne kann es ein, wenn es noch immer keine durchgehenden Radverbindungen zu den Katastralgemeinden Weidling, Kierling, Gugging, zum dichtbesiedelten Ölberg einen Radfahrstreifen gegen die Einbahn in der Leopoldstraße gibt. Noch immer müssen RadfahrerInnen sich schiebend gegen Einbahnen quälen, von LKWs bedrängen lassen oder lange Umwege in Kauf nehmen. Immer wieder gibt es Vorschläge der GRÜNEN diese Hürden zu beseitigen, immer kommt die Antwort: „Des geht net, sogt der Amtssachverständige!“ Wenn GRÜNE und ÖVP in den Jahren 2005 bis 2010, während ihrer Zusammenarbeit sich mit dem: „Des

geht net“ begnügt hätten, dann gäbe es heute kein Radfahren gegen die Einbahn in der Burgstraße und kein Radfahren in der Unteren Martinsstraße im Rahmen einer Spiel- und Wohnstraße. An dieser Stelle noch einmal mein Dank an den BGM in Unruhestand Gottfried Schuh, der mit seinem Engagement und seiner Kreativität geholfen hat diese Grünen Zielsetzungen mit umzusetzen. Dafür, dass die jetzige ÖVP Alleinregierung die Finanzmittel für den Ausbau der Radwege drastisch und systematisch zusammenstreicht, 2010 waren es noch 349.000 €, 2011 nur mehr 190.000,- €, 2012 160.000,-€, und 2013 sind nur mehr 100.000,- € vorgesehen, dafür kann es von den GRÜNEN keine Zustimmung - und schon gar keinen Dank geben.

Auch was den öffentlichen Verkehr anbelangt ist 2013 weniger Geld da. 153.000,- € weniger für den öffentlichen Verkehr, 13.000,- € weniger für das, bei der Klosterneuburger Jugend so beliebte Anrufsammeltaxi. Und die Argumentation, dass im Budget 2013 im Straßenbau um 100.000,- € mehr vorgesehen sind (540.000,-€) und dies auch den Radfahrern zugutekommen, ist für uns Grüne ein schlechter und alter Schmäh!

Inhaltlich haben wir mit den im außerordentlichen Haushalt 2013 budgetierten 1,4 Mio. € für die Sanierung des Freizeitzentrums Happylands keine Probleme. Dass Geld in die Hand genommen werden muss, haben wir GRÜNE immer betont. Uns ging und geht es noch immer um eine Sanierung in einem vernünftigen und verkraftbaren finanziellen Umfang für Klosterneuburg. Der von der ÖVP zu Beginn propagierte Umfang von 14 Millionen € ist zum Glück vom Tisch. Nun beträgt der Sanierungsumfang 11,5 Mio, vielleicht werden wir es am Ende des Tages sogar noch Erleben, dass, der von den GRÜNEN vorgeschlagene Umfang von 7,5 Mio.€,, welcher aus unserer Sicht für die Stadt gerade noch verkraftbar ist, auch reicht - reichen wird müssen!

Bei den Detailbetrachtungen zum Abschluss eine Bemerkung zu einem der größten Einzelbudgetposten in diesem Voranschlag 2013. In der Gruppe 5 - Gesundheit - findet sich in einer einzigen Zeile 6,2 Mio. €, 2012 stand hier 5,7 Mio. €, Damit gibt es hier eine Steigerung von 500.000,- €. Dieser Posten ist die NÖKAS-Umlage mit der die Gemeinden für den Betrieb der NÖ Spitäler dazu zahlen. Das Land NÖ, eines der meist verschuldeten Bundesländer, casht hier voll bei den Gemeinden ab. Niederösterreich liegt sogar mit Kärnten an der Spitze der verschuldeten Bundesländer. Aber ich muss hier Kollegen Pitschko wiederum enttäuschen, das Krankenhaus in eigener Hoheit zu behalten wäre keine Alternative gewesen. Denn auch da sitzt Erwin Pröll am längeren Ast und „flugs“ hätte die NÖ Landesregierung die Beitragszahlungen für die selbst verwalteten Krankenhäuser so in die Höhe getrieben, dass wir bettelnd unter das gemeinsame Landesdach gekrochen wären.

Abschließend zusammenfassend unsere GRÜNE Beurteilung für diesen Budgetvoranschlag 2013: Wenn ich eine Stadtverschuldung von mehr als 102% eines gesamten Jahresbudgets habe, weitere große kreditfinanzierte Projekte (wie 2. Teil Kasernenankauf mit 4 Mio., Sanierung Freizeitzentrum 10 Millionen) in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen, so kann man diesen Budgetvoranschlag nicht als verantwortungsbewusst bezeichnen, sondern als mit Millionen von Steuergeldern finanziertes Wahlzuckerl für die kommende Landtagswahl im März und in weiterer Folge für die Gemeinderatswahl 2015. Die nächsten Generationen Klosterneuburgs werden diese Schulden abtragen müssen, und sie werden über Jahrzehnte keine großen Investitionen tätigen können. Anbetracht dessen also, dass dieser Budgetvoranschlag 2013 die hohe Verschuldung Klosterneuburgs völlig negiert und man weiter permanent mehr ausgibt als man einnimmt sowie dass die umwelt- und klimapolitisch höchst notwendige Unterstützung der Bürger Klosterneuburgs massiv eingeschränkt wird, der Radwegausbau ausgehungert und auch die Unterstützung der Öffis geringer wird, können wir GRÜNE daher diesem Budget 2013 nicht zustimmen.

Abschließend wollen wir bei dieser Gelegenheit dieses Mal ganz besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt unseren Dank aussprechen. Wir danken ihnen für ihr Engagement für

Klosterneuburg im vergangenen Jahr und wünschen ihnen und ihren Familien ein erholsames Weihnachtsfest und ein zufriedenes und erfolgreiches Jahr 2013. Danke!“

STR Hava, SPÖ

Er erörtet, dass er auf das replizieren möchte, was STR Mayer und STR Dr. Pitschko gesagt haben. Es gehe da um die Spekulationen in Salzburg. Man könne nicht oft genug wiederholen, dass die ÖVP auch spekulieren wollte hier in Klosterneuburg mit den Auslagerungen der gemeindeeigenen Gebäude und es sei wirklich der sog. Opposition hier zu verdanken, dass eine 2/3-Mehrheit verhindert worden sei und somit die Stadt vor einem finanziellen Desaster bewahrt worden sei. Man möge sich nur vor Augen halten, dass die NÖ. Hypobank, die im Moment auch in den Schlagzeilen sei, einen Fonds aufgelegt habe, wo man investiert hätte und da seien Meinl European Land enthalten gewesen. Was mit diesem Aktienpaket passiert sei, wisse jeder aus den Medien. Somit solle man froh sein, dass hier nicht zugestimmt worden sei. Er möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen – er habe STR Wiesenborn betreuen dürfen. Diesem sei der Stadtring verliehen worden, weil er an der Festsitzung am 12.11. nicht teilnehmen konnte, weil er im Ausland gewesen sei und sei jetzt am vergangenen Wochenende in Klosterneuburg gewesen. Dieser habe sich sehr über die Aufnahme bei uns gefreut und auch über die Verleihung des Stadtrings. Er solle daher dem Gemeinderat nochmals Dank aussprechen und dessen Grüße ausrichten. Bei dieser Gelegenheit habe er ihn gefragt, wie es mit den Haushalten in Göppingen ausschaue. Diese haben bereits seit zwei oder drei Jahren die Dopik in der Buchhaltung und nicht mehr die Kameralistik. D.h. es sei eine verbesserte Darstellung im Haushalt möglich. Das sollte man sich auch einmal überlegen. Dass das Landes- oder Bundessache sei, sei klar, doch sollte man das Thema einmal ansprechen. Auch sei der Baudirektor aus Göppingen in Klosterneuburg gewesen. Dieser sei verantwortlich für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Göppingen verantwortlich. Man habe auch über die Finanzierung gesprochen und sei dieser sehr erstaunt gewesen, dass bei uns die kompletten Gewinne abgeschöpft werden. Dort haben sie eine eigene Stadtgesellschaft dafür und diese finanziere sich über die Einnahmen und die Gewinne werden in der Gesellschaft verwendet für notwendige Investitionen. Es folgt nun die

Stellungnahme zum Voranschlag 2013

„Die Erstellung des Voranschlages 2013 gestaltete sich, wie auch in den vergangenen Jahren sehr schwierig in den Verhandlungen. Naturgemäß ergaben sich Auffassungsunterschiede bei der Verwendung der Budgetmittel und der Umsetzung von geplanten Vorhaben.
Der ordentliche Haushalt sieht Einnahmen von rund 61,2 Mio. Euro und Ausgaben von 56 Mio. Euro vor. Ein Haushaltsausgleich konnte nur durch die Abschöpfung der Überschüsse aus den marktbestimmten Betrieben Abwasserentsorgung, Müllentsorgung und Wasserversorgung (gesamt € 3,1 Mio.) und einer Entnahme aus den bestehenden Rücklagen (€ 383.000,-) erreicht werden. Zuführungen dieser Überschüsse zu den Rücklagen und die Verwendung für notwendige Investitionen sind (wie auch schon immer wieder in der Vergangenheit kritisiert) nicht zu erkennen.
Im Bereich des Kanalnetzausbaues ist die ÖVP wortbrüchig geworden. Es wurde versprochen, im Gebiet Neudauergasse den Kanalausbau voranzutreiben. Es sollte dieses Bauvorhaben in 2 Teilabschnitten in einem Zeitraum von vier Jahren realisiert werden.
Nun ist wieder alles anders. Das Vorhaben wurde aus budgetären Gründen gestrichen, obwohl das Projekt als wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll erachtet wurde und im Abwasserbereich jährlich Überschüsse von 1,5 – 2 Mio. Euro erzielt werden. Bereits erbrachte Planungsleistungen sind wieder einmal „für die Katz“. Auch die dringendst notwendigen Sanierungen der Straßen im Bereich der Neudauergasse sind somit aufgeschoben, somit heißt es für die ansässigen Bürger wieder einmal zuwarten.
Im Gegenzug werden Photovoltaikanlagen um 325.000 Euro errichtet und mit Krediten finanziert. Ich möchte hier gleich festhalten, dass die SPÖ nicht gegen die Errichtung solcher Anlagen ist,

sondern nur den Zeitpunkt der Anschaffung kritisiert. Positiv im Zusammenhang mit Energieoptimierung ist der Austausch und Erweiterung des Blockheizkraftwerkes in der Kläranlage zu sehen.
Der geplante Ankauf des Kasernengeländes ist eine große Chance für die Stadtentwicklung und stellt eine (auch aus der Sicht der Sozialdemokraten) richtige und notwendige Investition dar.
Die SPÖ-Klosterneuburg hat ihr Stadterweiterungskonzept schon lange präsentiert. Bereits seit Bekanntwerden der Kasernenschließung setzen sich die SozialdemokratInnen für eine sinnvolle Nutzung dieses Geländes zum Nutzen aller KlosterneuburgerInnen ein. Die Kaserne und das umliegende Geländer sollte im Rahmen eines Gesamtkonzepts allen KlosterneuburgerInnen zum Nutzen gereichen.
Von Kinderbetreuungseinrichtungen, über günstige Startwohnungen bis hin zur Seniorenbetreuung, alle diese längst nötigen Einrichtungen fänden in diesem neugestalteten Ortsteil Platz und unsere Stadt wäre damit um ein Vielfaches reicher an Möglichkeiten für unser gesamte Bevölkerung. Die Einkaufsmöglichkeiten in unserer Stadt sind nach wie vor ausbaufähig, aber was viel dringender fehlt, sind Einrichtungen zur Betreuung unserer Kleinsten und Ältesten, sowie leistbare Start- und Familienwohnungen. Dieses große Areal bietet unzählige Möglichkeiten unsere Stadt ein Stück sozialer und menschlicher zu gestalten. Ich hoffe dringend, dass die VP-Rathausmehrheit diese einmalige Chance nicht ungenützt lässt und unseren Vorschlag realisiert!

Die Sanierung und Erneuerung des „Happylands“ im Sinne des Masterplanes zum Wohle der Bevölkerung und unserer Sportvereine ist voranzutreiben. Die genehmigten Finanzmittel sind dementsprechend einzusetzen.
Zuwenig finanzielle Mittel werden aus der Sicht der Sozialdemokraten in die Instandhaltung von gemeindeeigenen Gebäuden gesteckt, was zu kostenintensiveren Reparaturen in der Zukunft führen kann (siehe Happyland, auch hier wurde in der Vergangenheit zu wenig getan).
Ebenso ist es mit dem Fuhrpark. Hier fallen auch erhöhte Reparaturaufwendungen auf Grund langer Nutzungsdauer der Fahrzeuge an.
Die öffentliche Hand ist als Investor ist ein Motor der Wirtschaft. Die ÖVP schraubt diese Ausgaben auf ein Minimum zurück(siehe Kanalbau). Auch der Straßenbau wurde von 3,8 Mio. 2011 auf 700.000,- Euro 2013 gekürzt, was sich negativ auf die heimische Wirtschaft auswirken wird.

Betrachtenswert erscheinen auch jene Positionen im ordentlichen Haushalt, welche ein negatives Ergebnis aufweisen. Hier auszugsweise einige Zahlen:

Amtsblatt	minus € 246.000,-
Musikschule	minus € 512.000,-
Kellertheater	minus € 18.000,-
Sommeroper	minus € 157.000,-
Kammerkonzerte	minus € 35.000,-
Babenbergerhalle	minus € 200.000,-
Heimatmuseum	minus € 660.000,-
Strandbad	minus € 193.000,-
Happyland	minus € 755.000,- (was einer Reduktion gegenüber den Vorjahren gleichkommt).

Was wird hier getan um die Abgänge zu reduzieren? Potential ist genug vorhanden!

2011 wurden an Förderungen laut Förderkatalog ca. 986.000,- Euro ausbezahlt. Diese Ausgaben sind Ermessensausgaben der Stadtgemeinde. Eine Überarbeitung der Förderbedingungen scheint angebracht, zumal auch Vereine für Projekte ohne Angabe von Eigenmitteln Fördermittel erhalten. In Zeiten von Geldknappheit im Haushaltssäckel eigentlich eine Unverfrorenheit gegenüber dem Steuerzahler.

Ein Vergleich; für den öffentlichen Verkehr werden 981.000,- Euro ausgegeben.
Bedeutende Aufwendungen seitens der Stadtgemeinde sind im Bereich öffentliche Wohlfahrt 4,445 Mio. Euro und NÖKAS (Gesundheitsbeitrag) 6,237 Mio. Euro zu leisten. Diese Summen sind als Transferzahlungen an das Land NÖ zu zahlen. Bei jährlichen Erhöhungen sind die Gemeinden zunehmend an deren Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten angelangt.
Wir fordern daher einen Belastungsstopp bei den Transferzahlungen, also bei den "Pflichtausgaben" der Städte und Gemeinden im Bereich Gesundheit und Soziales, die durch Landesgesetze geregelt werden und derart angewachsen sind.
Die SPÖ Klosterneuburg fordert eine klare Kompetenzverteilung und Transparenz bei der Finanzierung der Aufgaben: "Transferverflechtungen müssen abgebaut werden!
Die Steuerung und Finanzierung von öffentlichen Leistungen sollen in einer Hand liegen - zum Beispiel Sozialhilfe durch das Land und Kinderbetreuung durch die Gemeinden.
Für die PensionistInnen und SeniorInnen werden € 41.000,- jährlich budgetiert. Die Aufwendungen dienen zur Finanzierung der Ausflugsfahrten und ein geringer Teil (€ 5.200,-) wird an die Vereine als Subvention für deren Aktivitäten ausbezahlt. Eigentlich erschreckend wenig, bei einem Gesamtbudgetrahmen von nahezu 70 Millionen Euro. Noch dazu wurden diese Ausgaben mit einer 50% Kreditsperre belegt, was bedeutet, dass nur die Hälfte der Subventionen zur Auszahlung gelangt. Schaut so eine Seniorenfreundliche Gemeinde aus?
Für das Citymarketing werden € 45.000,- budgetiert, vor Jahren wurden bereits rund 1 Million Schilling in ein derartiges Projekt gesteckt, Erfolg gleich Null. Bleibt zu hoffen, dass es diesmal anders wird.

Wie schaut nun der Gesamtschuldenstand der Gemeinde aus:

62,2 Mio. Euro geplant mit Ende 2013; Rückzahlungen sind brutto € 5,2 Mio. (inkl. Zinsen) zu leisten.
An Jahreseinnahmen sind € 61,9 Mio. prognostiziert. Somit hat der Schuldenstand bereits einen Jahresumsatz erreicht.
Die Rücklagen sind auf € 1,6 Mio. geschrumpft.
Das auszuweisende Maastricht-Ergebnis liegt bei minus € 2,4 Mio.
Laut den Ziffern des mittelfristigen Finanzplanes soll sich das Ergebnis bereits 2014 ins Positive (€ 1,3 Mio.) drehen.
Die Politik der Gewinnentnahmen aus den marktbestimmten Betrieben wird beibehalten. Weitere hohe Kreditaufnahmen sind geplant.
Leider sind im mittelfristigen Finanzplan keine näheren Erläuterungen über die zukünftigen Projekte enthalten. Diesbezügliche Angaben im Voranschlag wären wünschenswert.

Wie schon eingangs erwähnt, kann man bei der Mittelverwendung geteilter Meinung sein. Der vorliegende Haushaltsvorschlag entspricht durchaus in einigen Positionen unseren Vorstellungen, insgesamt gesehen können wir aber leider nicht unsere Zustimmung erteilen.

Vzbgm. Reg.Rat Raz, ÖVP

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat **!**

Für Klosterneuburg ebenso wie auch für viele andere Städte ist die finanzielle Lage noch immer äußerst angespannt. Und so wie es aussieht wird sich diese Situation auch nicht rasch verbessern. Klosterneuburg hat in den vergangenen Jahren zwar mit sehr viel Augenmaß und Sparsinn aus eigener Kraft ausgeglichene Budgets vorlegen können. Und auch heuer ist uns das nur mit starken Abstrichen gelungen. Doch sollten nicht seitens des Bundes oder Landes entsprechende Lösungen bzw. Entlastungen für die Gemeinden angeboten werden, so wird eine ausgeglichene

Budgeterstellung für 2014 wahrscheinlich nicht mehr möglich sein und wir werden möglicherweise einige Leistungen nicht mehr oder nicht ausreichend erbringen können. Unter diesen Voraussetzungen wird das Jahr 2013 auch ein Jahr sein, in dem um neue Dotierungen für kommunale Haushalte verhandelt werden muss. Denn die anhaltende finanzielle Situation lässt kaum mehr einen Investitionsspielraum für unsere Stadt zu, wichtige Projekte müssen hintangehalten werden. Das Budget 2013 ist wieder ein Kompromiss zwischen den Notwendigkeiten der städtischen Kernaufgaben und den zahlreichen zusätzlichen Serviceleistungen, die wir bereitstellen. Deshalb werden 2013 auch steuernde bzw. überwachende Maßnahmen in erster Linie im Bereich der Förderungen und Subventionen gesetzt, um die Auszahlung der dort budgetierten Summen der Entwicklung des Jahres 2013 anzupassen. Somit behält die Stadtgemeinde die Sicherheit, auf Unvorhersehbares bzw. Fehleinschätzungen über die Wirtschaftsentwicklung zu reagieren.

Sehr geehrte Damen und Herren !
Das Budget 2013 sieht 61.155.600 Euro im ordentlichen Haushalt und 7.643.700 Euro im außerordentlichen Haushalt vor und ist in beiden Bereichen ausgeglichen. Auf den Sachaufwand im ordentlichen Budget entfallen 72,79% der finanziellen Mittel, auf den Personalaufwand 27,21%. Ich möchte betonen, das ist ein sehr gutes Verhältnis und zeigt, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sehr effizient eingesetzt sind. Und obwohl wir in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Einsparungen im Verwaltungssektor erzielen konnten und uns auf gesundem Niveau befinden, werden wir auch weiterhin die Verwaltungsagenden möglichst schlank halten. Durch den intensiven Einsatz neuer elektronischer Medien können wir unsere Dienstleistungen neben dem traditionellen Weg damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. In Verbindung mit einem von jeder Dienststelle sehr direkten und effizienten Bürgerservice können wir auf die Anliegen und Wünsche der Bevölkerung rasch und kompetent reagieren und gleichzeitig umfassend informieren. Es muss unser Ziel sein, vor Ort das beste Service für Klosterneuburgs Bevölkerung zu sichern und dennoch im Vergleich mit anderen Städten, im Bereich Personalausgaben in der Effizienz, vorne zu liegen.

Mehr als 50% der im Budget 2013 bereitgestellten Mittel werden im Bereich Service/Dienstleistungen der Stadt (23,1 Mio. €) und Gesundheit (8,3 Mio. € , davon 6,2 Mio. € NÖGUS, NÖKAS) aufgewendet. 6,2 Mio. € stehen 2013 für Unterricht, Erziehung und Sport zur Verfügung, 5,3 Mio. € für soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, 4,9 Mio. € für Verkehr, Straßen- und Wasserbau.

Diese Zahlen weisen sehr deutlich auf die Orientierung zur Erhaltung unserer hohen Lebensqualität hin. Die oft beklagten Abführungen von enormen Summen im Rahmen des Umlageverfahrens des Finanzausgleiches wurden auch heuer nicht weniger! Diese Zahlungen sind aber vor allem im Bereich Soziales und Pflege, auch als Leistungen, welche den Klosterneuburgerinnen und Klosterneuburgern zu Gute kommen, zu deklarieren.
Die Benützung des Spitals, die Bereitstellung von Pflegekontingenten und die Mindestlohne werden dadurch gestützt.

Einige Schwerpunkte im Budget 2013:

- Die Einführung des elektronischen Aktes (ELAK) in der Stadtverwaltung, WLAN (Wireless Lan) im Rathaus, sowie die Modernisierung der EDV in der Stadtverwaltung und den Schulen.
- Die Durchführung von 2 Wahlen und 1 Volksbefragung (Kostenrund € 130.000,--)
- Die notwendigsten Arbeiten an der Instandhaltung aller gemeindeeigenen Gebäude (insgesamt rund € 1,8 Mio.). Mit der Wärmedämmung des gemeindeeigenen Gebäudes in der Leopoldstraße 19 um € 150.000,-- werden die Sanierungsarbeiten an diesem Gebäude 2013 abgeschlossen sein.

- Die Unterstützung der Einsatzkräfte Rotes Kreuz (rund € 331.000,--) und der Freiwillige Feuerwehren (rund € 494.000,--.)
- Projektierungskosten für den Neubau des FF Hauses in Weidling € 69.000,--.
- Der Beginn der Umsetzung des Masterplanes für das Happyland, dieser sieht u.a. umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Freiplätze, der Halle und des Badebereiches vor. Nächstes Jahr werden 1,4 Mio. Euro in die ersten Maßnahmen investiert, insgesamt beträgt das Investment der kompletten Erneuerung dieses Freizeitkomplexes 14 Mio. Euro.
- Sollte nächstes Jahr das Kasernengelände in der Schüttau zum Verkauf stehen, so wollen wir dieses Areal erwerben und langfristig sichern, um hier in der Zukunft wichtige Projekte für die Stadtentwicklung realisieren zu können. Dafür ist 2013 zunächst einmal ein Teilbetrag (so wie in den Vorjahren) von € 4 Mio. - bei einer geschätzten Gesamtsumme von € 8 Mio. - vorgesehen.
- Der Erhalt und Ausbau der Gemeindestraßen wurde insgesamt auf ein Minimum von € 700.000,-- reduziert, darin enthalten sind notwendige Brückenüberprüfungen (€ 165.000), der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung mit LED (€ 90.000) oder Projektierungskosten für Lärmschutz entlang FJB (€ 90.000). Die radikalen Kürzungen in diesem Bereich bringen nur eine kurze budgetäre Entlastung. Langfristig ist die Erhalterpflicht für gute Wege und Straßen mit den angeführten Summen nicht zu erfüllen.
- Der Kanalausbau mit rd. € 874.000,--, darin enthalten die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes (€ 137.500,--), die Umlegung des Kanals Reichergasse und des Sammlers Kierling sowie Stichkanäle im Bauabschnitt 194. Besonders schmerzhalft schlägt hier die vorläufige Aussetzung des Kanalprojektes Neudauergasse zu Buche.
- Die Errichtung von Photovoltaikanlagen um insgesamt € 325.000,-- ist ein klares Bekenntnis für Investitionen im Rahmen der vorgegebenen Maßnahmen für die Energiespargemeinde Klosterneuburg.
- Der Ankauf von 3 neuen und dringend benötigten Fahrzeugen für den Wirtschaftshof (€ 345.000,--) sichert die Leistungsfähigkeit bei Müllentsorgung, Streckendiensten und Schneeräumung.
- Abschließend: Mit Stolz können wir auf die vielfältigen, kulturellen Einrichtungen unserer Stadt und das qualitativ hochwertige Programm blicken, das neben dem Angebot für die Klosterneuburger Bevölkerung auch viele Besucher anlockt und damit für Klosterneuburgs Tourismus und Wirtschaft sehr wichtig ist. Deshalb stehen auch 2013 für das Kulturangebot (wie etwa OperKlosterneburg, Mythos Film Festival, Shortynale, Vereine, Bibliotheken und Museen, etc.) insgesamt rund 3,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat !
Ich möchte mich namens der ÖVP Fraktion im Gemeinderat bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde für die gute Zusammenarbeit im laufenden Jahr aufrichtig danken. Eine Budgeterstellung unter den genannten Voraussetzungen stellt eine große Herausforderung dar. Eine Herausforderung, die nur mit besonderem Einsatz aller Beteiligten,- sowohl der Politik, als auch der Beamtenschaft-, möglich ist. Die Stadt Klosterneuburg wird unter der Führung der Klosterneuburger Volkspartei auch weiterhin eine vorausschauende und ausgewogene Finanzpolitik betreiben – und das zum Wohle der Bürger unserer schönen Stadt.

Abstimmungsergebnis: 14 Gegenstimmen (SPÖ, Die Grünen, GR DI Hofbauer, GR Kehrer, GR Dr. Schweeger-Exeli)

Mehrheitlich beschlossen.

6	**Abänderung der Verordnung über die Zuordnung der Funktionsdienstposten** **Vorlage: Pers.Amt/0386/2012**

Mit Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Klosterneuburg vom 12. Dezember 1997 wurden erstmals im Zusammenhang mit der Besoldungsreform gemäß § 2 Absatz 4 der NÖ. Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (NÖ. GBDO), LGBl. 2400 in der geltenden Fassung, in Verbindung mit § 11 Abs. 1 des NÖ. Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (NÖ. GVBG 1976), LGBl. 2420 in der geltenden Fassung, die Funktionsdienstposten der Stadtgemeinde Klosterneuburg den Funktionsgruppen zugeordnet. Diese Verordnung wurde zuletzt mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Dezember 2011 abgeändert, bzw. angepasst.

Es wird vorgeschlagen, diese Verordnung mit Wirkung vom 1. Jänner 2013 wie folgt abzuändern:

- **Neuschaffung eines Funktionsdienstpostens für den/die ärztliche/n DirektorIn des Landesklinikums Donauregion Klosterneuburg und Bewertung mit der Funktionsgruppe XI;**

- **Entfall des dem/der LeiterIn des Anästhesieinstitutes zugeordneten Funktionsdienstpostens der** Funktionsgruppe **X;**

- Neuschaffung eines Referates 2 (Stadtplanung) in der GA IV (Bauabteilung) und Zuordnung eines Funktionsdienstpostens für den/die LeiterIn des Referates 2 (Stadtplanung) sowie Bewertung mit der Funktionsgruppe 8;

- Entfall des dem/der LeiterIn des Referates 1 (Baubehörde) der GA IV (Bauabteilung) zugeordneten Funktionsdienstpostens;

- Entfall des dem/der LeiterIn des Referates 3 (Abgabenamt für Haus- und Grundbesitz) der GA II (Finanzabteilung) zugeordneten Funktionsdienstpostens.

Beschluss:

der Gemeinderat wolle die als Beilage angeschlossene Verordnung der Stadtgemeinde Klosterneuburg über die Zuordnung der Funktionsdienstposten des Allgemeinen Schemas mit Wirkung vom 1. Jänner 2013 beschließen:

Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Klosterneuburg

vom 12. Dezember 1997 i.d. Fassung des Budget-Gemeinderatsbeschlusses vom 13. Dezember 2012 über die Zuordnung der Funktionsdienstposten des Allgemeinen Schemas*).

Gemäß § 2 Abs. 4 der NÖ. Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (NÖ. GBDO), LGBl. 2400, und § 11 Abs. 1 des NÖ. Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (NÖ. GVBG), LGBl. 2420, jeweils in der geltenden Fassung, werden die Funktionsdienstposten der Stadtgemeinde Klosterneuburg folgenden Funktionsgruppen zugeordnet:

I.

Funktionsdienstposten für Stadtamtsdirektor und Geschäftsabteilungsleiter gemäß § 2 Abs. 3 lit. a, b, und c der NÖ. GBDO 1976 in Verbindung mit § 20 Abs. 1 der NÖ. GBGO 1976 in der jeweils geltenden Fassung:

1. Dienstposten des/der leitenden Gemeindebeamten/in – Stadtamtsdirektor/in	Funktionsgruppe XI
2. Dienstposten des/der Leiters/in des Personalamtes und Internen Organisationsentwicklung	Funktionsgruppe X
3. Dienstposten des/der Leiter/in der Geschäftsabteilung I	Funktionsgruppe X
4. Dienstposten des/der Leiters/in der Geschäftsabteilung II	Funktionsgruppe X
5. Dienstposten des/der Leiters/in der Geschäftsabteilung III	Funktionsgruppe X
6. Dienstposten des/der Leiters/in der Geschäftsabteilung IV	Funktionsgruppe X
7. Ärztliche/r DirektorIn	Funktionsgruppe XI
8. Kaufmännische/r Direktor/in	Funktionsgruppe X
9. Primararzt/ärztin Chirurgie	Funktionsgruppe X

II.

Weitere Funktionsdienstposten für Bedienstete mit hervorgehobener Verwendung, wie Bereichsleiter und andere Bedienstete, die mit besonderen Agenden betraut sind, gemäß § 2 Abs. 3 lit. d der NÖ. GBDO 1976 in der geltenden Fassung:

Bürgermeisteramt

1. Koordinator/in der Sitzungen des Stadt- und Gemeinderates	Funktionsgruppe 7
2. Leiter/in des Kontrollamtes	Funktionsgruppe 8

Stadtamtsdirektion

3. Bereichsleiter/in des Referates 1 - EDV	Funktionsgruppe 7
4. Bereichsleiter/in des Referates 2 – Schulen und Kindergärten	Funktionsgruppe 8

Geschäftsabteilung I (Kultur, Tourismus, Freizeit)

5. Bereichsleiter/in des Referates 1 – Kultur, Jugend, Sport	Funktionsgruppe 8
6. Bereichsleiter/in des Referates 2 – Bäderverwaltung	Funktionsgruppe 8
7. Leiter/in des Stadtarchivs	Funktionsgruppe 8
8. Leiter/in des Stadtmuseums	Funktionsgruppe 8

Geschäftsabteilung II (Finanzabteilung)

9.	Bereichsleiter/in des Referates 1 – Haushalts- u. Kassenamt	Funktionsgruppe 8
10.	Bereichsleiter/in des Referates 2 – Abgabenamt, zentrales Mahnwesen	Funktionsgruppe 7
11.	Bereichsleiter/in des Referates 4 – Liegenschaften	Funktionsgruppe 9
12.	Bereichsleiter/in des Referates 5 – Marktamt, Friedhofs-verwaltung	Funktionsgruppe 7

Geschäftsabteilung III (Rechts- und Verwaltungsabteilung)

13.	Bereichsleiter/in des Referates 2 – Melde- und Wahlamt	Funktionsgruppe 7
14.	Bereichsleiter/in des Referates 3 – Umweltschutz und Soziales	Funktionsgruppe 8
15.	Brandschutzbeauftragte/r und Verantwortliche/r für die sicherheitstechnische Betreuung	Funktionsgruppe 7
16.	Bereichsleiter/in des Referates 4 - Standesamt	Funktionsgruppe 7

Geschäftsabteilung IV (Bauabteilung)

17.	Stellvertreter/in des Stadtbaudirektors	Funktionsgruppe 9
18.	Bereichsleiter/in des Referates 2 – Stadtplanung	Funktionsgruppe 8
19.	Bereichsleiter/in des Referates 3 – Tiefbau und Verkehr	Funktionsgruppe 8
20.	Bereichsleiter/in des Referates 4 – Hochbau	Funktionsgruppe 8
21.	Bereichsleiter/in des Referates 5 – Abwasserentsorgung	Funktionsgruppe 8
22.	Bereichsleiter/in des Referates 6 – Wasserversorgung	Funktionsgruppe 8
23.	Bereichsleiter/in des Referates 7 – Wirtschaftshof	Funktionsgruppe 7

Bei der Zuordnung der Funktionsdienstposten zu den Funktionsgruppen wurden die mit dem Arbeitsplatz verbundenen Anforderungen an das Wissen und die für die Umsetzung des Wissens erforderliche Leistung berücksichtigt, wobei insbesondere auf die Dienstlaufbahn des Bediensteten, auf die Ausbildung, auf die Bedeutung der Dienststellung und Verantwortlichkeit Bedacht genommen wurde.

Die Verordnung tritt am **1. Jänner 2013** in Kraft.

Für den Gemeinderat:
Der Bürgermeister

Klosterneuburg, 13. Dezember 2012
Fr. Löffler

(Mag. Stefan SCHMUCKENSCHLAGER)

Funktionsdienstposten der anderen Schemen (z.B. für Lehrer an Gemeindeunterrichtsanstalten) dürfen nicht einer Funktionsgruppe zugeordnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

	Schildkrötenzucht - Aufsichtsbeschwerde - Bericht - Diskussion im öffentlichen Teil

Der Bericht liegt dem nicht öffentlichen Teil bei

Zum Bericht sprachen: GR DI Hofbauer, Bgm. Mag. Schmuckenschlager, STR Mag. Wimmer, STR Dr. Pitschko, Mag. Gelbenegger

Wortmeldungen:

Der Bürgermeister ersucht nochmals, weder Zahlen zum Betriebskonzept, noch Namen zu nennen, weil das die individuellen Rechte im hoheitlichen Verfahren seien.

GR DI Hofbauer liest seinen im Gemeinderat am 28.9.2012 eingebrachten Dringlichkeitsantrag vor, der wie folgt lautet: „Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Gemeinderatssitzung ein von den mit der Angelegenheit befassten Sachbearbeitern (Baubehörde etc.) abgefasster Bericht vorzulegen, in dem die im Sachverhalt des gegenständlichen Dringlichkeitsantrages aufgeworfenen Fragen eingegangen wird, bzw. dieselben beantwortet werden. Eine Nichtbeantwortung ist schlüssig zu begründen.“ und stellt fest, dass so ein Bericht nicht vorliege. Was vorliege, sei eine Stellungnahme der Bezirkshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde und das sei kein Bericht im Sinne des Antrages.

Es entsteht hierzu eine kurze Debatte, dass in dieser Stellungnahme auch die Stellungnahme der Gemeinde enthalten sei. Der Bürgermeister meint, es wäre so besprochen worden, dass sich der Bericht auf diese Stellungnahme stütze.

GR DI Hofbauer sagt, das zu akzeptieren. Er bemerkt aber, zweimal Akteneinsicht genommen zu haben. Es sei eine komplizierte Geschichte, noch dazu für jemand, der kein Jurist sei. Nachdem er sogar von Juristen des Rathauses unterschiedliche Meldungen bekommen habe, bitte er um Verständnis, dass ihm das besonders schwierig erscheine. Er möchte jedoch auf einige Sachen besonders hinweisen, und zwar sei die Zeitabfolge von Ing. Neubauer sehr wohl dem Akt beigelegt worden. Es wäre somit nichts dabei gewesen, wenn man diese dem Bericht beigefügt hätte.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Zeitabfolge beinhaltet sei.

GR DI Hofbauer bittet um Verständnis. Er habe sich auf das Budget vorbereiten müssen, und dieser Akt sei schon ziemlich stark. Er möchte zunächst auf § 98 der Bauordnung hinweisen, die besage: „Das Bauansuchen ist ohne einer mündlichen Verhandlung abzuweisen, wenn sich aus dem Ansuchen und den angeschlossenen Unterlagen ergibt, dass das Vorhaben dem Flächenwidmungsplan widerspricht.“ Er meint, dass es das ursprünglich ganz sicher getan habe, und es sei für ihn ganz erstaunlich, dass die Baubehörde, wie er es in anderen Fällen gemacht hätte, nicht gesagt habe, es tue ihr leid, es gehe nicht, weil die Fläche Grünland-Forst und es daher nicht zu behandeln sei. Die Baubehörde habe sich offensichtlich anders verhalten als in anderen Bauverfahren – sehr bürgernahe - und habe um Stellungnahmen vom Gebietsbauamt Mödling ersucht. Diese möchte er jetzt jedoch vorlesen: „Sehr geehrter Herr Mag. Duscher. Mit 23.1. übermitteln Sie die Einreichunterlagen über die Errichtung einer Schildkrötenzucht im Grünland mit dem Ersuchen, diesbezüglich ein Gutachten gemäß § 19 Raumordnungsgesetz zu erstellen. Ich wie auch meine Kolleginnen und Kollegen auf dem Gebietsbauamt Mödling und den anderen Gebietsbauämtern mit der Funktion als landwirtschaftliche Amtssachverständige haben die Studienrichtung Landwirtschaft auf der Universität für Bodenkultur absolviert. Dieses Studium umfasst eine breit gefächerte Ausbildung. Bei der Tierhaltung jedoch ist sie auf die Haltung von landwirtschaftlichem Nutzen beschränkt, also im Wesentlichen auf Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen usw.“ Dazu möchte er (Hofbauer) sagen, dass das damals eben der Stand des Wissens

gewesen sei. Also, als diese das damals studiert haben, sei von Schildkröten noch keine Rede gewesen. Weiter im Schreiben: „Das Fachwissen umfasse somit kein Wissen über die Bedürfnisse von Schildkröten bei der Haltung zur Zucht und die der dafür erforderlichen Einrichtungen. Ein Gutachten kann daher diesbezüglich nicht erstellt werden und es werden die Unterlagen daher rückübermittelt.“ GR DI Hofbauer stellt somit fest, dass der somit nicht sage, zu blöd dafür zu sein, sondern nichts Anderes, als zu der Zeit, als er studiert hatte, seien die rechtlichen Grundlagen so gewesen, dass man eben auf Grund der Gesetze gewusst habe, welche Tiere Nutztiere seien. Daher sei seine Meinung die, wenn sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert haben, dann müsse man eben eine Novelle machen oder zumindest abwarten, bis es eine diesbezügliche Judikatur gebe, aber nicht heraussuchen, was einem ins Kraut passe. Und jetzt komme ein ganz wichtiger Satz: „Angemerkt seien noch Zweifel, dass es sich bei Schildkröten um Nutztiere im Sinne des § 2 Abs. 2 Ziffer der GWO 1994 handelt, wonach Land- und Forstwirtschaft und das Halten von Nutztieren zur Zucht, Mästung und Gewinnung tierischer Erzeugnisse umfasst.“ D.h., dass der Amtssachverständige Zweifel angemeldet habe. Wenn er jetzt der zuständige Beamte im Rathaus wäre und genauso verfahren würde, wie bei den anderen Verfahren, wo man sage, jemand müsse eine Hütte abreißen und eine Stützmauer passe nicht, aber wenn ein Plan nachgebracht werde, ginge es doch. Nein, die Behörde sei hier sehr bürgernah gewesen und habe gesagt, dass der Amtssachverständige nicht das nötige Know how habe. Es sei auch so in der Zeitung gestanden. Es sei unterstellt worden, dass der Beamte nicht das nötige Know how habe. Dieser werde sich das wahrscheinlich nicht gefallen lassen, weil an und für sich sei es ungeheuerlich zu sagen, dass er nichts davon verstehe.

Der Bürgermeister wirft ein, GR DI Hofbauer wäre der einzige, der diese Stellungnahme vorlese. Er fragt, warum das eine Aussage der Gemeinde wäre, dass dieser nicht das Know how hätte? Warum sei das eine Unterstellung, wenn man sage, dass dieser seine Verantwortung weitergegeben habe an einen anderen Gutachter?

GR DI Hofbauer antwortet, das nicht weitergegeben zu haben. Er habe mit Herrn Schretzmayer gesprochen. Zum Zwischenruf, er möge keine Namen nennen, sagt GR DI Hofbauer, dass man doch noch Gutachter nennen dürfe – dieses Risiko gehe er ein. Es dürfe nur das nicht gesagt werden, was unter Umständen die Interessen des Bauwerbers oder seinen betriebswirtschaftlichen und finanziellen Interessen anbelange. Das, was er bis jetzt gesagt habe, werde er wohl noch sagen dürfen. Er fragt, ob man da bei den Kommunisten wäre – er finde das unglaublich.

Dem Bürgermeister tue es leid, dass nicht mehr herausgekommen sei, aber es könne die Baubehörde nichts dafür, dass sie keinen Fehler gemacht hatte.

GR DI Hofbauer betont ausdrücklich, dass er grundsätzlich nichts gegen Schildkröten habe. Er habe sich das durchgelesen und es sei interessant, dass man da von Arterhaltung usw. spreche. Interessanterweise, als er sich für die Fledermäuse engagiert hatte, seien nicht nur alle ruhig gewesen, sondern haben sich sogar dagegen ausgesprochen. Dabei handelte es sich um Arten, die bei uns zu schützen seien, aber hier handle es sich um Arten, die nicht bei uns zu schützen seien. Er wisse jedoch, was er zu tun haben werde – darauf können sie sich verlassen. Jedenfalls gehe aus dem eigentlich hervor, dass der Amtssachverständige gesagt habe, dass das Nutztiere nach seinem Wissensstand nicht seien. Er habe mit ihm gesprochen und ihn gefragt, warum er das nicht wisse. Daraufhin habe dieser gefragt, warum das der Beauftragte, Herr Moldaschl, wisse. Dieser habe auch nichts Anderes studiert. Er (Hofbauer) findet das als eigenartig. Dann habe er die Fragen gestellt, ob die Baubehörde bei dem Verfahren nicht fragen hätte müssen, ob nicht andere Verfahren auch noch notwendig wären. Dann habe er von Mag. Gelbenegger gehört, es wäre das Kumulationsprinzip.

(GRin Enzmann verlässt die Sitzung um 20:22 Uhr.)

Der Bürgermeister wirft ein, dass die Aufsichtsbehörde das ganz klar dargelegt habe, dass das nicht die Aufgabe der Baubehörde der Stadtgemeinde wäre. Er würde bitten, wieder auf den Bericht einzugehen und nicht das zu wiederholen, was schon so oft gesagt worden sei. Jetzt sei es untersucht worden. Vielleicht gehe man einen Schritt weiter und setze sich mit dem Ergebnis der Untersuchung auseinander – auch wenn leider nichts herausgekommen sei.

GR DI Hofbauer bemerkt, das zu sagen, was er sich darüber denke – auch wenn es nicht gehört werden wolle – er könne mit Sicherheit sagen, dass er die entsprechenden Sachverhaltsdarstellungen dort hinschicke, wo sie hingehören. Was das Kumulationsprinzip anlange – auch darüber habe er eine Unterlage -, sei das nicht ganz richtig. Natürlich solle es Überschneidungen nicht geben und es gebe auch verschiedene Verfahren. Er stelle aber vorweg die Frage, ob ein Konsenswerber, wenn er für ein Vorhaben mehrere Genehmigungen brauche, bereits beginnen könne, wenn er nur eine habe, denn auf die Frage der Grundverkehrskommission sei von der Bezirkshauptmannschaft seinem Wissen nach nicht eingegangen worden. D.h., diese Frage sei noch offen. Die Aufsichtsbeschwerde habe nur auf das Bauverfahren Bezug genommen.

Der Bürgermeister antwortet, dass auch das in dem Bericht enthalten sei.

GR DI Hofbauer bittet, ihn aufzuklären, was seine Frage anbelange, ob die Baubehörde die Frage hätte stellen müssen, die er hier schon angerissen habe. Es stehe da in § 98: „Schon in Anmerkung 1 wurde dargetan, dass sich die Prüfung nicht nur in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Gesetzes der Bauordnung zu beschränken hat.“ Das heißt, sie haben nach dieser Judikatur auch zu fragen, ob nicht auch andere Genehmigungen erforderlich gewesen wären. Es gebe aber da kein Gesetz, und der Zweck heilige die Mittel. Er fragt, ob der Bauakt in der Sitzung vorliege, weil bei der Aufklärung von Dingen, wo in der Öffentlichkeit die Fragen auch gestellt werden, müsse er aufpassen wie ein „Haftelmacher“. Daher nehme er den Vergleich, den er vorhin gebracht hatte, nicht zurück. Man habe da das Gefühl in einem totalitären Regime zu sein.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob GR DI Hofbauer die 26 Seiten gelesen hätte, die hier eingeheftet seien oder ob diese auch cyrillisch geschrieben wären, antwortet dieser, sie schon gelesen zu haben, als er Akteneinsicht genommen habe, doch merke er sich nicht alle Seiten auswendig. Man müsse jedoch nicht mit ihm debattieren. Er gehe schon seinen Weg. Er habe die Wahrnehmungspflicht und er handle nach der Gewissenspflicht.

STR Mag. Wimmer bemerkt, um auch mit den neuen technischen Errungenschaften mitzuhalten, habe er sich gegen anfänglicher Widerstände auch ein Smart Phone zugelegt, das manchmal ganz gut sei. Da könne man laufend, wenn die Debatte nicht so interessant sei, kurz hineinschauen, was die aktuellen Meldungen seien. Eines habe er heute schon vom KDZ bezüglich Prognose der Verschuldungen von Gemeinden gesagt und eine andere interessante Meldung sei heute auch im ORF vom Präsidenten der Österreichischen Landwirtschaftskammern gewesen, der wieder einmal hingewiesen habe, dass täglich in Österreich 20 ha an Ackerland und Grünland verbraucht – Fachwort dafür versiegelt - werden. Es findet eine kurze Debatte statt, wie viele km² das seien. STR Mag. Wimmer stimmt betreffend Mathematikprobleme mit GR DI Hofbauer überein, der diese heute bereits angesprochen hatte. Wo er aber nicht übereinstimme, sei, dass der Bürgermeister gesagt hatte, es tue ihm leid, dass nicht mehr herausgekommen sei. Er möchte da schon einmal festhalten, dass es den Grünen nie darum gegangen sei, Herrn Dr. Valentin (den Namen könne man jetzt schon nennen, weil es schon in der Öffentlichkeit bekannt sei und auch heute schon im Standard stehe) eines auszuwischen. Es sei auch nie darum gegangen, der Baubehörde etwas nachzuweisen, dass sie etwas falsch gemacht hätte. Es sei ihnen immer darum gegangen, Dinge abzuklären, die in der Bevölkerung wahrgenommen worden seien und offensichtlich Unverständnis hervorgerufen haben. Sie haben heute noch große Zweifel. Er müsse anführen, dass die Stellungnahme der NÖ. Gemeindeaufsicht eine sehr gute und klare Arbeit sei. Auch die

Beantwortungen, die von den beiden Landesräten in NÖ. gekommen seien, seien sehr sachlich und sehr fundiert. Da gebe es grundsätzlich nichts daran auszusetzen. Nur – und da werde keiner hier widersprechen – aus allem, den Gutachten und den Anfragebeantwortungen gehe klar hervor, dass es hier um eine Materie gehe, die sehr komplex und nicht eindeutig sei. Er habe hier sogar noch von Herrn Landesrat Bernkopf in seiner Beantwortung den Satz stehen: „Asiatische Schildkröten (Reptilien) fallen nicht unter den Anwendungsbereich des NÖ. Tierschutzgesetzes 2008“. Er (Wimmer) wisse schon, dass man andere Gesetzesquellen habe, die sich dafür aussprechen – und genau sei das das Problem, dass man hier habe, dass man einen Wust von Gesetzestexten habe verschiedenster Art, wo es der Bevölkerung nicht klar sei, wo es nicht einmal den Experten oder hier im Gemeinderat klar sei, was jetzt z.B. ein Nutztier sei und was man machen könne. Und das sei die Problematik. Er könne ganz klar sagen, dass nach dieser Expertise Vögel, wie Flamingos, Papageien etc., sowie Zierfische (Guppys) oder Ziervögel eine landwirtschaftliche Nutztierhaltung darstelle. Wenn man gleichzeitig bedenke, dass tagtäglich der Druck auf die Grünlandflächen und die landwirtschaftlichen Flächen enorm sei, dann sei es auch klar, dass hier mit derartigen Dingen immer wieder der Versuch gestartet werde, mit diese Flächen über den Umweg dieser nicht sehr „glorreichen“ Lösung, auch mit Zierfischen, Ziervögeln, Schlagen und Reptilien einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen und könne dann dieses Grünland verbauen. Es wissen alle aus der Diskussion, die man vorher geführt habe um die Buschenschank, dass es keinerlei Überprüfungsmöglichkeit gebe. Da gehe es nur dann, wenn der Nachbar den anderen vernadere, und erst dann werde das wieder überprüft, ob der die Buschenschank oder überhaupt noch die Flamingo- oder Papageienzucht betreibe oder nicht. Das sei jedoch eine Gesetzeslage, die in Zeiten wie diesen, wo die Leute ohnehin schon „angespeist“ seien auf die Politik, nicht optimal sei. Man müsse schauen, dass Gesetzeslagen geschaffen werden, die auch der Bürger draußen weitestgehend verstehen könne. Alle werde er nicht verstehen können, weil alle auch hier im Gemeinderat nicht verstanden werden. Aber umso weiter man sich abkopple – und das sei ein klassisches Beispiel - desto besser. Es sei schließlich nicht so gewesen, dass GR DI Hofbauer dort vorbeigegangen sei und gefragt habe, was das wäre, sondern die Leute haben ihn und auch die Grünen angerufen, und daraus sei die Diskussion entstanden. Also müsse es in der Bevölkerung einen relativ großen Erklärungsbedarf gegeben haben und dann sei es so gewesen, dass diese Diskussion in der Art und Weise gelaufen sei. Den Grünen sei klar, dass die Diskussion wichtig sei, weil es einen Bedarf gebe. Man müsse einmal ganz klar feststellen, dass es nicht sein könne, dass mit Zierfischen, Papageien, Schlagen etc. landwirtschaftliches Grünland zukünftig weiter verbaut werden könne. Soviel habe man nicht mehr. Daher würde er bitten, gemeinsam zu versuchen, eine klare gesetzliche Regelung zu schaffen. Gerade im Wiener Umland, wo man nicht mehr viele diese Freiflächen habe und der Baudruck enorm sei, werde man diese brauchen.

Laut STR Dr. Pitschko sei die Frage, die sich grundsätzlich stelle, jene, was der Gemeinderat aus diesen Ausführungen der Aufsichtsbehörde gewinnen könne. Da sei einmal die eine wesentliche Passage der Aufsichtsbehörde, dass die Beantwortung der Kernfrage, ob eine Schildkrötenzucht als landwirtschaftliche Zuchttierhaltung angesehen werden könne (Stellungnahme Seite 26): „…mangels vorliegender Definitionen in den anzuwendenden Gesetzen und nur spärlicher sowie nur vergleichbarer Judikatur eine weite Auslegung erfolgen muss, bei der Gesetzesinterpretation man durchaus von einer historisch bedingten heute nicht mehr zeitgemäßen Sichtweise Abstand nehmen muss, weil die Möglichkeiten und vor allem die Ziele der Tierzucht in allgemeinem Sinn sich im Laufe der Jahrzehnten geändert und auch regional verschoben hat und der Begriff Landwirtschaft heute auch weiter gesehen wird als vor etwa 100 Jahren….“ Er führt weiters aus, wenn man dieser Auffassung folge und sage, dass Landwirtschaft sehr weit zu sehen sei, dass,man sich dann in die Gefahr begebe, dass man landwirtschaftlich gewidmete Flächen letztlich als verstecktes Bauland verliere, weil sich da irgendwelche eigenartige Tierzuchtbetriebe ansiedeln. Eine Papageienzucht in Klosterneuburg könnte er sich schon vorstellen. Das wäre durchaus etwas, was man mit einem adäquaten Gebäude verbinden könne. Die landwirtschaftlich gewidmete Fläche wäre dann unwiederbringlich verloren - das noch dazu unter dem Aspekt der Gemeindefinanzen.

Man dürfe dabei nicht vergessen, dass die Grundsteuer auf landwirtschaftlichen Grundstücken sich zwischen Null und nichts bewege in Klosterneuburg. Er habe das nicht einmal erwähnt, weil das im Rahmen des Gesamtbudgets so wenig sei, aber es seien € 17.000,-- für alle landwirtschaftlichen Grundstücke in Klosterneuburg zusammen. Dass das interessant sei zu verhütteln und unter Umständen mit einer Papageienzucht oder einer Guppyzucht oder ähnlichen pseudo-landwirtschaftlichen Betrieben zu bebauen, sei klar. Das müsse man sich aber noch überlegen und welche Sicht der Dinge der Gemeinderat zum Thema Landwirtschaft habe. Er sei kein Bauer, aber es müssen sich da die Bauern rühren, ob diese Flächen, wenn man sie als landwirtschaftliche Flächen ausweise, so genutzt werden sollen. Die zweite Aussage – quasi die Schlussfolgerung – sei: (Stellungnahme Seite 25) „Die Aufsichtsbehörde kommt nun zusammenfassend zum Schluss, dass …..es sich jedenfalls um eine auch vertretbare Rechtsmeinung handelt, wenn man die Rechtsansicht vertritt, dass Schildkröten heute auch beim Vorhaben einer gewinnerzielenden Nachzucht als landwirtschaftliche Nutztiere angesehen werden können…..“ STR Dr. Pitschko betont das Wort AUCH vertretbare Rechtsansicht. D.h. dass AUCH eine vertretbare Rechtsansicht bei Schildkröten sein müsste, dass es sich nicht um landwirtschaftliche Betriebe handle, auch wenn eine Gewinnerzielungsabsicht da sei. D.h. das, was hier von der Aufsichtsbehörde angesprochen worden sei - mangelnde Definitionen - müsste man entweder über Landtag oder Bundesregierung herbeiführen, dass zu diesem Thema gesetzliche Definitionen geschaffen werden und das zweite - eine nur spärliche Judikatur. Wenn es nicht anders gehe, dann müsste man unter Umständen als Stadtgemeinde eine Judikatur herbeiführen, indem man solche Vorhaben zunächst einmal ablehne und dann schaue, was das Höchstgericht dazu sage, ob man das dulden müsse. Der Einwand der Versiegelung von Flächen sei natürlich berechtigt. Diese werden aus verschiedensten Gründen versiegelt. Bei steigender Weltbevölkerung könne es nicht sinnvoll sein, für die Landwirtschaft gewidmete Flächen für derartige Zuchtbetriebe zur Verfügung zu stellen. Er glaube, dass das das Entscheidende sei, was man aus dem ganzen Verfahren gewinnen könne und solle.

Der Bürgermeister möchte auf die Aussage betreffend spärlicher Judikatur eingehen. Es habe bewusst diesen Schritt gegeben, an eine höhere Instanz heran zu treten, um das abzuklären. Zum Zweiten wollte er konkretisieren, dass man, um in einem landwirtschaftlichen Bereich zu wohnen mit Stall usw., so wie bei einem klassischen Bauernhof oder einer Vogelzucht mit zusätzlichen Einrichtungen, wieder eine andere Widmung bräuchte. Dafür bräuchte man eine Hofstelle. So wie das Grundstück gewidmet sei, wäre nur die Nutzung für einen Stall oder hier in dem Fall es eben für ein Glashaus mit Folientunnel und Betriebsgebäude möglich. Auch wenn es ein Schweinestall wäre, würde nicht dort wohnen. Die Errichtung eines Schweinestall es wäre von der Bebauung her betrachtet dort genauso unnötig. Es wäre aber für alle klar, dass es Nutztiere wären. Das Wohnen gehe in dem konkreten Fall nicht. Da sei nur die Nutzung möglich.

GR DI Hofbauer weist noch einmal – auch auf die Gefahr sich zu wiederholen – auf die Grundverkehrsbestimmungen hin und zitiert: „Ziel des Gesetzes ist die Erhaltung, Stärkung und Schaffung der leistungsfähigen bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft entsprechend den natürlichen und strukturellen Gegebenheiten des Landes NÖ.“ Er fragt, ob die Grundverkehrskommission jetzt eingeschaltet worden sei und ob es von dort einen Bescheid gebe? Diese Frage möchte er von Mag. Gelbenegger beantwortet haben und ob ein Konsenswerber, wenn er mehrere Genehmigungen brauche, mit einer schon anfangen könne oder ob er warten müsse bis er alle habe?

Mag. Gelbenegger antwortet, dass alle Genehmigungen vorliegen müssen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass das aber die Frage der zuständigen Behörde und eine Rechtsfrage sei.

GR DI Hofbauer bemerkt, kein Jurist zu sein. Er lasse sich aber belehren, wenn jemand es besser wisse. Zum Kumulationsprinzip liest er eine Prüfungsfrage vor: „Was ist unter Kumulationsprinzip

zu verstehen und inwieweit ist dieses Prinzip für das Bauwesen von Bedeutung?“ Er liest auch die Antwort vor: „Es bedeutet eine gleichwertige Anwendung von verschiedenen Rechtsgrundlagen. Es wird angewendet, wenn für das Bauvorhaben neben baulichen auch andere Bewilligungen notwendig sind oder wenn Fachmaterien jeweils Bewilligungen als hoheitliche Beschränkungen vorsehen.“ Er findet, dass das in Widerspruch zu dem stehe, was ihm Mag. Gelbenegger gesagt habe.

Dieser wirft ein, dass das eine andere Definition sei.

GR DI Hofbauer meint, dass man das auf alles sagen könnte. Er werde das jedoch noch recherchieren.

Der Bürgermeister betont, dass das damit nichts zu tun habe und die Gemeinde dafür nicht die regulierende Behörde wäre.

GR DI Hofbauer fragt, ob die Mandatare nicht die Aufgaben haben, dafür zu sorgen, dass alles, was sich hier in dieser Stadt abspiele, sich gesetzeskonform abspiele? Und wenn vom jemand Zweifel angemeldet werden, dann dürfe man das wohl hinterfragen – und das tue er hiermit. Aber wenn es nicht gewollt sei, brauche man auch nicht darüber reden.

Zum Zwischenruf des Bürgermeisters, dass man über den Hoheitsbereich der Stadtgemeinde spreche, meint GR DI Hofbauer, dass man offensichtlich nicht auf diese Fragen eingehen wolle. Dass die Materie schwierig sei, habe der Bürgermeister allein dadurch erwiesen, dass er ihm auf Grund der Beratung seiner Mitarbeiter geschrieben habe - er wiederhole, dass der Bürgermeister das nicht wissen brauche, weil er das Recht habe, entsprechend beraten zu werden – die Grundverkehrskommission sei nicht einzuschalten, weil keine Besitzübertragung stattfinde.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er es GR DI Hofbauer vermutlich schriftlich geben könne, dass 80 % der Landwirte, die vormals die Grundverkehrskommissionen im Land NÖ gebildet haben, auch nicht gewusst haben, dass jemand, der über 2 ha verpachtet, diesen Vorgang anmelden müsse.

GR DI Hofbauer verweist auf die geltenden Gesetze und vermerkt, dass es nicht wesentlich sei, was die Leute glauben. Er zitiert aus dem Gesetz: „Genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte – Unter Lebenden abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, die ein land- oder forstwirtschaftliches Grundstück betreffen, bedürfen der grundverkehrsbehördlichen Genehmigung, wenn sie zum Gegenstand haben: die Übertragung eines Eigentumsrechtes (das habe nicht stattgefunden), die Einräumung eines Fruchtgenussrechtes (das habe stattgefunden), die Bestandsgabe oder sonstige Überlassung der land- oder forstwirtschaftlichen Bodennutzung auf Flächen von über 2 ha. (das sei es, weil die Fläche 8.000 m² sei), die Verpachtung einer Fläche bis 2 ha, wenn durch diese Verpachtung das Gesamtausmaß …..“

Nach einem Zwischenruf, dass 8.000 m² kein ha wäre, meint GR DI Hofbauer, bei der Einräumung des Fruchtgenussrechtes zu bleiben. STR Dr. Pitschko, der ihn durch seine Wortmeldung unterstützt habe, habe das völlig richtig gesagt. Wenn jemand zu ihm komme und sage, er wäre von der Baubehörde bis aufs Blut sekkiert worden und da könne jemand machen, was er wolle und ihn bitte, sich dafür zu interessieren, dass er es dann als seine Pflicht ansehe, das zu tun, was er jetzt mache. Nachdem man offensichtlich auf diese Fragen nicht eingehen wolle, werde er dem Bürgermeister unter vier Augen aus dem Akt etwas zeigen. Was dieser damit anfange, sei eine andere Frage. Weil ihm aber diese Vertuschungspflicht auferlegt worden sei, sei er ein bisschen vorsichtig. Er wisse jedoch, welchen Schritt er gehen werde. Eines werde er sicher tun, sich mit Herrn Schretzmayer und mit der zuständigen Behörde in Verbindung setzen, weil das ein starkes Stück sei, dass dieser eine Stellungnahme abgebe, Zweifel bekunde und sage, dass man einen Anderen nehmen solle, der das

besser wisse. Er möchte sodann dem Bürgermeister etwas aus dem Bauakt zeigen und ersucht, in diesen Einsicht nehmen zu dürfen.

Die Einsichtnahme wird vom Bürgermeister gewährt..

STR Mag. Wimmer schlägt vor, das allen im nicht öffentlichen Teil zu zeigen.

Der Bericht wird sodann zur Kenntnis genommen.

Geschäftsbericht 2012 und Ausblick 2013

Sportstätten Klosterneuburg GmbH

Stand: 04.12.2012

Inhalt

Vorwort der Geschäftsführung 03

Die wesentlichen Investitionen und Umbauten im Jahr 2012 04

Gewinn & Verlustrechnung 2012 05

Das Jahr 2013 06

Budget 2013 07

Vorwort der Geschäftsführung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach einem sehr erfolgreichen und intensiven Jahr, darf ich Ihnen nun den Geschäftsbericht vorlegen.

Die Änderung in der Geschäftsführung mit Juli 2011 wurde von fast allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern akzeptiert und die Zusammenarbeit hat sich sehr gut eingespielt. Von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen mussten wir uns trennen. Zum einen hat unsere Saunawartin nach Erreichung der Alterspension den wohlverdienten Ruhestand angetreten. Zum anderen konnte mit einer Mitarbeiterin aus dem Bereich Verwaltung keine gemeinsame Linie in der Arbeitsweise gefunden werden, sodass wir das bestehende Dienstverhältnis beenden mussten. Beide Positionen wurden erfolgreich mit jungen, engagierten Mitarbeitern nachbesetzt.

Erfreuliches gibt es von den zahlreichen Events, die einen Schwerpunkt im Jahr 2012 bildeten, zu berichten: Vom Dreikönigsturnier im Jänner 2012, über die Eröffnungsparty der Kletterei, das Cup Final Four der Basketball-Damen, der Play Off-Serie bis hin zu den erfolgreichen Finalspielen sowie das Europacup- und Supercupspiel der Basketball-Herren. Der „kick äss" der Kletterer, die 100-Jahr-Feier des SCK (Spiel SCK gegen SK Rapid) und die Eröffnung der Winterlounge im Dezember 2012. All diese Großveranstaltungen konnten sehr erfolgreich durchgeführt werden. Dies unterstreicht auch, dass ein funktionierendes Miteinander zwischen den Vereinen und dem Happyland für alle Seiten eine Bereicherung darstellt und dieses als wertvolle Basis für die Zukunft zu sehen ist. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen konnte intensiviert und verbessert werden.

Sehr positiv hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das gesamte Team, ohne das die Durchführung dieser Veranstaltungen nicht möglich gewesen wäre. Der Einsatz, die Ideen und die Unterstützung der einzelnen Mitarbeiter gingen dabei weit über das verpflichtende Maß hinaus. Ich darf mich an dieser Stelle dafür ganz herzlich bedanken.

Der Ausbau der Infrastruktur im Unternehmen konnte weiter vorangetrieben werden und ist in einigen Bereichen so gut wie abgeschlossen. Die gesteckten Ziele für das Jahr 2012 wurden ausnahmslos erreicht und wurden teilweise sogar übererfüllt.

Der Gemeinderatsbeschluss im Juni 2012, mit dem einer Freigabe des Rahmenbudgets der Generalsanierung zugestimmt wurde, ermöglichte, dass bereits die ersten Schritte für die Umsetzung eingeleitet und entsprechende Ausschreibungen gestartet werden konnten. Die nächsten Jahre werden also im Zeichen der Generalsanierung stehen – geprägt von der Umsetzung der geplanten Einzelmaßnahmen.

Abschließend darf ich mich bei den Beiratsmitgliedern und den Mitarbeitern der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2012 bedanken. Weiters gilt mein Dank den Eigentümervertretern Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager und Dir. Mag. Andreas Gahleitner. Auch an dieser Stelle danke ich nochmals meinem Team, das mit viel Einsatz und Leistungsbereitschaft meine/unsere strategischen Überlegungen erst zu realen Erfolgen macht.

Stefan Konvicka
Geschäftsführer

Tennishalle:

Im Laufe der Sommersaison wurden die Tennisplätze in der Halle überarbeitet bzw. wo notwendig erneuert.

Zentrale Leittechnik & Alarmanlage:

Die IT der zentralen Leittechnik wurde aktualisiert und ein neuer Server angeschafft. Zwei Unterstationen wurden ebenfalls bereits ausgetauscht. Die Videokameras der Alarmanlage wurden ausgetauscht, da die Bildqualität eine Suche nach Personen unmöglich machte.

IT – Infrastruktur:

Der Austausch der IT-Infrastruktur wurde fortgesetzt und im Großen und Ganzen abgeschlossen. Im Oktober 2012 konnte nach längerer Recherche auch noch ein neues Reservierungsprogramm gefunden werden, dass bereits installiert wurde und im 1. Quartal 2013 in Betrieb geht.

Schwimmbad:

Auf Grund eines defektes Glasportal, musste dieses im Herbst 2012 erneuert werden. In diesem Zuge wurde eine Türe eingebaut, die den Zugang auf den Dachbereich für die Mitarbeiter erleichter. Dies stellt einen Vorgriff auf die Generalsanierung dar.

Marketing:

Eine Logoüberarbeitung wurde durchgeführt und die Drucksorten erneuert. Die Aktualisierung der website wird im Dezember 2012 begonnen und im Jahr 2013 abgeschlossen werden. Neue Werbesujets für Inserate o.ä. sind in Arbeit.

Weihnachtsbeleuchtung:

Großteils in Eigenregie wurde eine neue Weihnachtsbeleuchtung gebaut. Diese ist seit Dezember 2012 in Betrieb und wird von den Kunden mit Begeisterung angenommen.

Bühnenelemente:

Für die Durchführung verschiedenster Veranstaltungen wurden Bühnenelemente angeschafft. Diese können sowohl als Zusatztribüne als auch als Bühne/Podeste eingesetzt werden. Bei einigen Basketballspielen sowie am Eislaufplatz kommen diese Elemente bereits erfolgreich zum Einsatz.

Eislaufplatz:

Für die Winterlounge im Happyland wurde eine neue Licht und Tonanlage angeschafft. Eine neue DJ Hütte ermöglicht uns den DJ für die Eisdisco direkt am Eis zu platzieren. Durch den Verkauf der Bandenwerbung am Eislaufplatz wurde ein Teil der Investitionen bereits refinanziert. Viele weitere Leistungen konnten in Eigenregie durchgeführt werden.

Gewinn & Verlustrechnung 2012

Die für das Jahr 2012 angegebenen Zahlen basieren auf den aktuellen Zahlen 1-10/2012 und einer Schätzung der Umsätze bzw. Aufwände für die Monate November & Dezember. Die Vergleichszahlen aus dem Jahr 2011 stammen aus dem vorgelegten Jahresabschluss.

in TEUR	**2012**	**2011**
Erlöse Bad	428	417
Erlöse Tennis	255	251
Erlöse Sauna	310	294
Erlöse Sporthalle	125	121
Erlöse Sportanlagen	25	25
Erlöse Kegelbahn	17	16
Erlöse Eislaufplatz	25	
Erlöse Kletterhalle	15	
Erlöse Divers	11	20
Umsatzerlöse	**1.211**	**1.144**
Miet- & Pachterträge	115	79
Zuschüsse Stadtgemeinde	700	800
Zuschüsse Stadtgemeinde Investitionskosten	152	152
Erträge Divers	65	77
Sonst. Betriebliche Erträge	**1.032**	**1.108**
Betriebsleistung	**2.243**	**2.252**
Materialaufwand & Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-745	-709
Personalaufwand	-820	-818
Abschreibungen	-162	-162
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-440	-468
Betriebsergebnis (EBIT)	**76**	**95**
Finanzergebnis	-13	-7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	**63**	**88**

Das Jahr 2013

Im Jahr 2013 widmet sich das Management der weiteren Planung und Umsetzung der Generalsanierung des Happylands.

Die bereits laufenden Ausschreibung für die Generalplanung sowie die Projektsteuerung und Unternehmensberatung werden bis Ende Februar 2013 abgeschlossen. Bis dahin sollten ebenfalls Ergebnisse der bereits beauftragten Bestandsvermessung und der Bestandsaufnahme vorliegen. Ab dem 2. Quartal 2013 werden in Absprache mit den entscheidenden Gremien die ersten Schritte der Generalsanierung umgesetzt.

Im laufenden Betrieb ist 2013 nicht mit Einbußen bei den Erlösen der Sportstätten Klosterneuburg GmbH zu rechen. Das Budget beinhaltet geringere Instandhaltungsmaßnahmen, da bis zur Durchführung der Generalsanierung nur noch die aller notwendigsten Arbeiten durchgeführt werden.

Als Vorgiff auf die Generalsanierung werden im 2. Quartal bereits eine Saunakabine sowie der Beckenkopf des Aussenbeckens saniert werden. Dies ist notwendig da bei längerem zuwarten der laufende Betrieb ernsthaft gefährdet wäre.

Als Ziel für 2013 wird der Start der Sanierungsarbeiten mit einer Umsetzung von zumindest 2 Maßnahmen definiert.

Das Management ist sehr zuversichtlich, das gesetzte Ziel auch im Jahr 2013 wieder zu erreichen.

Budget 2013

Das Budget 2013 basiert auf dem derzeitigen Wissenstand sowie den Annahmen auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre.

in TEUR	2013	2012
Erlöse Bad	425	425
Erlöse Tennis	265	265
Erlöse Sauna	305	305
Erlöse Sporthalle	125	125
Erlöse Sportanlagen	25	15
Erlöse Kegelbahn	17	17
Erlöse Eislaufplatz	60	5
Erlöse Kletterhalle	25	25
Erlöse Divers	11	11
Umsatzerlöse	**1.258**	**1.193**
Miet- & Pachterträge	115	115
Zuschüsse Stadtgemeinde	650	700
Zuschüsse Stadtgemeinde Investitionskosten		152
Erträge Divers	65	85
Sonst. Betriebliche Erträge	**830**	**1.052**
Betriebsleistung	**2.088**	**2.245**
Materialaufwand & Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-739	-746
Personalaufwand	-830	-817
Abschreibungen	-151	-263
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-347	-409
Betriebsergebnis (EBIT)	**21**	**10**
Finanzergebnis	-8	-23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	**13**	**-13**

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
Sitzungsprotokoll Gemeinderat Öffentlich 1
Vorlagendokumente
TOP Ö 2.1 Bericht der Geschäftsführung der Sportstätten GmbH
Geschäftsbericht 2012 und Ausblick 2013 Bgm-Amt/0159/2012 67
Inhaltsverzeichnis 74